Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik (DSS) e.V.

# Der Aufstieg Chinas zur Weltmacht und die Chancen für eine globale Friedensordnung

Beiträge zum
17. Dresdner Symposium
*Für eine globale Friedensordnung*
am 17. November 2012

DSS-Arbeitspapiere

Heft 106 – 2013

Herausgeber: Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V.

Vorstandsvorsitzender: Prof. Dr. Wolfgang Scheler Rottwerndorfer Str. 3 01257 Dresden

**Redaktion und Druckvorbereitung**; V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Siegfried Schönherr

**Vertrieb**: Dr. Lothar Glaß Neuostra 1 01219 Dresden Telefon: 0351/4707918

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren.
Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren.
Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen ihrer Zustimmung; zugleich haften sie dafür, dass durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer Ausarbeitungen nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Redaktionsschluss: 31. Januar 2013 Kostenbeitrag: 4,00 Euro

Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ ISSN 1436-601

# Inhalt


| | | |
|---|---|---|
| ENDRE KISS | Hypothesen über China unter dem Blickwinkel der Globalisierung | 4 |
| ULRICH KNAPPE | Der Aufbruch Chinas in einen neuartigen Kapitalismus | 11 |
| WOLFGANG EFFENBERGER | China – Bedrohung für die Weltmachtpläne der USA oder nur ein Stolperstein? | 25 |
| WOLFGANG SCHELER | Warum der Westen China nicht versteht | 37 |
| HORST-DIETER STRÜNING | Der Aufstieg Chinas zur Weltmacht unter friedenspolitischer Perspektive | 45 |
| ERNST WOIT | Chinas Globalstrategie der friedlichen Koexistenz und die Krise der imperialistischen Globalstrategie des Westens | 60 |
| HORST SYLLA | Zur Sicherheits- und Militärpolitik Chinas | 69 |
| REDAKTIONELLER ANHANG | Karten zur Volkrepublik China | 80 |

**Endre Kiss**

# Hypothesen über China unter dem Blickwinkel der Globalisierung

Die Globalisierung löste die seit Langem offen gebliebene Frage unserer Weltgeschichte, wie China einmal zu der übrigen Welt vollends Anschluss finden wird. Nach zahlreichen Warnungen, und manchmal sogar humoristisch überspielten Angstreaktionen, über die chinesische Gefahr setzte jetzt diese Änderung endgültig ein. Immer gab es in der Geschichte offene Fragen, deren Lösung einerseits offensichtlich und evident, andererseits aber doch unvorstellbar war. Nach neuen Veränderungen, die mit diesen längst erkannten und identifizierten Problemen scheinbar nichts zu tun hatten, erfolgt – oder erfolgte schon – die längst fällige Wendung.

Die gigantische Mutation der Globalisierung war nicht unmittelbar mit China verbunden. In philosophischem Sinne ist es die Dialektik der Modernisierung, in jenem Verständnis des Begriffes, dass kraft so eines dialektischen Sprunges etwas ganz anderes entsteht, als es sich jene vorgestellt haben, die an diesem Sprung tatkräftig mitgewirkt haben. Die Dialektik bedeutet aber auch, dass dieses nie vorher antizipierte Neue gleichzeitig auch etwas ist, das in seiner Größenordnung alles bisher Bekannte überragt, wie ein Golem, und als Golem eben von denen auch nicht mehr kontrolliert werden kann, die an seiner Entwicklung gearbeitet haben.

Die Globalisierung hob den monetaristischen Neoliberalismus auf eine neue Höhe, ruinierte den Kommunismus sowjetischen Typs, während sie China in den Blutkreislauf der nunmehr global gewordenen Welt eingeschaltet hat. Sie umfasste das noch schweigende, sich öffentlich nicht deklarierende und definierende Land China anfangs noch nicht. Noch vor wenigen Jahren redeten globale Medien von den Vereinigten Staaten als der einzigen Supermacht, dieses epitethon ornans schien von langer Dauer gewesen zu sein. Die Eindeutigkeit von Chinas Schweigen und die deklarierte Übermacht der USA haben einander nahtlos ergänzt.

Während China schwieg, erwies es sich jedoch keineswegs als unfähig, sich auf die globalen Verhältnisse vorzubereiten. Mehr noch, in Vielem war es weit intensiver vorbereitet als Länder, die sich oft als Vorreiter der Globalisierung sahen.

Es hat den Anschein, als ob Hegels berühmtes Lösungsangebot der Kritik der reinen Vernunft am Werke gewesen wäre. Denn nach der Kulturrevolution und der Abrechnung mit der Viererbande befanden sich die Reformen von

Teng Hsiao Ping schon ein Jahrzehnt vor 1989 auf dem Weg, der sich im Wesentlichen auch für ein sich globalisierendes China bewährt hat. Während der große Umbruch der Perestrojka und die mit ihr verbundenen Umwälzungen die westliche Welt, und kaum weniger auch das östliche Universum des realen Sozialismus, maßlos überrascht haben, sodass viele Protagonisten noch mitten im Prozess selbst fragten, ob das, was sie erleben, Wirklichkeit sei, verfügte China zur selben Zeit und in der selben Situation schon über einen zeitlichen Vorsprung von einem Jahrzehnt. Man darf ferner auch nicht vergessen, dass Teng, von der chinesischen Position aus, nicht nur die politische Katastrophe seines Landes verhindern konnte, sondern gleichzeitig und in einem Zuge schon auf gewisse Prozesse reagierte, die man zwar auch in den anderen Gegenden der Welt wahrnahm, dort aber keine wirklichen Reaktionen finden konnten oder finden wollten. Hervorzuheben wäre hier der einmalige Modernisierungssprung Japans, und kurz nach ihm jener von ganz Südost-Asien Das kann man unter keinen Umständen unbemerkt lassen.

Die Diskussion über die Krise der Industriegesellschaft, und die später erfolgende offene Deklaration dieser Krise, darf doch nicht als optimale Antwort eingeschätzt werden, ganz zu schweigen, dass die geradezu teuflische Beschleunigung der technologischen Modernisierung das System des Realsozialismus in eine beinahe unmögliche Situation gebrachte hat, und zwar aus dem strukturellen Grund, weil diese Gesellschaft nicht nur über keine Strategie, sondern auch über keine Vorstellung von einer Gesellschaft verfügen konnte, die nicht industriell war und nicht industriell bleiben konnte.

Zur gleichen Zeit erwies sich China fit für die Globalisierung, ob bewusst oder zufällig. In dem ersten Jahrzehnt der Globalisierung hat China geschwiegen, um das Jahr 2000 erklärte es sich und 2012 führte die erste Auslandsreise von Barack Obama nach seiner Wiederwahl nach Malaysien und nach Myanmar, dem ehemaligen Burma. Das ist ein beachtliches Zeichen über die Prioritäten des globalen Alltags.

Die 1989 dominierende monetaristische Globalisierung gründete sich auf das globale Wirken des Funktionalismus großer Akteure. Dieses funktionale Wirken schwächt, nicht direkt, sondern durch indirekte Vermittlungen, den Staat und dadurch die politische Sphäre, anders ausgedrückt, das im systemtheoretischen Sinne verstandene Politische. Hinter diesem Konflikt stehen systemtheoretische Zusammenhänge. Der Funktionalismus hat wenig mit Verträgen, Werten, Deals und Repräsentationen zu tun. Das Politische kann nie in erster Linie funktional werden. Ein solcher Fall würde sofort einer negativen Utopie welthistorischer Katastrophen gleichen.

Daher teilt die Globalisierung dem Staat einen neuen Bewegungsraum zu, denn auf Grund historischer Fakten erweist sich der Staat als wichtigste Realinstitution des Politischen. Der sich in diesem neuen Raum relativ und absolut abschwächende Staat wird versuchen, zu neuen Kräften zu kommen. All diese Versuche, mögen sie gerecht oder ungerecht, reformerisch oder demagogisch, emanzipativ oder maffiaartig geschehen, tangieren aber die fundamentalen Kreise der funktional vor sich gehenden globalen Reproduktion überhaupt nicht. Alltagspolitik und theoretisch verankerte globale Praxis vermischen sich in der öffentlichen Diskussion oft.

Wenn aber so ein Staat, dessen Vertreter sich sichtlich ambitiös in die Fachliteratur über theoretische Globalisierungsforschung hineingearbeitet haben, doch zuschlägt und mit politischen Instrumenten seine an die funktionale Reproduktion abgegebene Kompetenzen zurückzukämpfen sucht, ändert dies an der Wahrheit der globalen Reproduktion nichts. Diese Muskelproben dürften nicht verwechselt werden mit dem, was aktuell in China geschieht. China – wieder in der bereits schon erwähnten symmetrischen Dualität – bestätigt auf der wirklich theoretischen Ebene die These von der fundamentalen Natur der Globalisierung – und bestätigt diese These gleichzeitig nicht.

China ging theoretisch den entgegengesetzten Weg. In seiner Geschichte ging es um eine strukturell und funktional, also nicht politisch motivierte Schwächung des Staates. Im Gegenteil, es ging um eine Verstärkung desselben. Im Gegensatz zu allen anderen Möglichkeiten dürfte es aber nur eine Verstärkung sein, die diesen Staat nunmehr unter den Bedingungen der Globalisierung befähigt, all die Funktionen zu versehen, die unter den Bedingungen der monetaristischen Globalisierung das Kapital und die Märkte spielen.

In diesem Sinne gilt die chinesische Konzeption des Staates eben nicht als Ablehnung, sondern als positive Bejahung der globalen Grundsituation. China erfüllt die Forderungen der Globalisierung, macht das aber mit Strukturen und Instrumentarien, die ihr nicht nur nicht fähig waren, sondern über die man unzählige Male als theoretische Evidenz aussagte, dass sie mit Globalisierung vollkommen inkompatibel sind.

In der spezifischen Ordnung der funktionalen und der nicht-funktionalen wie politischen Handlungsorientierungen gewinnt das Politische seine Bedeutung aus der zutiefst philosophischen Tatsache, dass in der Gesellschaft doch Menschen leben, mit ihren biologischen, soziologischen und anderen Begrenztheiten, und aus diesem Grunde Institutionen wie Verträge, Rechte, ethische Befehle, Gegenseitigkeit, Kultur, Tradition und anderes unerlässlich sind, die hoffentlich in die funktionale Sphäre nie voll aufgehen können.

Im Gegensatz zum westlichen Modell, der westlichen Wirklichkeit, fasst China nicht die funktionale, vielmehr die nichtfunktionale, wie u. a. die politische Sphäre, als das umfassende Moment auf, ohne dass es deshalb auf dem Terrain des globalen Funktionierens erhebliche Nachteile erleiden müsste.

China schiebt all die Widersprüche vor sich her, die es zwischen einer politischen Einrichtung des Realsozialismus und einer optimalen Kompatibilität mit dem globalen Neoliberalismus im Zeitalter des monetaristischen Neoliberalismus gibt. China wusste sicherlich nicht alle negative Bestimmungen eines realen Sozialismus zu beseitigen, während es ein vollkommen unwissenschaftliches und unverantwortliches Unterfangen wäre, die hervorragenden Leistungen Chinas in der Lebenswelt der neuen Globalisierung als eine mehr oder weniger illegitime Ausnutzung der negativen Eigenschaften des realen Sozialismus aufzufassen. Das chinesische Wunder ist alles andere als eine positive Instrumentalisierung realsozialistischer Repressionen.

Die Geschichte des Aufstiegs Chinas gehört in den Bereich der Kreativität der politischen Macht. In den vergangenen zwanzig Jahren galt es als Glaubensbekenntnis, dass das globale Funktionieren nur durch eine neoliberale politische Einrichtung und durch Tolerieren und anderswie geartetes Ertragen der strukturellen Schwächung des Staates zugunsten der Kräfte des Marktes überhaupt vorstellbar ist. China macht eine Ausnahme. Es fällt auf, dass hier nicht der kleinste, sondern der mit Abstand größte Akteur die Rolle der Ausnahme spielt.

Die Existenz der politischen Macht ist eine Realität, was nicht heißt, dass die Frage nach der Legitimität der jeweiligen politischen Macht nicht immer relevant wäre. In mehreren historischen Perioden, manchmal auch in Demokratien, übernimmt die herrschende politische Macht die Rolle der Integration und der Lenkung der sozialen Reproduktion. Politische Macht kann auch kreativ sein. Dass sie es nicht unbedingt ist, dafür haben wir mehrere Beispiele. Die Kreativität der politischen Macht erwies sich als die größte nichtpolitische Frage des Realsozialismus, weswegen dieses System dann auch auf deklarierte Weise von der welthistorischen Bühne abtrat. Die Macht, wie man sie am Ende des Systems schon mit einer gewissen Gemütlichkeit nannte, erwies sich letztlich als nicht mehr fähig, die soziale Reproduktion umfassend zu lenken. Sie erwies sich in diesem Fall also als nicht kreativ.

Der reale Sozialismus stand von Anfang an unter zweifachem Druck. Der erste war die moralisch unlegitime, vielleicht auch nicht legitimierbare Machtübernahme zu Beginn des Systems. Der zweite Druck entstand durch den Zwang, sich in der Lenkung der sozialen Reproduktion als erfolgreich erweisen zu müssen. Anders ausgedrückt, der eine Druck bestand aus der Tatsache

der Diktatur, der andere aus dem Zwang, sich bei der Lösung von Sachproblemen der sozialen Legitimation erfolgreich zu erweisen.

Was die Legitimation der nichtdemokratischen, revolutionären oder gewaltsamen Machtübernahme anlangt, den Faktor Diktatur betrifft, erscheint dieser Komplex in der chinesischen Geschichte in jedem Fall anders als in der Sowjetunion. Das Gewissen des chinesischen Kommunismus muss nicht unbedingt besonders schlecht sein. Die Reihe von historischen Ereignissen extremer Dramatik, in welcher der Sturz des Kaisertums, der Kuomintang, die mehrfache japanische Invasion, Chiang Kai-shek, der Bürgerkrieg und die Bündnisse gegen die Japaner, der Lange Marsch der Komintern, die anderen Kolonisationsbestrebungen die wichtigsten waren, ferner die andere Größenordnung und die andere politische Kultur der revolutionären Gewalt, ergeben nicht mit Notwendigkeit dieselbe moralische Schuld, wie bei der sowjetischen Version des realen Sozialismus.

Die Kreativität der politischen Macht besteht in diesem Fall in einer Verlängerung der funktionalen Arbeitsteilung, in der Fähigkeit, Informationen in großer Anzahl und hoher Komplexität aufzuarbeiten, was einer Umwertung des Begriffs der Nomenklatur gleichbedeutend ist. Die Nomenklatur, in deren Ambivalenz bis jetzt die Kreativität von der von den eigenen Macht- und anderen Sonderinteressen diktierten bürokratischen Leistungsverhinderung gebremst, wenn nicht ganz vernichtet worden ist, gilt als eine Klasse, die mit vielen anderen Gruppen zusammen in China selber modernisiert. Die Vermittlungsketten sollen extrem verlängert und die Funktionen immer weiter differenziert werden.

Über China sagt man, dass es die technischen Innovationen nachahmt. In vielen anderen Dimensionen ist es aber so weit, dass diese Relation heute schon in der umgekehrten Richtung formulieret werden kann. In vielen sozialen, strategischen und organisatorischen Fragen ahmt man heute China schon relativ offen nach, unglücklicherweise fängt man an vielen Orten bei den Arbeitslöhnen an.

Mit für Ungarn charakteristischer Melancholie blickt man heute schon den kleinen Tigern nach, aus deren Sprüngen man nicht rechtzeitig gelernt hat. Die durch die ständige Verschuldung in gewisser fröhlicher Bequemlichkeit schrumpfende Gesellschaft nahm nicht einmal die Anstrengung auf sich, die südostasiatische Alternative ernsthaft zu diskutieren. Ein Wirtschaftspolitiker im Rufe eines Modernisierers beantwortete einmal die Frage nach den Möglichkeiten des südostasiatischen Modells für Ungarn mit dem weisen Satz: „Wir haben gute Kontakte mit Südostasien." Dadurch verriet er gleichzeitig, dass er die Frage verstanden und bewusst falsch beantwortet hat.

China baut von unten, und mit dieser Attitüde wird es auch in den anderen Teilen des Globus wahrgenommen. Amerika – und der Westen – nähert sich von oben, im Medium von Ideologie und Finanzkrediten. China will die anderen Teile der Welt zur Arbeit ankurbeln, Amerika und der Westen, ob gewollt oder ungewollt, wären einer solchen Strategie auch nicht fähig, weil es die Modernisierung, die Industrialisierung schon hinter sich hat, während viele Teile der Welt noch nicht in diese industrielle Phase eingetreten sind. Zusammen mit allen Multis können Amerika – und der Westen – nur selektiv neue Arbeitsmöglichkeiten anbieten, was über die soziale Relevanz dieser Konnexion schon vieles aussagt. China baut auf Gegenseitigkeit, Amerika – und der Westen – nicht. Schon aus dem Grunde, weil ihm die wirkliche Anerkennung des anderen fehlt.

Der Erfolg der Entwicklungspolitik Chinas in Afrika ist so auffallend, weil Afrika in den vergangenen Jahrzehnten der Ort der erfolglosen westlichen Entwicklungspolitik war. Vor einigen Jahrzehnten trat ein Konzept dieser Politik nicht nur frustriert, sondern auch moralisch empört zurück, mit der Devise *Nach uns die Sintflut*. Die Metapher stimmt aber schon deswegen nicht, weil es in Afrika nie genügend Wasser gibt. Die chinesische Entwicklungspolitik hat nicht nur eine durchdachte Strategie, sondern auch ein durchdachtes Wertsystem, sie ist weder kolonialistisch noch ideologisch oder sentimental. Diese Entwicklungspolitik schreitet ohne Ideologie voran, will nicht missionieren, zielt auf gemeinsame Vorteile und Gegenseitigkeit, womit sie vermutlich auch eine pädagogisch optimale Wirkung bei der heimischen Bevölkerung erzielen kann. Das Bauen von unten kann organisch sein, das von oben meist nicht.

Die westliche Globalisierung befreit die Akteure vom globalen Handeln. Einerseits befreit China seine Akteure auch, es will sie aber kontrollieren. Andererseits bringt es die neue aktoriale Freiheit auch in die Partei, die auf diese Weise auch Schauplatz der Kämpfe wird, die aus den neuen aktorialen Freiheiten entstehen. Offensichtlich entstehen aus den neuen Freiheiten und ihrer Kontrolle außer den neuen Energien auch zahlreiche Probleme für China, andererseits gilt aber die neue globale aktoriale Freiheit auch in Amerika – und im Westen – kaum als eine heitere Erfolgsgeschichte.

Die politische Einrichtung in China ist paternalistisch und autokratisch. Trotzdem kann und darf man nicht sagen, dass das Land ein Mexiko ist, in dem die Partei der Institutionellen Demokratie entstand. Während wir das vielfarbige und kreative politische Leben des heutigen Mexiko um Nachsicht bitten, müssen wir China aus diesem Vergleich herauslösen. Nicht einmal der schärfte Gegner Chinas oder der leidenschaftlichste Antikommunist könnte sagen, dass China aktuell nicht das erfolgreichste Land der Globalisierung ist

und seine Erfolge keine anderen Momente und Motive enthalten, als wir es vom Kommunismus sowjetischen Typs kennen.

Wir nannten die Globalisierung als die Dialektik der Modernisierung. Für China ist die Globalisierung der wahre Anfang der Modernisierung. China ist die Dialektik des Kommunismus. Für die Welt bedeutet die Globalisierung einen neuen Golem, mit dem sie kämpfen muss. Für China ist die Globalisierung ein neuer Golem, mit der es sich auseinanderzusetzen wusste. Es nahm ihn sogar zur Grundlage seiner beschleunigten Entwicklung. China bewahrte das ganze Vertikum der industriellen und der postindustriellen, stellenweise auch noch der vorindustriellen Gesellschaft. In seiner neuen Strategie können Begriffe wie Wissens- und Informationsgesellschaft, soziales Kapital, soziales Lernen, Staatsverschuldung immer neue Bedeutungsfacetten erwerben.

In seiner Position als einzige Supermacht verfolgte Amerika eine defensiv-offensive Strategie. Demgegenüber zeigt China – seinem Identitätszentrum gemäß – das Grundverhalten der offensiven Defensive, wodurch es die Welt schon heute stabilisiert. China kämpft mit Zahlen, die man sich nur schwer vorstellen kann.

Heute zeigt sich der Unterschied Chinas zu anderen postkommunistischen Staaten. China war vor den gefährlichen Auswirkungen des postkommunistischen Dezisionismus geschützt, weil die Kontinuität des Modells die Irrationalität plötzlicher politischer Entscheidungen, im Sinne Carl Schmitts, reduzierte, während in anderen Ländern zumeist sich zufällig artikulierende Eliten ohne Modell und Konsensus zu regieren anfingen. Logischerweise vermied China auch den Diskurs über das Ende der Geschichte. Auch der Diskurs des Elitenwechsels bedeutete für China völlig andere Inhalte als für die anderen postkommunistischen Staaten. Selbstverständlich bedeutete diese Entwicklung auch einen deutlich anderen sozialpsychologischen Diskurs, der es ermöglicht hat, dass die Globalisierung in hohem Maße Energien der Bevölkerung freisetzen konnte, wie es in den anderen postkommunistischen Ländern nicht der Fall gewesen ist.

**Autor**: Endre Kiss,

Budapest.

**Ulrich Knappe**

# Der Aufbruch Chinas in einen neuartigen Kapitalismus

Vergleicht man die technische, soziale und kulturelle Verfassung Chinas vor einhundert Jahren mit der von heute, so haben sich innerhalb dieser historischen Sekunde gewaltige Veränderungen vollzogen. Doch nicht nur die Resultate, sondern auch die Art und Weise ihres Entstehens bestimmen das Neue an dieser Gesellschaftsordnung.

## Der Weg der Kommunistischen Partei Chinas zur politischen Macht

Der Ursprung kommunistischer Einflussnahme auf die chinesische Gesellschaft liegt nicht im Gründungsdatum der Kommunistischen Partei Chinas 1921 begründet. Dieser, damals für den Aufbruch Chinas noch unbedeutenden Kraft stand eine weit bedeutendere, die Guomindang (Volkspartei), eine bürgerliche Sammlungsbewegung, gegenüber. Sie war 1912 von Sun Yat-sen, dem späteren ersten Präsidenten der Republik China, gegründet worden. Die Bolschewiki bezogen ab 1919 die Guomindang in die Komintern ein, und nach Lenins Tod setzte Stalin auf die chinesische Bourgeoisie, billigte ihr die führende Rolle zu und zwang die Kommunistische Partei Chinas in die Guomindang zu gehen und sich ihrer Disziplin zu unterwerfen.[1] Im Jahr 1925 wurde in Moskau die Sun Yat-sen-Universität gegründet und speziell ausgebildete Kader in die Guomindang zurück geschickt. Die Guomindang geriet unter den Einfluss der Machtkämpfe in der Sowjetunion und wurde selbst zu einer Partei neuen, also stalinschen Typs umgebaut.

Im April 1927 entledigte sich Chiang Kai-shek, mittlerweile Führer der Guomindang, der stärker werdenden lästigen kommunistischen Konkurrenz, indem er 34.000 Mitglieder und Sympathisanten umbringen bzw. inhaftierten ließ. Im Resultat dieser schweren Niederlage bewaffnete sich die Kommunistische Partei Chinas, und der über 22 Jahre andauernde Bürgerkrieg, der nur in den Jahren von 1937 bis 1945 unterbrochen wurde, begann. Die Kommunistische Partei Chinas stand nicht nur im Schatten der Guomindang, auch seitens der Komintern wurde in sie hineinregiert. So gruppierten sich um den Abweichler Mao Zedong, mittlerweile 1932 aus dem Politbüro ausgeschlossen, jene kommunistischen Führungskräfte, die teilweise andere Ansichten als die sowjetischen vertraten. Während die Bolschewiki im Proletariat, der Stadt,

[1] Siehe Leo Trotzki, Die permanente Revolution, Frankfurt a. Main 1973, S. 34.

die revolutionäre Kraft sahen, wähnten sie Mao Zedong und seine Anhänger bei den Bauern.[2] „Die Städte vom Land her einkreisen“ war ihre Strategie, die mit der durch die Komintern vorgegebenen kollidierte. Auch in weiteren wichtigen Punkten wichen die Auffassungen der Kräfte um Mao Zedong von denen der Komintern ab. Man sah nicht im bewaffneten Aufstand den Kern der sozialistischen Revolutionstheorie, und vor den Aufbau des Sozialismus setzte man auf eine Übergangsphase. Dementsprechend wurde eine Politik der Massenlinie ausgearbeitet.

Der brutale Angriff der Guomindang auf die Kommunisten im Jahr 1927 veranlasste Mao und seine Gruppierung, sich der Analyse der Verhältnisse in den Dörfern zuzuwenden sowie der Guomindang auszuweichen und rote Stützpunktgebiete auf dem Land zu bilden. In den Dörfern Zentralchinas hatte sich ab Mitte der 1920er Jahre, ohne politischen Einfluss von außen, explosionsartig eine Bauernbewegung gebildet. Vor allem arme Bauern, die im Gegensatz zu Russland und der Sowjetunion nicht 15, sondern ca. 50 Prozent der Bauernschaft ausmachten, schlossen sich in Bauernvereinigungen zusammen und begannen, die überkommenen Eigentums- und Machtverhältnisse anzugreifen. Es ist das Verdienst Maos und seiner Gruppierung, diese Situation erkannt und beim landesweiten Aufbrechen des Feudalsystems bis 1949 die Führungsrolle der Kommunistischen Partei gesichert zu haben.[3]

Am 14. Jahrestag der Oktoberrevolution schlossen Mao Zedong, Liu Shaoqui, Peng Dehuai, Deng Xiaoping u. a. die roten Stützpunktgebiete auf dem Land zusammen und gründeten die erste chinesische Sowjetrepublik. Das Gebiet lag in der Povinz Jiangxi und umfasste 0,3 Prozent der Landesfläche und 1 Prozent der Bevölkerung. In dieser ersten chinesischen Sowjetrepublik entstand der Funktionsmechanismus, der die Umstrukturierung der alten chinesischen Klassengesellschaft in eine neue ermöglichte. Kommunistische Funktionäre, meist Offiziere der Roten Armee, untersuchten die Eigentumsstruktur in den Dörfern und teilten den Bauern einen Klassenstatus zu. Waren die Menschen einmal in Klassen eingeteilt, ging man an die Entfachung des gewaltsamen Kampfes zwischen ihnen. Im Ergebnis wurde Eigentum und Macht umverteilt. Die Bodenreform billigte den Grundbesitzern, sofern sie die Kritikversammlungen und den anschließenden Klassenkampf überlebten, gar keinen Boden zu. Sie mussten sich als Landarbeiter verdingen[4]. Die reichen Bauern bekamen die schlechtesten Böden, die mittleren und

---

[2] Siehe Mao Tse-Tung, Analyse der Klassen in der chinesischen Gesellschaft, in: Ausgewählte Werke, Bd. I, S. 9 f., Fußnote.

[3] Siehe derselbe, Untersuchungsbericht über die Bauernbewegung in Hunan, in: ebenda, S. 21 ff.

[4] Siehe Liao Yiwu, Fräulein Hallo und der Bauernkaiser, Frankfurt a. Main 2011, S. 244-276.

armen Bauern die besten. Über diesen Weg wurden die alten Eigentums- und Machtverhältnisse auf dem Land gekippt und neue installiert. An beidem waren die Kommunisten und ihre Soldaten maßgeblich beteiligt.

Die Guomindang vertrieb 1934 die Rote Armee aus der chinesischen Sowjetrepublik und zwang sie auf den Langen Marsch. Nach der Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg und der durch die Guomindang und die Kommunistische Partei gemeinsam organisierten Vertreibung der japanischen Okkupanten aus China lebte ab 1945 der Bürgerkrieg wieder auf. Die aus der Roten Armee hervorgegangene Volksbefreiungsarmee begann ihren Siegeszug von Norden her. Innerhalb von vier Jahren wurde das ganze Land von der Herrschaft der Guomindang und den feudalen Fesseln befreit. Das Muster der Umgestaltung entsprach dem 1934 in Jiangxi erprobten. Allerdings eskalierte 1946/47 die Gewalt.[5] Mao Zedong ging erst gegen die linken Abweichungen vor, als die Umgestaltungen auf dem Land schon gewaltsam vollzogen waren.

Die gewaltsam vollzogene Bodenreform schuf neue Verhältnisse, da im Ergebnis das Eigentum innerhalb der Bauernklasse umverteilt wurde und den Organisatoren und Schirmherren dieser Veränderungen die politische Macht angetragen wurde. Anders als in der Sowjetunion, wurde die Gewalt von den armen Bauern in China – unter Anleitung – selbst ausgeübt. Sie wurden korrumpiert. Als sie gebrandschatzt und auch gemordet hatten, mussten sie sich unter den Schutz der neuen Macht stellen. Die armen Bauern wurden bis 1949 zu reichen Bauern und das dank der Befreiung durch die Kommunisten. Sie standen ihren Befreiern und Beschützern in Dankbarkeit nahe und akzeptierten die neue Macht, ab dem 1. Oktober 1949 die neue Staatsmacht.

## Der Aufbau des Sozialismus in der Volksrepublik China und das Scheitern der *Politik des großen Sprungs*

Mit der Übernahme der Staatsgewalt vollzog sich für die Kommunistische Partei eine Zäsur. Organisatorisch begann eine Staatsbürokratie zu wachsen und zu wuchern. Ministerien, Verwaltungen, Komitees, Büros, Organisationen schossen auf unterschiedlichen Ebenen wie Pilze aus dem Boden, und alle erhoben über ihre Funktionäre einen Führungsanspruch vor Ort. Die Flucht Chiang Kai-sheks und 2 Millionen seiner Anhänger im Jahr 1949 auf die Insel Taiwan führte zu einer Räumung vieler Machtpositionen, die jetzt von der Kommunistischen Partei übernommen werden konnten.

---

[5] Siehe Mao Ze-Tung, Rundschreiben über die Lage, in: Ausgewählte Werke, Bd. IV, S. 231; derselbe, Wesentliche Punkte der Bodenreform in den neuen befreiten Gebieten, in: ebenda, S. 210.

Auch das ist ein wichtiger Unterschied zum revolutionären Russland. Dort mussten die Bolschewiki notgedrungen auf den zaristischen Verwaltungsapparat zurückgreifen. Inhaltlich wechselte die Politik der Massenlinie in die Politik der Klassenlinie. Man meinte, von Mitte der 1920er bis Anfang der 1950er Jahre den Feudalismus vernichtet und den Kapitalismus errichtet zu haben. Dafür seien moderate Schritte, Bündnisse mit der Masse, also auch mit bürgerlichen Strömungen, notwendig gewesen. In der Industrie und Landwirtschaft herrsche jetzt die Bourgeoisie, deren Herrschaft durch den Klassenkampf zerschlagen werden müsse. Das Überleiten der Massen- in die Klassenlinie, das Entfachen des Klassenkampfes zwischen den willkürlich eingeteilten Menschengruppen, bestimmte den Weg zum Aufbau des Sozialismus. Auch in den Städten wurde den Menschen ein Klassenstatus zugeteilt und der Klassenkampf unter ihnen entfacht. Die Herrschaft der Kommunistischen Partei und des Staates festigte sich darüber hinaus in Kampagnen gegen willkürlich ausgemachte Feinde. Viele Kampagnen mündeten im Kampf gegen die vier schlechten Elemente: Grundbesitzer bzw. reiche Bauern, Konterrevolutionäre, Rechtsabweichler und Kriminelle.

In den Dörfern bestand folgende Situation: Hatten die Kommunistische Partei und ihre Volksbefreiungsarmee bis 1949 die armen Bauern befreit und ihnen die Möglichkeit gegeben, sich Landbesitz zu verschaffen, wurde diesen ehemals armen und jetzt reichen Bauern ein neuer Klassenstatus zugeteilt. Als Grundbesitzer stellten sie nunmehr die Bourgeoisie. Diejenigen Bauern also, die sich im Zuge der Bodenreform an der Seite der kommunistischen Funktionäre hervorgetan hatten, versetzte man mit dem Wechsel des Klassenstatus und den landesweit geführten Kampagnen in einen permanenten Zustand der Unruhe, der Furcht und der Angst. Zunächst ließ man sie aber in Ruhe und verwehrte ihnen nur, eigene Genossenschaften zu bilden. Die jetzt armen und kleinen Bauern, die als ehemalige und vermeintliche Grundbesitzer die Bodenreform überlebt hatten und denen man mittels eskalierender Gewalt fast alles genommen hatte, waren soweit paralysiert, dass sie dem Aufruf der Kommunistischen Partei, halbsozialistische und später sozialistische Genossenschaften zu bilden, relativ widerspruchslos folgten. Sie fühlten sich auch eher geschützt, denn ein nächster Umsturz der Eigentumsverhältnisse konnte ihnen nichts mehr nehmen. Der durch die Kommunistische Partei dominierte Staat hatte einen Schlüssel gefunden, den Bauern das Eigentum gewaltlos zu nehmen. Die Verankerung der Gewalterfahrungen im Bewusstsein der Menschen reichte aus, um das Eigentum der Bauern in Eigentum der neuen Staatsklasse zu überführen und den Weg für eine Industrialisierung des Landes zu ebnen.

Die Schizophrenie der Umkehr von Freund und Feind brachte aber die fest in der Bauernschaft verwurzelten kommunistischen Führungskräfte in Konfrontation zu ihren eigenen Genossen. Häufig waren es ihre Familien und Freunde, denen jetzt die Gewaltsamkeit der Klassenkampfmaßnahmen, verordnet von einer kleinen, aber mächtigen Führungsschicht, drohte. Sie vertraten, wie Mao Zedong feststellte, fortwährend den Standpunkt der Groß- und Mittelbauern und blieben hinter dem revolutionären Tempo zurück.[6] Die visionären Kräfte in der Kommunistischen Partei, die sich nach 1949 dem sowjetischen Sozialismusmodell und Sozialismusverständnis annäherten, sich also einer totalitär regierten und beherrschten Sowjetunion annäherten, versuchten dieses Problem auf ihre Weise zu lösen. Sie erhöhten das revolutionäre Tempo. Genau zu jenem Zeitpunkt, als mit dem Tod Stalins und dem einsetzenden Tauwetter das totalitäre System in dem von der Sowjetunion beherrschten Raum zusammen zu brechen begann, blieben einflussreiche Kräfte um Mao Zedong auf diesem Weg und stellten die Weichen für den aufkommenden chinesischen Totalitarismus.

Die tonangebenden Kräfte der neuen Staatsklasse sahen sich durch Teile der eigenen Klasse gebremst und darüber hinaus noch in einem weiteren scharfen Widerspruch.[7] Die gestellten Ziele, Zusammenbruch des Imperialismus und weltweiter Sieg des Sozialismus innerhalb der nächsten zehn Jahre, waren Ende der 1950er Jahre mit dem für sie verfügbaren Nationaleinkommen, erzeugt durch den Zusammenschluss armer Bauernhöfe in Genossenschaften, nicht zu realisieren. Der gegebene Ausbeutungsmechanismus auf dem Land musste effizienter gestaltet werden. Aus diesem und einer Vielzahl anderer Gründe verließ die Kommunistische Partei Chinas den Weg allmählicher gesellschaftlicher Veränderungen und setzte auf eine Politik des großen Sprungs.

Die Ungeduldigen, die Visionäre, setzten sich durch. Anders als in der Sowjetunion, waren aber die moderaten, in der neureichen Bauernschaft verwurzelten Teile der Kommunistischen Partei nicht politisch ausgeschaltet oder physisch vernichtet worden. In der Hoffnung, sie zurück zu drängen, wurde ab 1958 die gesamte chinesische Bauernschaft, ca. 500 Millionen Menschen, in Volkskommunen organisiert. Persönlicher Besitz und Eigentum, ob bei Reichen oder Armen, wurde zu Eigentum der Volkskommunen, die unter staatlichem Einfluss standen. Die Familien wurden aufgelöst. Diese neuen Zusammenschlüsse sollten zu einem deutlich höheren Überschuss an Getreide führen als es die Vielzahl der kleinen genossenschaftlich zusammengefassten Armutshöfe vermocht hätten. Der Überschuss sollte dem Staat zukom-

---

[6] Siehe derselbe, Die Frage des genossenschaftlichen Zusammenschlusses in der Landwirtschaft, in: ebenda, Bd. V, S. 55.

[7] Siehe ebenda, S. 54.

men, der sich im Gegenzug für die Versorgung, Unterbringung und Betreuung der in großen Brigaden organisierten Menschenmassen verantwortlich fühlte und die Überwindung der Rückständigkeit des Landes durch Aufbruch in den Kommunismus, gleichbedeutend mit sozialistischer Industrialisierung, proklamierte.

In dieser Hinsicht wäre die Bildung von Volkskommunen vielleicht sinnvoll gewesen. In völliger Überschätzung der Kräfte wurden aber der Landbevölkerung noch weitere strategische Aufgaben übertragen. Bei der Errichtung der kommunistischen Gesellschaft sollte auch die Teilung der Arbeit in Stadt und Land überwunden werden. Die Volkskommunen hatten deshalb auch die Stahlproduktion zu übernehmen und zum Beispiel Großbritannien innerhalb weniger Jahre zu überflügeln. Das überstieg die Kräfte der Bauern. Neben der Übertragung ihres Besitzes und ihres Eigentums an die Volkskommunen hatten die Bauern auch ihre Vorräte an die Volksküchen abzuführen. Niemand durfte mehr zu Hause kochen. Anfänglich quollen die Kessel der Volksküchen schier über.

Der Aufbau der Hüttenindustrie, das Zusammentragen von eingeschmolzenen Erzen aus den Häusern und Pagoden, das Fördern von Erzen und das Erzeugen von Brennmaterial vor Ort sowie die Erledigung weiterer, von der Kommunistischen Partei übertragener Aufgaben ließen die Bauern ihr Handwerk, das Bestellen der Felder, vernachlässigen. Aber niemand wagte, das Wort gegen den Großen Vorsitzenden zu erheben. Überall im Land ging es scheinbar beim Aufbau des Kommunismus zügig voran. Hunderttausende Funktionäre überboten sich mit Erfolgsmeldungen und hießen den Export des scheinbar im Überfluss produzierten Getreides gut. Der Voluntarismus stand in voller Blüte. Aber innerhalb weniger Monate waren die Vorräte verzehrt oder exportiert, und neue Produkte zur Nahrungsgewinnung wuchsen kaum nach. So brach sich die größte Hungertragödie und in deren Folge die größte Migration des Jahrhunderts Bahn. Von 1959 bis 1961 verhungerten in der Volksrepublik China 15 bis 45 Millionen Menschen.[8] Sogar die Statistik des Landes brach zusammen, weil auch die Statistiker verhungerten. Da die Städte einer zentralen Versorgung unterlagen, verließen viele Millionen Bauern ihre Dörfer und strebten in die Städte, um nicht zu verhungern. Es waren die ersten chinesischen Wanderarbeiter.

Erst als die Nahrungsmittelversorgung für die Städte kurz vor dem Zusammenbruch stand, waren die Herrschenden um Mao Zedong bereit, die Politik des großen Sprungs zu beenden. Innerparteiliche Kritik, die seitens des Verteidigungsministers Peng Dehuai 1959 erstmals vorsichtig formuliert worden

[8] Siehe F. Wemheuer, Mao Zedong, Reinbeck bei Hamburg 2010, S. 98.

war, hatte zur Entlassung Pengs und zur Disziplinierung der Parteiführung geführt. Auch der Abbruch der Aktion war symptomatisch. Die Volksbefreiungsarmee, unter neuer Führung von Lin Biao, wurde ausgesandt, um lokale Funktionäre abzusetzen und die Schuld den Großgrundbesitzern innerhalb der Kommunistischen Partei zu geben. Deng Xiaoping und Liu Shaoqui mussten als Regierungsverantwortliche die Tragödie beenden. Getreide wurde importiert und der Export vorübergehend eingestellt. Private Parzellen durften durch die Bauern wieder bewirtschaftet und der Ertrag auf lokalen Märkten verkauft werden. Die Agrarpreise wurden erhöht, um das Interesse an einer Produktion für den Markt anzukurbeln. Die Schmelzöfen der Volkskommunen wurden abgebaut und die Volksküchen geschlossen. Die Bauern durften wieder ihre familiären Bindungen eingehen und auch zu Hause kochen und essen. Ungefähr 20 Millionen Menschen wurden aus den Städten wieder zurück aufs Land geschickt. Die zweite Migrationswelle rollte durch China. Zentrales Element der Reform war die Einführung des Familienverantwortlichkeitssystems auf dem Land. Die Bauern pachteten im Familienverbund den jetzt staatlichen Boden, hatten Abgabenquoten zu erfüllen und durften die Überschüsse verkaufen. Unter der Hand hatte sich die Grundlage für die Industrialisierung auf dem Land ergeben.

Mit Abbruch der Politik des großen Sprungs war das Image von Mao Zedong und seiner Gruppierung schwer beschädigt. Er musste am 02.12.1958 freiwillig von seiner Führungsposition zurücktreten und sich in die zweite Linie begeben. Die Bauern begannen an der Führungsrolle der Kommunistischen Partei zu zweifeln. Die von den Pragmatikern eingeleiteten Maßnahmen stabilisierten aber das Machtgefüge wieder und brachten das Land innerhalb von drei Jahren ins Gleichgewicht. In den Augen der Linken nahm der Sozialismus dadurch schweren Schaden, denn vor aller Augen siegte der von Teilen der Kommunistischen Partei und des Staates praktizierte Kapitalismus. Das war das Neue, das aber nicht sein durfte.

Mao und seine Anhänger hatten sich in die zweite Reihe zurückziehen müssen und beobachteten von dort aus argwöhnisch das marktwirtschaftliche Treiben, das mit der Reduzierung ihres Einflusses einherging. Die Spaltung der Kommunistischen Partei Chinas kam ab 1961 offen zum Ausdruck. Begonnen hatte sie 1950, als der arme Bauer Freund und Feind in einem wurde. Aus der zweiten Reihe warnten die Linken vor einer Restauration des Kapitalismus. Deng Xiaoping, Liu Shaoqi und andere ehemalige Weggefährten Mao Zedongs wurden als Machthaber des kapitalistischen Weges in der Partei denunziert. Die Kommunistische Partei Chinas zerfiel offensichtlich in zwei Strömungen. Um diesen jetzt offen ausgetragenen Machtkampf zu entschei-

den, nutzten die Linken mit instinktivem Gespür für den Unmut der Benachteiligten die Jugend.

Die Politik des großen Sprungs hatte ein desaströses Ende gefunden. Sie hatte Millionen Menschen das Leben gekostet und noch weit mehr Menschen entwurzelt. Die immer wiederkehrende Zuteilung eines neuen Klassenstatus führte permanent zu Bevorzugungen und pulverisierte die überkommenen Verhältnisse, in dem es sie ständig neu erschuf. Sie versetzte die Menschen mit schlechtem Klassenstatus in einen Zustand permanenter Angst und forderte jene mit einem guten auf, sich im Klassenkampf gegenüber den anderen zu vergehen.

Auch die Kinder litten unter diesen Separierungen, denn nicht der Einzelne wurde eingestuft, sondern die Familien in Sippenhaft genommen. Aber auch die Kinder aus Familien mit schlechtem Klassenstatus wollten Anhänger Mao Zedongs sein. Die linken Sektierer gingen ein Bündnis mit den benachteiligten Jungendlichen ein, und Mao Zedong löste mit seiner Rede, *Bombardiert das Hauptquartier*,[9] 1966 die Große sozialistische Kulturrevolution aus. Sie dauerte von 1965 bis 1976, bis zu Maos Tod. Sie umfasste zwei Phasen. Die erste Phase war die Periode des spontanen Terrors von unten (1965 bis 1968), die zweite die des institutionalisierten Terrors von oben (1968 bis 1976). Der Schwerpunkt dieser Kulturrevolution lag in der Städten, im Staatsapparat, in den Hochschulen, Kultureinrichtungen und nicht vordergründig auf dem Land. Die Erinnerung an das Chaos und den großen Hunger war noch zu frisch. Was anfänglich mit Wandzeitungen, Debatten und Kritiksitzungen begonnen hatte, schlug in Gewalt um. Millionen jugendlicher Rotgardisten zogen durch das Land und terrorisierten ihre Lehrer und Professoren, verfolgten Konterrevolutionäre in der Kommunistischen Partei Chinas, die vom richtigen Weg abgewichen waren. Was der richtige Weg war, ließen die linken Anführer bewusst im Dunkeln. Die Rotgardisten machten die Feinde willkürlich aus, demütigten, ermordeten oder deportierten sie aufs Land zur Umerziehung.[10] Auf der Welle der Gewalt reitend, spülten sich die Linken nach oben. Eine kleine Gruppe der Kulturrevolution des Zentralkomitees übernahm 1967 die Führung der Partei. Deng Xiaoping und Liu Shaoqi wurden abgesetzt, Peng Dehuai zu Tode gefoltert, Liu Shaoqui starb am 12.11.1969 im Gefängnis. Die Linken bezweckten, die Macht des revisionistisch-

---

[9] „Das Hauptquartier umzingelt die revolutionären Fraktionen, es unterdrückt andere Meinungen, es hält sich für unfehlbar, es stärkt die Macht und das Ansehen des Kapitalismus und zerstört den Willen des Proletariats." Zitiert nach Liao Yiwu, Fräulein Hallo und der Bauernkaiser, Frankfurt a. Main 2011, S. 327.

[10] 1966 wurden durch die Roten Garden 397.400 Menschen, sogenannte Rinderteufel und Schlangengeister deportiert. Siehe F. Wemheuer, a. a. O., S. 115.

kapitalistisch geprägten Teils des Partei-und Staatsapparates zu demontieren und durch neue Strukturen von unten zu ersetzen. Mittels ihrer Radikalität hofften sie, den Prozess von oben steuern und sich allmählich der Bremser entledigen zu können.

Die Kommunistische Partei Chinas wurde einem Aderlass ausgesetzt. Doch das war lediglich ein Nebenergebnis dieser Revolution. Das Hauptergebnis war die Kulturlosigkeit des Terrors. Die Volksrepublik China trennte sich in diesen zehn Jahren von ihrer tausendjährigen Kultur, und das nicht nur materiell, sondern auch im Denken. 1969 war die Gewalt soweit eskaliert, dass sich auch die Roten Garden untereinander bekämpften. Das Land drohte in Anarchie zu versinken. Nach bewährtem Muster wurde durch Mao Zedong die Armee eingesetzt. Sie bildete Revolutionskomitees und beendete die blutigen Fraktionskämpfe. 16 Millionen Rotgardisten wurden marginalisiert und aufs Land geschickt. Die dritte Migrationswelle innerhalb von 10 Jahren flutete durch China. Die Revolutionskomitees übernahmen jetzt die Organisation der Kulturrevolution. Der Terror wurde nun nicht mehr spontan von unten, sondern institutionell von oben ausgeführt. In Kampagnen zur Säuberung der Klassenreihen wurden 36 Millionen Menschen überprüft, mehrere Hunderttausend ermordet oder in Umerziehungslager gebracht.[11] Diese zweite Phase forderte mehr Menschenopfer als die erste. Die Große Sozialistische Kulturrevolution weist das wesentliche Merkmal auf, um sie als totalitäre Phase zu kennzeichnen. „Terror als der folgsame Vollstrecker natürlicher oder geschichtlicher Prozesse fabriziert dieses Einssein von Menschen, indem es den Lebensraum zwischen Menschen, der der Raum der Freiheit ist, radikal vernichtet.“ [12]

Die Kulturrevolution war ein rücksichtsloser Richtungskampf innerhalb der chinesischen Staatsklasse. Es ging um eine Entscheidung, welcher Weg einzuschlagen sei, ein offen marktwirtschaftlich orientierter oder einer nach stalinistisch-sowjetischem Vorbild eher marktfeindlicher. Die Finsternis des Jahrzehnts des Terrors ebnete im Bewusstsein der einfachen Menschen dieser Generation den Weg zu der Erkenntnis, dass eine Lösung des Richtungsstreites notwendig sei. Der Kompromiss, der sich nach Maos Tod endgültig herausbildete, fand sein Ergebnis in einer historischen Zwittergestalt, es entstand ein unter kommunistischer Führung errichteter Kapitalismus.

---

[11] Siehe F. Wemheuer, a. a. O., S. 122.

[12] Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München 1986, S. 714.

## Das Neuartige am chinesischen Kapitalismus

Das China der Wende zum 20. Jahrhundert bot keinerlei Voraussetzungen, um auf der Grundlage moderner Produktivkräfte und eines entwickelten Kapitalismus den Weg zum Sozialismus zu gehen. Es ist eine List der Geschichte, für diesen Aufbruch einer technisch rückständigen, aber kulturell reichen feudalen Gesellschaft in einen kulturlosen Wachstumskapitalismus eine Kommunistische Partei als führende Kraft benutzt zu haben. Anders als im revolutionären Russland trat die Kommunistische Partei nicht plötzlich und aus der Anonymität kommend in das Zentrum der Veränderungen. Im Gegenteil, sie wuchs über Jahrzehnte im Prozess der Durchführung der Bodenreform, der Vertreibung Japans aus der Mandschurei und der Liquidierung der bürgerlichen politischen Strömung (Guomindang) allmählich aus dem armen Bauernvolk hervor.

Mit dem Jahr 1949 übernahm die Kommunistische Partei Chinas im gesamten Land als mehrheitlich anerkannte Kraft die politische Macht und nutzte sie, um einen Sozialismus sowjetischer Prägung errichten zu wollen. Anders als in der Sowjetunion, vollzogen sich die ersten Schritte der Kollektivierung der Landwirtschaft und die damit einsetzende Revolutionierung der ländlichen Produktivkräfte nicht durch einen Gewaltakt. Den Menschen waren die Gewaltexzesse, die mit der Bodenreform und dem Klassenkampf Anfang der 1950er Jahre einhergingen, noch gut in Erinnerung. Diese sozialen Erfahrungen reichten, um einen friedlichen Weg durch die Kraft der Überzeugung zu beschreiten.

Das waren zweifelsohne Erfolge, die sich die Kommunistische Partei und ihre Funktionäre zuschreiben durften. Die beginnende Loslösung eines Teils der Führungsschicht von den in der Bauernschaft verwurzelten Funktionären war Ausdruck eines objektiven Prozesses – dem, der uneingeschränkten politischen Herrschaft auch die uneingeschränkt ökonomische folgen zu lassen. Es hätte sicherlich Jahrzehnte gedauert, den aus der Bodenreform als reiche Bauern hervorgegangenen Produzenten ihr lange ersehntes und jetzt selbst erkämpftes wertvolles Eigentum wieder zu entziehen, es in Kooperativen zu bündeln und aus ihren Reihen hunderte Millionen Menschen einfach freier Lohnarbeiter zu machen. Der Bruch mit einer kontinuierlichen Politik und das Hoffen auf eine sprunghafte Entwicklung waren Ausdruck einer historisch gewachsenen Möglichkeit, der politischen Herrschaft uneingeschränkt die ökonomische folgen zu lassen. Die ungeduldigen und dem stalinschen Gesellschaftsmodell nahe stehenden Eigentümer, im Staat und der Kommunistischen Partei verwurzelt, waren in die Lage versetzt, ein neues Ausbeutungsverhältnis gesamtgesellschaftlich zu verankern. Ihnen oblag es, die uneingeschränkte Verfügungsgewalt über die unbezahlte Arbeit und das gesell-

schaftliche Gesamtprodukt anzustreben. Der Versuch endete in ihrer teilweisen Entmachtung. Es war trotzdem kein völliger Misserfolg. Unter der gesellschaftlichen Katastrophe verdeckt, wurde das neue Ausbeutungsverhältnis gesamtgesellschaftlich verankert. Der Staat, jetzt von einer anderen Führungsschicht dominiert, blieb Eigentümer des in den Volkskommunen zusammengefassten Grund und Bodens und der Produktionsinstrumente. Die vom Staat nach 1961 in Familienverantwortlichkeitssystemen zusammengeschlossenen Produktionseinheiten, die auch für sich und einen reglementierten Markt produzieren durften, pachteten nun staatliches Eigentum. Dem Staat oblag folgerichtig nun auch die Aneignung der landwirtschaftlich erzeugten Produkte

Der Preis dieser Entwicklung war die Spaltung der Kommunistischen Partei und des Staates in linke Sektierer und rechte Pragmatiker. Der anschließende Machtkampf zwischen diesen beiden Strömungen, die mit unterschiedlichen Mitteln das gleiche bezweckten, nämlich die Festigung des neuen Ausbeutungsverhältnisses und die Stabilisierung der angeschlagenen politischen Machtverhältnisse, mündete in einem Richtungsstreit, im Totalitarismus der Kulturrevolution. Sie wurde zu einer weiteren Voraussetzung für das Neue im chinesischen Kapitalismus.

Zusammenfassend ist über die Neuartigkeit des chinesischen Kapitalismus zu sagen: In seinem Kern ist er eine spezifische, besonders effiziente Form der Kapitalverwertung. Das zeigt sich in folgenden Punkten: Erstens: Die Existenz einer historisch neuen Ausbeuterklasse und die an sie gebundenen Antagonismen können unter dem ideologisch erzeugten Schein einer pseudosozialistischen Gesellschaft besonders gut verborgen werden. Anders gesagt, der ideologisch erzeugte Schein erlangt die Kraft einer ökonomischen Potenz. Zweitens: Die Vermischung von Elementen der Markt- und Planwirtschaft vermindert die Konkurrenz, ermöglicht eine Bündelung von Kapital in staatlicher Hand und schafft der Entfaltung der Produktivkräfte neuen Raum. Drittens: Das Neue am chinesischen Kapitalismus kommt auch in der Sprunghaftigkeit und partiellen Kulturlosigkeit seines Akkumulationsprozesses zum Ausdruck. Kraft dieser Eigenschaften ist er anfällig und kann vorhandene negative Globalisierungstendenzen verstärken. Das Neue am chinesischen Kapitalismus zeigt sich deshalb auch darin, dass er Auseinandersetzungen in der alten kapitalistischen Welt um die Fragen des Wachstums, der Umwelt, der Demokratie und der Menschenachtung, in eine problematische, rückwärts gewandte Richtung beeinflußen kann. Hinzugefügt werden muss: Der chinesischen Kapitalismus entstand nicht auf der Grundlage eines gesellschaftlichen Dissenses, sondern hat bis heute, wenn auch schwindend, einen gesamtgesellschaftlichen Konsens zur Grundlage. Auch wenn die 200 Millionen Wanderarbeiter den Lohn der 500 Millionen städtischen Arbeiter – und

den von Milliarden Menschen weltweit – drücken, auch wenn China seinen bisherigen Aufstieg der Einbeziehung in die internationale Arbeitsteilung als verlängerte Werkbank des Westens verdankt, so lebt heute die Masse des chinesischen Volkes in einem materiellen Reichtum, der noch vor wenigen Jahrzehnten unvorstellbar war. Es war dieser gesellschaftliche Konsens, der die Kommunistische Partei Chinas davor bewahrte, in den Strudel des untergehenden sowjetischen Gesellschaftsmodells zu geraten. Die Tendenz besteht allerdings nicht in seiner Festigung, sondern in seiner Auflösung. Den 1,3 Milliarden Chinesen stehen heftiger werdende Klassenauseinandersetzungen bevor.

## Bemerkungen zum sowjetisch-chinesischen Konflikt

Der Aufstieg der Volksrepublik China zur Weltmacht hatte auch Auswirkungen auf den Weltfrieden, insbesondere durch den aufbrechenden sowjetisch-chinesischen Konflikt. Auslösendes Moment war die nach Stalins Tod einsetzende Tauwetterperiode. Die Abkehr vom Stalinismus in der Sowjetunion führte nach Auffassung der herrschenden politischen Kräfte um Mao Zedong zu einer Schwächung ihrer innenpolitischen Machtposition. Die ungarischen Ereignisse waren der Vorwand, um die Entstalinisierung als Revisionismus abzulehnen. Die Volksrepublik China hatte sich Anfang der 1950er Jahre strategisch der totalitären Sowjetunion angenähert und blieb, in Machtkämpfe verwickelt, bis zu Maos Tod 1976 auf diesem Kurs. In einem sonderbaren Geflecht stützten sich die stark reformunwilligen staatlichen Kräfte der Sowjetunion und die chinesischen linssektiererischen Kräfte gegenseitig. Durch die Hinwendung zur Politik des großen Sprungs wurde der Schulterschluss zu den in der Defensive befindlichen sowjetischen Kräften hergestellt und versucht, der beginnenden Differenzierung innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas Herr zu werden.

Außenpolitisch fand das Ausdruck in einer Eskalation des sowjetisch-chinesischen Konfliktes ab 1959. Die Volksrepublik China begann nach Kernwaffen zu streben. Die an die Sowjetunion gerichtete Bitte, Kernwaffen zu liefern, wurde abgelehnt. Das empfand China als Affront. Seit 1962 kühlten sich die Beziehungen weiter ab. Im Ergebnis der Kuba-Krise traten die Sowjetunion und die USA in separate Verhandlungen zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen ein. Die Volksrepublik China sah sich erneut ausgegrenzt. Mit dem Abbruch der Politik des großen Sprungs gerieten die linken Kräfte der Kommunistischen Partei Chinas in die Defensive. Das Anstacheln eines angeblich verletzten chinesischen Nationalstolzes und der Drang, imperial in Erscheinung zu treten, erschienen nun als geeignetes Mittel, um die rechten Pragmatiker in den eigenen Reihen zu desavouieren und sie in die Nähe der sowjetischen Revisionisten zu stellen. Aus einer ursprünglich in-

nenpolitischen Divergenz war ein handfester außenpolitischer Konflikt geworden, der auch für innenpolitische Machtkämpfe in beiden Ländern genutzt wurde.

Am 16.10.1964 zündete die Volksrepublik China ihre erste Atombombe und am 14.07.1967 ihre erste Wasserstoffbombe. Sie demonstrierte so ihre Unabhängigkeit gegenüber der Sowjetunion. Die Ablehnung des sowjetischen Revisionismus lieferte nun den propagandistischen Ansatz, um die dritte und gefährlichste Eskalationsstufe dieses Konfliktes einzuleiten und nationalistisch aufzuladen. Im März 1969, zu dem Zeitpunkt, da das chinesische Militär dazu überging, die Macht zu übernehmen und die Kulturrevolution von oben zu organisieren, kam es am Grenzfluß Ussuri zu Grenzstreitigkeiten zwischen den beiden Staaten. Sie eskalierten so weit, dass nukleare Schläge in Erwägung gezogen wurden. Die chinesische Luftwaffe wurde in höchste Alarmbereitschaft versetzt und die staatlichen Führungskräfte aus Beijing evakuiert.[13] Nur sieben Jahre nach der Kuba-Krise befand sich die Menschheit erneut am Abgrund eines nuklearen Krieges.

Das Abklingen des sowjetisch-chinesischen Konfliktes vollzog sich in zwei Etappen. Die erste umfasst den chinesisch-vietnamesischen Krieg, die zweite die Beilegung der Streitigkeiten. Während der ersten Etappe hatten die linken Kräfte innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas 1975 noch den Roten Khmer in Kambodscha zur Macht verholfen. Im Dezember 1978 rückten vietnamesische Einheiten, Vietnam stand der Sowjetunion nahe, in Kampuchea ein und stürzten das Pol-Pot Regime. In einem Stellvertreterkrieg, quasi als Vergeltung, griff die Volksrepublik China am 17.02.1979 die Volksrepublik Vietnam an. In erbitterten Kämpfen drangen chinesische Einheiten bis Mitte März 1979 ca. 40 Kilometer tief auf vietnamesisches Territorium vor. Die Zahl der Gefallenen ist umstritten. Man geht von ca. 20.000 auf beiden Seiten aus.

Die Beilegung des Konfliktes erfolgte Mitte der 1980er Jahre durch die unter Gorbatschow und Deng Xiaoping einsetzenden Reformen. Es waren also innenpolitische Veränderungen, die zur Beendigung der außenpolitischen Spannungen führten. Allerdings hatten die Reformen in beiden Ländern unterschiedliche Inhalte, und sie führten zu unterschiedlichen Ergebnissen. In der Sowjetunion ging es darum, ein verknöchertes politisches Herrschaftssystem aufzubrechen, das auf Grund fehlender Triebkräfte zu einem Hindernis für die Entwicklung moderner Produktivkräfte geworden war. Perestroika und Glasnost führten aber zu einer ungeplanten fundamentalen Veränderung, nämlich der Implosion des politischen und ökonomischen Herrschaftsme-

[13] Siehe ebenda, S. 124.

chanismus. Anders verliefen die Veränderungen in der Volksrepublik China. Sie waren ihrem Inhalt nach die Ablösung eines Teils der herrschenden Klasse der chinesischen Staatsbürokratie durch eine andere. Pragmatismus und Realismus der jetzt herrschenden Führungskräfte versetzten das nunmehr schon stark veränderte Land in die Lage, Anschluss an einen globalen, urbanen Weltkapitalismus zu finden.

**Autor**: Dr. Ulrich Knappe,

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V.

**Wolfgang Effenberger**

# China – Bedrohung für die Weltmachtpläne der USA oder nur ein Stolperstein?

In der Wahl von Xi Jinping zum Parteichef der KP Chinas und zum Vorsitzenden der Militärkommission am 15.11.2012 will der außenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Rainer Stinner eine gute Grundlage für die Reformen erkennen, die China jetzt dringend braucht.[1] Die Hoffnung scheint angebracht. Hat China, so Stinner, doch mit dieser Wahl bewiesen, dass es als angeblich nicht demokratisches Land nun schon zweimal einen geregelten Machtwechsel durchführen konnte. Auch der chinesischen Außenpolitik wird Xi Jinping neue Impulse geben. Er kündigte bereits an, dass China künftig eine stärkere Rolle in der Weltgemeinschaft spielen wird. Das lässt eine Bandbreite von Interpretationen und die Befürchtung zu, dass China gegenüber den USA noch selbstbewusster auftreten wird.

Nachdem am 06.11.2012 US-Präsident Barack Obama wiedergewählt worden ist, scheint der Konflikt zwischen den beiden Supermächten programmiert zu sein. Obwohl im US-Wahlkampf die Außen- und die Sicherheitspolitik nur ein untergeordnetes Thema war, versuchten beide Präsidentschaftskandidaten das Misstrauen der Wähler gegenüber China zu mobilisieren. Sie versprachen, in der Handelspolitik andere Saiten aufziehen zu wollen. Nicht zufällig verkündete Obama in dem heiß umkämpften Bundesstaat Ohio – hier fürchten die Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe die chinesische Konkurrenz besonders – handelspolitische Strafmaßnahmen gegen China einzuleiten: „Ich habe eine Handels-Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die Pfuschereien im internationalen Handel verfolgt. Deshalb haben wir bereits mehr Vergehen Chinas aufgedeckt, das internationale Regeln bricht, als die vorangehende Regierung in zwei Amtszeiten. Wir haben fast jede Klage gewonnen, über die bisher geurteilt wurde."[2]

China wird Obama in dessen zweiter Amtsperiode noch viel Kopfzerbrechen bereiten. Einerseits, weil es ein dynamischer Handelspartner ist, der zudem die Währung künstlich niedrig hält, andererseits, weil es der Aufsteiger des

---

[1] Siehe R. Stinner, Gratulation an Xi Jinping, Fester Sitz im Sattel ist gute Grundlage für Reformen, vom 15.11.2012, unter http://www.liberale.de/Pressemitteilungen/2980c202/index.html?id=17943. [02.12.2012].

[2] Wirtschaft und Geopolitik, China und USA stellen die Weichen, vom 08.11.2012, unter, http://de.euronews.com/2012/11/09/wirtschaft-und-geopolitik-china-und-usa-stellen-die-weichen/. [12.11.2012].

21. Jahrhunderts ist. So wächst China immer mehr in die Rolle des geopolitischen Rivalen hinein. Aaron L. Friedberg, der Berater von Mitt Romney, wirft China vor, die Wirtschaftsbeziehungen zur Erlangung strategischer Vorteile zu benutzen. Aber machen das die USA nicht spätestens seit 1898 so?

## Die asiatisch-pazifischen Ambitionen der USA – eine Rückschau

Im Jahr 1898 – nur 50 Jahre nachdem die ersten Siedler die pazifische Küste erreicht hatten – wurde die damalige Großmacht Spanien von den USA in Cuba und vor der pazifisch-asiatischen Gegenküste angegriffen. Während Spanien in die Bedeutungslosigkeit versank, hatten sich die USA in ihrem ersten Krieg außerhalb des amerikanischen Kontinents mit großem Getöse auf der Weltbühne bemerkbar gemacht. Mit der Eroberung der ehemals spanischen Philippinen hatten sich die USA ein territoriales Standbein vor Ostasien geschaffen. Das mag auf den einer Seemacht eigenen Hang zurückzuführen sein, die Gegenküsten kontrollieren zu wollen. Doch ließen die vorangegangenen Eroberungen im Pazifik – die Sprungbretter Midway-Inseln 1867, Samoa 1878 und die Hawai-Inseln 1997 – bereits die geopolitischen Absichten und die Anfänge eines „unersättlich gefräßigen, skrupellosen und dabei heuchlerischen Imperialismus“[3] erkennen. Für den amerikanischen Historiker und Philosophen Max Lerner wird die gesamte amerikanische Geschichte „von einem ständigen Expansionsdrang geprägt, von Hunger nach Land, nach Macht, nach Neuem, nach Größe“.[4]

Bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts, am Vorabend des Sezessionskrieges, war das Programm der pazifischen Politik aufgestellt. Die Ausweitung des Geltungsbereiches der Monroe-Doktrin, *Amerika den Amerikanern*, von 1823 auf den Pazifischen Ozean ließ die Konturen des pazifisch-fernöstlichen Problemkreises bereits erkennen.[5] 1899 forderten die USA gegen die drohende Diskriminierung im Chinahandel von Großbritannien, Deutschland, Russland, Frankreich, Italien und Spanien eine Politik der offenen Tür, die allen Staaten die gleichen Handelschancen in China eröffnen sollte. Da die Vereinigten Staaten diese Chancen für die anderen Länder in Hawaii, im Vorjahr erst von den USA annektiert, gleichzeitig ausschlossen, meldete Japan öffentlich Zweifel an, und in China begann sich der Widerstand gegen den halbkolonialen Status zu formieren. So wird verständlich, dass die USA nur zwei Jahre nach ihrem Spanien-Abenteuer – auf den Philippinen tobte immer noch ein Freiheitskrieg – mit dem speziellen Segen des anglomanen US-Außen-

---

[3] D. L. Hoggan, Das blinde Jahrhundert, Tübingen 1979, S. 224.

[4] R. Winter, Ami go home. Plädoyer für den Abschied von einem gewalttätigen Land, Hamburg 1989, S. 57.

[5] Siehe Th. A. Bailey, A Diplomatic History of the American People, New York 1946, S. 467 f.

ministers John Hay der britisch geführten Expeditions-Streitmacht gegen den chinesischen Boxeraufstand 2.000 Mann zur Verfügung stellten.[6]

Nach dem US-Historiker D. L. Hoggan[7] hat der Barbaren-Ruhm der Plünderung des schutzlosen Pekings im Jahr 1900, bei dem auch die USA enorme Beute machten, ein dauerhaftes anglo-amerikanisches Bündnis im Fernen Osten zementiert. Das hat bis heute Spuren in Japan, Korea, in ganz Südostasien – und vor allem in Taiwan und China – hinterlassen. So bleibt Afghanistan weiter von zentralem Interesse, auch in der neuen US-Strategie.[8] Ganz nach dem Credo des prominentesten geopolitischen Theoretikers, des Briten Harold Mackinder: „Wer über Osteuropa herrscht, beherrscht das Herzland (Zentralasien). Wer über das Herzland herrscht, beherrscht die Weltinsel (Eurasien). Wer über die Weltinsel herrscht, beherrscht die Welt."[9]

## Obama – der erste *pazifische* Präsident

Auf dem Boden dieser über hundertjährigen Tradition bezeichnete sich US-Präsident Barack Obama bei seinem Japan-Besuch im November 2009 in seiner fünften außenpolitischen Grundsatzrede als der erste pazifische Präsident der USA, der die große Bedeutung Asiens und des pazifischen Raums anerkenne und fördern wolle. Seinen Landsleuten machte er klar, dass die Zukunft dieser Region für die USA von großer Bedeutung sei. „Was hier geschieht, hat direkte Folgen für unser Leben daheim", sagte Obama. „Die Geschicke Amerikas und des asiatisch-pazifischen Raums sind nie enger miteinander verbunden gewesen."[10]

Mitte November 2011 reiste Obama nach Australien, das in jedem Krieg des 20. Jahrhunderts an der Seite der USA gekämpft hat – zuletzt im Irak und in Afghanistan. Mit Australien als Partner für die Allianz der Zukunft wollen die USA auch militärisch ein stärkeres Gegenwicht zu China in Asien und im Pa-

---

[6] Damit beliefen sich die gesamten Kontingente aus Amerika, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich-Ungarn, Japan und Russland auf 16.000 Mann. Siehe Bastid-Brugiére, Marianne, Boxeraufstand, in: Das Grosse China-Lexikon, Darmstadt 2003, S. 113 f.

[7] D. L. Hoggan, Das blinde Jahrhundert, a. a. O., S. 320.

[8] Siehe J. Heiducoff, Die Strategiewende in der US-Außen- und Sicherheitspolitik. Schlussfolgerungen, Konsequenzen und viele Fragen, vom 23.11.2011, unter http://www.aixpaix.de/autoren/heiducoff/us-strategie.html. [24.10.2012].

[9] Zitiert nach Z. Brzezinski, Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt a. Main 2001, S. 63.

[10] K.-D. Frankenberger, Weltmacht mit Handicap, vom 03.11.12, unter http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-amerika/vereinigte-staaten-weltmacht-mit-handicap-11944957.html. [4.11.2012].

zifikraum bilden. Die Partner in der südasiatischen Region würden die notwendige Präsenz des US-Militärs fordern, so Obama in Canberra, „um die Sicherheitsarchitektur in der Region aufrechtzuerhalten".[11] Dazu würde in den kommenden Jahren die Zahl der US-Militärangehörigen auf dem fünften Kontinent auf insgesamt 2.500 steigen. Daneben ist auch die Nutzung australischer Militärflugplätze durch US-Flugzeuge sowie eine verstärkte Schiffs- und U-Boot-Präsenz der USA in der Marinebasis Perth an der australischen Westküste vorgesehen. Über die Stationierung von amerikanischen Langstrecken-Aufklärungsdrohnen auf den zu Australien gehörenden Cocos-Inseln im Indischen Ozean wird verhandelt.[12]

Damit sind die USA in der Lage, weitab vom eigenen Territorium die Meerengen und Seegebiete zwischen dem Pazifischen und Indischen Ozean – eine der Hauptschlagadern für die exportorientierte chinesische Wirtschaft – militärisch zu kontrollieren. In der Novemberausgabe 2011 des US-Magazins *Foreign Policy* wurde US-Außenministerin Hillary Clinton besonders deutlich: „Die Zukunft der Politik wird in Asien entschieden", schrieb Clinton und ließ keinen Zweifel daran, dass „die USA direkt im Zentrum des Geschehens sein werden."[13] Die breit verteilte militärische Präsenz im Raum zwischen dem Indischen und dem Pazifischen Ozean biete dafür große Vorteile. Dann folgte für die Freunde ein Versprechen, das von den Gegnern durchaus auch als Drohung verstanden werden sollte: „Amerika wird für die nächsten 60 Jahre in der asiatisch-pazifischen Region präsent und dominant bleiben."[14]

Nur wenige Wochen später wurde Admiral Samuel Locklear – er hatte sich Meriten im Krieg gegen Libyen erworben – zum Befehlshaber des amerikanischen Pazifik-Kommandos ausersehen. Mitte Februar 2012 erklärte er anlässlich seiner Anhörung im Verteidigungsausschuss des US-Senats: „Wir sind eine Großmacht in Asien. Die Chinesen und die anderen Länder der Region müssen begreifen, dass die USA bereit sind, dort ihre nationalen Interessen zu

---

[11] Allianz der Zukunft. Obama verbündet sich mit Australien gegen China, vom 16.11.2011, unter http://www.spiegel.de/politik/ausland/allianz-der-zukunft-obama-verbuendet-sich-mit-australien-gegen-china-a-798281.html.

[12] Siehe M. Siegel, As Part of Pact, U.S. Marines Arrive in Australia, in: China's Strategic Backyard, vom 04.04.2012, unter http://www.nytimes.com/2012/04/05/world/asia/us-marines-arrive-darwin-australia.html?_r=0. [28.10.2012].

[13] H. Clinton, America's Pacific Century in *foreign policy* vom November 2011, unter http://www.foreignpolicy.com/articles/2011/10/11/americas_pacific_century?print=yes&hidecomments=yes&page=full. [04.11.2012].

[14] Ebenda.

verteidigen."[15] Und am 14.06.2012 erklärte der frischgebackene Befehlshaber des pazifischen Regionalkommandos vor dem US-Senat: „Mehr denn je müssen die Vereinigten Staaten führend sein in der Bewahrung der Rechte, der Freiheiten und der Nutzung der Ozeane, die uns ermöglichen, unsere vitalen Sicherheitsinteressen in den maritimen Gebieten rund um den Erdball zu schützen."[16]

Um diese Ziele im pazifisch-asiatischen Raum umzusetzen, plant das Pentagon für die nächsten Jahre eine umfassende Umgruppierung seiner Kräfte. Verstärkt werden soll auch die militärische Präsenz in Singapur, Taiwan und auf den Philippinnen.[17] Ein neues Ressort, das Air Sea Battle Command, wird für die Abwehr eines chinesischen Angriffs zuständig sein und soll Marine, Fliegerkräfte und Marineinfanterie darauf vorbereiten.[18]

Während die USA seit Jahren Kriege in großer Entfernung vom eigenen Territorium führen, wurde China in seiner langen Geschichte nie weitab vom eigenen Land militärisch aktiv und ist seit fast 33 Jahren – seit den Auseinandersetzungen und Grenzgefechten mit Vietnam – an keinem Krieg beteiligt gewesen. Die Androhung von Gewalt betrachtet China nicht als Mittel der internationalen Politik. In der chinesischen Außenpolitik werden vor allem finanzielle und ökonomische Mittel eingesetzt. Die chinesischen Militärausgaben betragen nur ein Fünftel und die Rüstungsexporte nur ein Zehntel der amerikanischen. Die militärische Abschreckung dient nur der Sicherung der unmittelbaren Land- und Seegrenzen sowie des Luftraumes der Volksrepublik.

Dagegen kontrollieren die USA offensiv alle südchinesischen Meerengen und Wasserstraßen und wären in der Lage, China im Konfliktfall den Weg in den Pazifik zu verwehren. Pentagon-Chef Leon Panetta kündigte im Juni 2012 bei der Sicherheitskonferenz in Singapur an, dass bis 2020 fast 60 Prozent aller Kriegsschiffe der US-Marine im Asiatisch-Pazifischen Raum stationiert wer-

---

[15] Zit. nach J. Heiducoff, Amerikas künftiger Kriegsschauplatz: der asiatisch-pazifische Raum, vom 09.04.2012, unter http://www.aixpaix.de/autoren/heiducoff/kriegsschauplatz.html. [22.10.2012]. J. Heiducoff ist Autor des Aachener Friedensmagazins www.aixpaix.de.

[16] Admiral Samuel j. Locklear, III, am 14.06.2012 vor dem *COMMITTEE ON FOREIGN RELATIONS* des US-Senats.

[17] In der Asiatisch-Pazifischen Region sollen Kampfjets der fünften Generation vom Typ Joint Strike Fighter, die für die Bekämpfung von U-Booten der Virginia-Klasse bestimmt sind sowie neue Mittel zur elektronischen Kampfführung und Hochpräzisionswaffen in Dienst gestellt werden.

[18] Siehe Asien-Strategien, USA wollen Kriegsflotte stark ausbauen, in: Kommersant vom 04.06.2012, unter http://de.rian.ru/security_and_military/20120604/263716401.html. [02.11.2012].

den.[19] Panetta räumte ein, dass es zwischen den USA und China ernsthafte Kontroversen gebe und China mit Gewissheit wüsste, dass es der geopolitische Gegner Nummer eins für die USA sei. Systematisch wird die Präsenz des US-Militärs im asiatisch-pazifischen Raum ausgebaut. Zugleich wird den Freunden und Bündnispartnern in der Region versichert, dass die USA sich einem dominanten Verhalten Chinas entgegenstellen würden.[20]

In Ergänzung zu Locklear und Panetta vertritt Friedberg – ehemaliger Referent für nationale Sicherheit im Büro des Vizepräsidenten Richard Cheney – die Strategie des Congagement, einer Mischung aus Containment (Eindämmung) und Engagement (Einbindung)[21] In jedem Fall werden die USA versuchen, Chinas Aufstieg zu bremsen, um damit zu verhindern, dass China die Region destabilisieren, was im Klartext nur heißt, den Einfluss der USA in dieser Region schmälern könnte.

## Gegenkräfte formieren sich

Aktionen führen nicht nur in der Physik zu Reaktionen. So wird das US-Seidenstraßen-Strategie-Gesetz[22] vom 19.03.1999 – hier definieren die USA in einem breiten Korridor entlang der historischen Seidenstraße umfassende wirtschaftliche und strategische Interessen[23] – die betroffenen Länder Russland, China, Usbekistan, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan den

---

[19] Siehe Meldung Pazifikregion: China warnt USA vor *hohem Wellenschlagen*, vom 02.06.2012, unter http://www.tagesschau.de/ausland/usapazifik100~mobil_pic-1.html. [02.11.2012].

[20] Siehe K.-D. Frankenberger, Vereinigte Staaten, Weltmacht mit Handicap, vom 03.11.2012, unter http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-amerika/vereinigte-staaten-weltmacht-mit-handicap-11944957.html. [06.11.2012].

[21] Siehe A. L. Friedberg, A Contest for Supremacy: China, America, and the Struggle for Mastery in Asia, New York: W. W. Norton 2011 sowie A. L. Friedberg, *Bucking Beijing*, Foreign Affairs, 09/10 2012.

[22] Siehe Silk Road Strategy Act of 1999 (H. R. 1152 –106th. Congress), To amend the Foreign Assistance Act of 1961 to target assistance to support the economic and political independence of the countries of the South Caucasus and Central Asia. The term countries of the South Caucasus and Central Asia' means Armenia, Azerbaijan, Georgia, Kazakstan, Kyrgyzstan, Tajikistan, Turkmenistan, and Uzbekistan. Unter Bush im Mai 2006 modifiziert: Silk Road Strategy Act of 2006, S. 2749 – 109th. Congress.

[23] Dazu hält der Bericht des US-Kongresses fest: „… Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat ein neues Machtspiel in Gang gesetzt … Heute liegt unser Augenmerk auf den Interessen eines neuen Mitstreiters in diesem Spiel: den USA. Die fünf ehemaligen Sowjetrepubliken, aus denen Zentralasien besteht – Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan – sind begierig darauf, Beziehungen zu den USA aufzubauen. Kasachstan und Turkmenistan besitzen große Öl- und Gasreserven rund um das Kaspische Meer, die sie dringend ausbeuten wollen. Usbekistan hat Öl- und Gasvorkommen …“

Schulterschluss in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ)[24] suchen lassen. Bereits auf dem Gipfeltreffen im April 2000 in der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe verurteilten die Teilnehmerstaaten die Unterstützung von Terrorismus durch die Taliban und beschlossen die Einrichtung einer Antiterrorzentrale in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek. Daher hat China wiederholt erklärt, die US-Kriegsführung dürfe nicht auf weitere Länder wie den Irak oder Somalia ausgedehnt werden.[25] Die SOZ hat sich auch als Gegenkraft formiert, damit die gesamte Region vom Balkan bis „an die chinesische Grenze nicht in einen Flickenteppich amerikanischer Protektorate"[26] verwandelt werden kann.

Die Mitglieder der Organisation wollen auf politischem, wissenschaftlich-technischem sowie kulturellem Gebiet und im Bereich des Handels, der Energie und des Transports eng zusammenarbeiten. Gemeinsam sollen Frieden und Sicherheit in der Region gewährleistet werden. Dazu finden alljährlich große Militärmanöver statt. Inzwischen haben die Mongolei, Indien, Pakistan, Iran und Afghanistan Beobachterstatus, während Nepal, Weißrussland, Turkmenistan und die Türkei Interesse bekundet haben.

Am 07.06.2012 ist die Türkei offiziell ein weiterer Dialogpartner geworden.[27] Damit ist die Türkei das erste Land, welches eine Dialogpartnerschaft mit der SOZ unterhält und gleichzeitig Mitglied der NATO ist. Das ist fast ein revolutionärer Akt. Wurde die SOZ in den Augen von Robert Kagan, Politikeinflüsterer des US-Präsidentschaftskandidaten McCain, doch gegründet, um dem wachsenden Einfluss der Demokratien in Zentralasien zu widerstehen. In Anspielung auf die SOZ als Anti-NATO oder Warschauer Pakt II verweist Kagan auf die Gemeinsamkeiten der Autokratien: „Wenn man sich die Abstimmungen im Sicherheitsrat ansieht – ob es um Burma, Darfur, Simbabwe oder den Iran geht –, sieht man häufig Übereinstimmungen. Die Demokratien stimmen in eine Richtung ab – nicht selten unter Druck und Drohung aus Washington, d. A. - Russland und China in die andere. Autokratien wie Russland und China wollen ihre Autokratie erhalten, sie betrachten den Westen als feindlich."[28]

---

[24]Mitglieder sind China, Russland, Kirgisien, Usbekistan, Kasachstan und Tadschikistan.

[25]Siehe etwa Renmin Ribao (Volkszeitung) vom 10.12.2001, S. 3.

[26]Siehe E. Woit, Kolonialkriege für eine *Neue Weltordnung*, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 64, Dresden 2003.

[27]Siehe http://www.interfax.ru/politics/txt.asp?id=249431 [16.11.2012].

[28]R. Kagan, Russland und China betrachten den Westen als feindlich, vom 16.07.2008, unter http://www.spiegel.de/kultur/literatur/us-politvordenker-kagan-russland-und-china-betrachten-den-westen-als-feindlich-a-566165.html. [24.10.2012].

China verwahrt sich gegen die Doppelmoral in der Unterscheidung von bösen Terroristen, die gegen die USA operierten, und guten, die gegen andere – hier gegen China – agierten.[29] Auch hat Peking die USA davor gewarnt, den Kampf gegen den Terrorismus mit den berechtigten Anliegen ethnischer Minderheiten in Tibet oder der Provinz Ostturkistan (Uigiuren) zu vermengen.

Neben dem Ausbau der SOZ erwächst in den Augen der offensiven US-Außen- und Sicherheitspolitiker ein weiteres Machtgefüge, das sich gegen unipolare amerikanische Weltherrschaftspläne richtet. Das sind vor allem die Länder Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, inzwischen als BRICS-Staaten bekannt. Die Abkürzung BRICS – vom Goldman-Sachs-Chefvolkswirt Jim O'Neill im November 2001 geprägt[30] – Südafrika kam 2011 hinzu – steht für die Anfangsbuchstaben der wirtschaftspolitisch größten und sicherheitspolitisch einflussreichsten Schwellenländergruppe. Diese beeindruckende Ländergruppe umfasst 3 Milliarden Menschen, verfügt über 25 Prozent der Fläche der Erde und besitzt riesige Vorräte an Nahrungsmitteln, Rohstoffen, Bodenschätzen. Unterstrichen wird ihre Bedeutung noch dadurch, dass drei Mitglieder Atommächte sind, von denen sich zwei als ständige Mitglieder des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ausweisen. Diese mächtige Gruppe strebt eine neue multipolar funktionierende und entsprechend stabilitätsfördernde Weltordnung an und „setzt sich aktiv für weitreichende Umgestaltungen des völkerrechtlichen Weltordnungssystems und dessen wirtschaftliche und politische Institutionen ein".[31] Das enorme Wachstum der BRICS-Staaten verlagert den Schwerpunkt der Weltwirtschaft in den asiatisch-pazifischen Raum. Von den 70 Billionen US-Dollar des gesamten Weltbruttosozialprodukts wurden 2011 mehr 20 Billionen an den Küsten des Atlantiks, dagegen 50 Billionen an den Küsten des Pazifiks erwirtschaftet.[32]

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat 2011 in seinem Bericht zur Weltwirtschaft die erstaunliche Einschätzung abgegeben, dass China 2016 die

---

[29] Tatsächlich wird die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber muslimischen Minderheiten von strategischen Gegebenheiten bestimmt. Während die USA im Kosovo intervenierten, griffen sie zum Beispiel in Tschetschenien oder auf den Philippinen nicht ein, sondern zogen sich auf die Rolle des kritischen Beobachters zurück.

[30] Siehe Global Economics Paper, Nr. 66, Building Better Global Economic BRICS, 2001, unter http://www.goldmansachs.com/our-thinking/topics/brics/brics-reports-pdfs/build-better-brics.pdf. [12.11.2012], sowie Global Economics Paper, Nr. 99, Dreaming With BRICs, The Path to 2050, unter http://www.goldmansachs.com/our-thinking/topics/brics/brics-reports-pdfs/brics-dream.pdf. [12.11.2012].

[31] E. Astuto, Vortrag BRICS - Ökonomie und Ökologie vom 27.09.2012 in der Vollmar-Akademie Kochel.

[32] Siehe ebenda.

USA als stärkste Wirtschaftsmacht der Welt ablöst.[33] Das Bruttoinlandsprodukt der USA würde zwar von 15,2 auf 18,8 Billionen US-Dollar steigen, sein Anteil an der Weltwirtschaft jedoch auf 17,7 Prozent sinken.[34] Auch wenn das für diesen kurzen Zeitraum übertrieben klingt, so scheint doch sicher zu sein, dass die BRICS-Staaten in absehbarer Zeit die G-7-Staaten überholen werden. Nach Einschätzung von Jim O'Neill sind die Argumente für die BRICS-Staaten überzeugend wie nie zuvor. Diese Staaten seien „getrieben von ihrer günstigen Demografie, von fortschreitenden Produktivitätsgewinnen, steigenden Einkommen und einer rapide wachsenden Binnennachfrage".[35]

Signalisiert die zunehmende Stärke der BRIC-Staaten – und dabei vor allem Chinas – gar das Ende der globalen Vorherrschaft der Vereinigten Staaten? Der Schwerpunkt der Weltwirtschaft verlagert sich zusehends nach Asien, und mit fortschreitendem Einfluss werden die neuen Wirtschaftsmächte mehr politisches, diplomatisches und militärisches Gewicht einfordern. Im eigenen Interesse täten die USA gut daran, diesen Prozess wohlwollend zu begleiten und sich nicht in einem auf Dauer aussichtslosen Kampf zu verschleißen. Für Jim O'Neill, den visionären Topmanager von Goldman & Sachs, ist klar: „Die BRICS und andere Wachstumsmärkte in den Schwellenländern werden zu den Triebkräften der Weltwirtschaft, und das sollte man nicht als eine Bedrohung für die USA ansehen. Im Gegenteil: Auch die Vereinigten Staaten können am Traum der BRICS teilhaben."[36]

Doch bisher reagieren die Verantwortlichen im Weißen Haus auf dieses neue wirtschaftliche Kräfteverhältnis nur mit verstärkter Militärpräsenz im asiatisch-pazifischen Raum und der Suche nach neuen Partnern in Pekings Hinterhof, so in Myanmar (Burma), dessen zentralisiertes System weder demokratische Werte noch ethnische Harmonie fördert. Das hat US-Präsident Barack Obama aber nicht angefochten, als er sich nur 12 Tage nach seiner Wiederwahl auf Good-will-Tour in Pekings backyard begab. Nach dem Auftakt in Thailand und dem ersten Besuch eines US-Präsidenten in Myanmar reiste

---

[33] Nach Einschätzung des IWF wird Chinas Bruttoinlandsprodukt von gegenwärtig 11,2 Billionen US-Dollar bis 2016 auf 19 Billionen US-Dollar ansteigen und dann einen Anteil von 18 Prozent an der Gesamtleistung der Weltwirtschaft haben.

[34] Siehe In fünf Jahren übertrifft Chinas Bruttoinlandsprodukt das der USA - eine falsche Prognose?, in Beijing Rundschau vom 01.06.2011, unter http://german.beijingreview.com.cn/german2010/Focus/2011-06/01/content_362211.htm. [04.11.2012].

[35] J. O'Neill, Die USA und die BRIC-Staaten, vom 26.01.2011, unter http://www.focus.de/finanzen/boerse/gastkommentar-jim-oneill-die-usa-und-die-bric-staaten_aid_593742.html. [02.11.2012].

[36] Ebenda.

Obama nach Kambodscha weiter, um dort am Ostasien-Gipfel der ASEAN-Staaten in Phnom Penh teilzunehmen.[37]

Auch werden die Geostrategen im Weißen Haus versucht sein, Salz in die noch nicht ganz vernarbten Wunden zwischen China und Indien zu streuen. Auch andere schwelende Konflikte ließen sich instrumentalisieren. So machen Taiwan, Malaysia und Brunei Ansprüche im chinesischen Südmeer geltend. Im Zentrum steht der Zugriff auf die Spratly-Inseln, kleine unbewohnte Inseln zwischen den Philippinen und Vietnam. Es geht um Bodenschätze, Fischgründe und die Kontrolle über Handelsrouten. Daneben sind die Paramobilinseln sowie die Macclesfield-Bank-Inseln Quellen potenzieller militärischer Kraftproben.[38] Auch könnte es im ostchinesischen Meer Sturmwarnung für den Fall geben, dass der Konflikt um eine Inselgruppe eskaliert, die in Japan Senkaku und in China Diaoyu heißt. Unmissverständlich machen hier die USA klar, dass sie auf der Seite ihres engen Verbündeten Japan stehen.

Angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Konkurrenz zwischen den USA und China hält Eric Hobsbawm, einer der wichtigsten Historiker der Gegenwart, sogar einen Dritten Weltkrieg für wahrscheinlich: „Entweder hören wir mit der Ideologie des grenzenlosen Wachstums auf, oder es passiert eine schreckliche Katastrophe.“[39]

Während sich die USA als Weltpolizist betätigen, wird ihre Wirtschaft von ausländischen Investoren aufgekauft. Allein der chinesische Staat hält im Jahr 2011 US-Staatsanleihen im Wert von 1,3 Billionen Dollar, ungefähr 27 Prozent.[40] Ein asiatisches Schwellenland ist also Hauptgeldgeber der USA. Diese Konzentration amerikanischer Wertpapiere im asiatischen Raum bedeutet, dass von dort aus nicht nur Druck auf die amerikanische Wirtschaft ausgeübt werden kann. Im Jahr 2050, vermutlich sogar früher, könnte sich Amerikas Blütezeit sogar mit einem großen Crash verabschiedet und China sich den Platz als reichste und mächtigste Nation erstritten haben.

---

[37] Vertreten durch China, Russland, Japan, Südkorea, Indien, Australien, Neuseeland und die USA.

[38] Siehe J. Perlez, China Sends Troops to Disputed Islands, in: New York Times vom 23.07.2012, unter http://www.nytimes.com/2012/07/24/world/asia/china-sends-troops-to-disputed-islands.html. [14.11.2012].

[39] E. Hobsbawm, Es wird Blut fließen, viel Blut, in: stern.de vom 06.05.2009, unter http://www.stern.de/wirtschaft/geld/historiker-eric-hobsbawm-es-wird-blut-fliessen-viel-blut-662937.html, aufgerufen am 19.09.2009.

[40] Siehe F. Mayer-Kuckuck, China will raus aus US-Anleihen - kann aber nicht, vom 09.08.2011, unter http://www.handelsblatt.com/finanzen/boerse-maerkte/anleihen/china-will-raus-aus-us-anleihen-kann-aber-nicht/4475458.html?p4475458=all.

In ihrem Buch *Die uneingeschränkte Kriegsführung* beschrieben zwei Obristen der chinesischen Volksbefreiungsarmee Amerika als kommenden Gegner. Zum Schlachtfeld wird für die nächsten zwei Dekaden der gesamte Wirtschaftsraum erklärt, wobei nach den Autoren ein Wirtschaftskrieg in seinen Auswirkungen „genauso zerstörerisch sein kann wie ein militärischer Angriff".[41] Den Geschichtsbuchschreibern geben die Obristen den seit jeher gültigen Rat, den Abschnitten über wirtschaftliche Auseinandersetzungen äußerste Aufmerksamkeit zu widmen.

## Weltfrieden nur durch multipolare Verständigung und Ausgleich der Interessen

Die „nahezu unbestrittene Herrschaft" des Kapitalismus habe nicht eine „Epoche des universellen Friedens" herbeigeführt, sondern genau das Gegenteil, schrieb im Jahr 2005 der Schriftsteller Amitav Ghosh. Er sieht die Welt in einer Periode außergewöhnlicher Instabilität und Angst mit der Aussicht auf eine ständige Ausbreitung nur notdürftig getarnter Kolonialkriege. „Tatsächlich herrscht heute weniger Einigkeit über die geeigneten Mittel zur Wahrung und Schaffung von Frieden als zur Zeit der Gründung der Vereinten Nationen. Besonders in der angelsächsisch-amerikanischen Welt werden Kapitalismus und Imperium heute wieder als zusammengehörig betrachtet."[42]

In der Tat scheint die Verbindung von Kapitalismus und Imperium permanenten Krieg zu bedeuten. Und zwar in einer Ausführung, an der sich einst die Trotzkisten berauschten und die sich jene Neokonservativen, die das Projekt für das Neue Amerikanische Jahrhundert (PNAC) erfunden haben, nun aufs Neue zu eigen machen.

Dem Weltfrieden wäre sicherlich geholfen, wenn die Macher im Weißen Haus und im Pentagon sich vom Geist der Charta der Vereinten Nationen leiten ließen und gelegentlich einen Blick in die Federalist Papers werfen würden. In dieser Bibel der amerikanischen Verfassungsväter aus dem 18. Jahrhundert findet sich der wichtige Ratschlag: „In zweifelhaften Fällen, wo die Entschei

---

[41] Qiao Liang, Wang Xiangsui, Unrestricted Warfare, Beijing, PLA Literature and Arts Publishing House, February 1999, S. 51.

[42] A. Ghosh kritisiert den weltweit *ungebremsten Kapitalismus*, unter http://www.zeit.de/politik/Vorabmeldungen/2005/vorab_18. [11.12.2011].

tdungsfindung daheim von starken Leidenschaften oder flüchtigen Interessen verzerrt wird, könnte die Meinung der Welt den besten Ratgeber liefern."[43]

**Autor**: Wolfgang Effenberger,

Oberstudienrat a. D.

[43]Zitiert nach J. Joffe, Noch mal mit Gefühl. Bushs zweite Amtszeit. Nach vier Horror-Jahren probt Amerika ein neues Duett mit Europa, in: ZEIT.DE *POLITIK* USA, DIE ZEIT vom 20.01.2005.

**Wolfgang Scheler**

# Warum der Westen China nicht versteht

Wenn diese Frage gestellt wird, dann nicht in der Erwartung, darauf eine stimmige Antwort zu finden. Vielmehr geht es zunächst darum, die in der Frage enthaltene Behauptung zu begründen, der Westen verstehe China nicht, um dann nach Ursachen dafür zu suchen. Wenigstens sollte auf diese Weise erreicht werden, nicht die falschen Fragen zu stellen.

Jüngst zeigte die Berichterstattung über den Parteitag in China, wie hierzulande die Nachrichten über das Ereignis in das Bild eingepasst werden, das der Westen von China hat. So viel Freiheit nimmt sich die freie Presse. Sie entscheidet für die mündigen Bürger, was sie davon erfahren sollen und was sie darüber zu denken haben:

Da gibt es also eine autoritäre Einparteienherrschaft, noch dazu eine kommunistische. Die Parteiführung trifft, von Sicherheitskräften abgeschirmt, hinter verschlossenen Türen und unter Ausschluss des Volkes die Entscheidungen über das Schicksal des Volkes. Sie lässt keine Parteienkonkurrenz zu, stellt sich der Bevölkerung nicht zur Wahl, unterdrückt jede demokratische Regung und missachtet die Menschenrechte. Ohne die erhobenen Beschuldigungen mitzudenken, wird zugleich festgestellt, dass China in nur drei Jahrzehnten zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht aufgestiegen ist und als Lokomotive der Weltwirtschaft gebraucht wird, um die Finanz- und Wirtschaftskrise des Westens zu überwinden.

In mehrfacher Weise äußert sich hierin das ambivalente Verhältnis des Westens zur aufsteigenden Wirtschaftsmacht China. Der kapitalistische Westen fürchtet die Konkurrenz, steigt aber ins lukrative Geschäft ein. Er schmäht die niedrigen Standards der Arbeitswelt, profitiert aber gern von ihnen. Er beklagt die sozialen und ökologischen Verwerfungen rigorosen kapitalistischen Wirtschaftens, lastet sie aber den Kommunisten an. Unheimlich ist dem Westen die heraufziehende Gefahr, dass er die geopolitische Hegemonie verlieren könnte. Allerdings kann er bisher nichts dahingehend deuten, dass China seinerseits ein weltweites System von Militärstützpunkten errichten will. Doch als Bedrohung reicht schon die Aussicht, den hegemonialen Anspruch an eine Großmacht in Asien zu verlieren, die nicht den westlichen Maßstäben gerecht wird.

So sind etwa die allgemeinen Vorstellungen im Westen über das, was ihm durch China geschieht. Jedenfalls ist das der Hauptstrom der Meinungen. Es ist das Bild, das die herrschenden Kreise, die Oberklasse und ihre Funktions-

eliten, von China haben und das sie für allgemeingültig erklären. Daneben gibt es im Westen auch noch das Chinabild antikapitalistischer Kreise und Bewegungen. Die linken Beobachter der Szene schwanken zwischen zwei Extreme. Für die einen ist China die Hoffnung auf einen neuen Sozialismus, nachdem der sowjetische untergegangen ist. Für die anderen ist China hoffnungslos an den Kapitalismus verloren.

Alle diese Auffassungen und Urteile können das Phänomen China nicht erklären. Sie bleiben an der Oberfläche der Erscheinungen, ohne sich dem Erkenntnisobjekt mit adäquaten Erkenntnismethoden zu nähern, ohne zu seinem Wesen vorzudringen. Eine Ursache dafür liegt sicher in den sozialen Schranken und in der politischen Ausrichtung dieses Erkenntnisinteresses. Und im Verein damit wirkt auch eine allgemeine erkenntnistheoretische Ursache.

Unser Erkenntnisvermögen ist so beschaffen, dass wir die Wirklichkeit nur als ein kognitives Modell dieser Wirklichkeit in unserem Bewusstsein nachbilden können. Ein solches Modell der Wirklichkeit wird im Bewusstsein von Individuen formiert, das in den miteinander kommunizierenden Gruppen von Menschen inhaltlich übereinstimmende Züge annimmt und insofern zu gesellschaftlichem Bewusstsein wird. An diesem vorhandenen Modell messen und bewerten gesellschaftliche Gruppen Informationen über die sich ändernde Wirklichkeit, ordnen sie diese ein, oder schließen sie aus. Neue Erkenntnisobjekte versuchen sie anhand dieses Modells zu erklären. So etwa funktionieren Weltanschauungen.

Die bürgerliche Weltanschauung des Westens kann gar nicht anders als China nach dem Modell zu beurteilen, das sie von der eigenen Gesellschaft hat, danach, worauf die bürgerliche Gesellschaft sich gründet und was sie erfolgreich und anderen Gesellschaftsmodellen überlegen gemacht hat. An diesen Maßstäben gemessen, dürfte China eigentlich überhaupt nicht erfolgreich sein, denn es erfüllt nicht die Standards westlicher Ansprüche und Werte.

Für den dynamischen Aufstieg Chinas ergibt sich also keine logisch in sich geschlossne Erklärung. Es reicht lediglich zu einem eklektischen Gemisch von Halbwahrheiten und Fehlurteilen über die chinesische Gesellschaft und ihre Rolle im Weltgeschehen. Wir haben es also offensichtlich damit zu tun, dass eine neu entstehende Wirklichkeit sich nicht mit dem vorhandenen Erkenntnismodell erklären lässt, und zwar weder mit dem bürgerlichen noch mit dem sozialistischen.

Aus der Wissenschaftsgeschichte wissen wir um das Problem, das entsteht, wenn revolutionierend neue Tatsachen bekannt werden, die sich nicht mehr mit der bisherigen Theorie erklären lassen. Der Wissenschaftstheoretiker

Thomas S. Kuhn fasste das Problem mit dem Begriff des Paradigmenwechsels. Danach folgen wissenschaftliche Auffassungen über ein Sachgebiet immer einem bestimmten Paradigma, nämlich unhinterfragten Grundannahmen und Überzeugungen, bis dieses dann von einem neuen Paradigma abgelöst wird. Geläufige Beispiele dafür sind die kopernikanische Wende oder das Neue Denken im Atomzeitalter.

Das Selbstbild des Westens ist geprägt von einem alten Paradigma. Es wird bestimmt von nicht mehr hinterfragten Grundannahmen und Überzeugungen über das Privateigentum und die kapitalistische Marktwirtschaft, über die Demokratie, die bürgerlich-freiheitliche Ordnung und die Rechtsstaatlichkeit. Es kommt nun für unsere Fragestellung gar nicht darauf an, ob dieses Selbstbild wahr oder falsch ist. Wichtig ist nur, ob es tauglich ist als Muster, um die ganz andersartige Wirklichkeit der chinesischen Gesellschaft zu verstehen. Man kann, wie Kuhn es ausdrückt, ein neues Paradigma nicht mit dem Vokabular des alten Paradigmas begreifen. Um China in seinen Zusammenhängen mit den übrigen Weltprozessen unserer Zeit zu verstehen, brauchen wir ein neues Paradigma.

Das neue Paradigma aber kann nur aus der Analyse der Bedingungen gewonnen werden, die der chinesischen Gesellschaft die Notwendigkeiten und die Möglichkeiten ihrer Existenz und Entwicklung in der Welt von heute vorzeichnen. Diese Notwendigkeiten und Möglichkeiten sind zum einen von den gesellschaftlichen Bedingungen vorgezeichnet, wie sie sich in China vorfanden, als es seinen Aufbruch im vorigen Jahrhundert begann, und wie es diese im Beschreiten eines nichtkapitalistischen Entwicklungsweges schon einschneidend verändert hat. Das führte uns Ulrich Knappe in seinem Vortrag noch einmal eindringlich vor Augen[1]. Zum anderen werden diese Bedingungen durch die grundlegenden Veränderungen in der materiellen Existenzweise der Weltgesellschaft gesetzt. Es sind dies letztlich Wirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, die in den letzten Dezennien des vorigen Jahrhunderts begonnen hat und noch immer anhält.

Das Wesen dieser Revolution besteht darin, dass sie eine neue Qualität des materiellen und geistigen Reproduktionsprozesses hervorbringt und alle Lebensbereiche in nie gekannter Weise und Geschwindigkeit verändert. Ihre gravierenden sozialen Folgen machen sich vor allem in der mehrdimensionalen Krise der globalen Gesellschaft bemerkbar. Vor drei Jahren war das auf dem Symposium zum Thema *Weltwirtschaftskrise und Frieden* Gegenstand der

---

[1] Siehe U. Knappe, Der Aufbruch Chinas in einen neuartigen Kapitalismus, im vorliegenden Heft.

Diskussion.[2] Diese Revolution hat aber zugleich China, Indien und anderen großen Entwicklungsstaaten das Potenzial für eine Aufholjagd gegeben.

Infolge dieser revolutionären Veränderungen ist die Welt in eine neue Epoche eingetreten, und damit wird ein neues Paradigma des Denkens erforderlich. Die neuartigen Großprobleme der Epoche, Ernährung und Wasser, Bevölkerung und Migration, Klima und Ökologie, Energie und Rohstoffe, Krieg und Frieden, Atomwaffen und Kernenergie, Kommunikation und Konflikt der Kulturen, sie alle verändern fundamental die überkommenen Problemstellungen.

Es würde deshalb nicht helfen, heißt es bei Marco Berlinguer, „angesichts der heutigen Probleme in einer Identität nach Antworten zu suchen, die aus einer anderen historischen Epoche stammt. Die einzige Frage, die immer noch gültig ist, lautet: Wie kann eine andere Gesellschaft jenseits der kapitalistischen Organisation geschaffen werden? Dabei können einige Elemente der sozialistischen, sozialdemokratischen und keynesianischen Denkschule wieder belebt werden. Aber das ist nicht ausreichend. Seit den 70er, 80er Jahren sind neue Faktoren, Probleme und Widersprüche aufgetreten, die einen Paradigmenwechsel eingeleitet haben."[3]

Vielleicht ist der Aufstieg Chinas gerade damit zu erklären, dass seine führenden Kreise nach Antworten für die Probleme und Widersprüche nicht in Identitäten einer vergangenen Epoche suchen, sondern einem Paradigma folgen, das den Bedingungen der neuen Epoche entspricht. Und nach diesem Paradigma beschreitet China einen eigenen Entwicklungsweg in eine Gesellschaft, in der es den Menschen besser gehen soll. Nicht von ungefähr, so stellen die Chinakenner John und Doris Naisbitt heraus, ist der Reformprozess von Deng Xiaoping mit dem Ruf eingeleitet worden: „Sprengt die Ketten, die unser Denken fesseln." Dieser Ruf und seine Einsicht, ausgedrückt in dem Satz, „Unser Denken bedarf einer entscheidenden Emanzipation!"[4], bedeuteten den Bruch mit der bis dahin geltenden Ideologie. Die Emanzipation des Denkens öffnete China den Weg in den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg.

John und Doris Naisbitt betreiben seit Jahren Chinastudien am Ort des Geschehens und unterhalten ein Chinainstitut in Tianjin. Bei ihnen finden sich

---

[2] Siehe Die Weltwirtschaftskrise und der Frieden. Beiträge zum 14. Dresdner Symposium *Für eine globale Friedensordnung* am 21 November 2009, DSS-Arbeitspapiere, Heft 97/2010.

[3] M. Berlinguer, Auf der Suche nach neuen Pfaden. Interview, in: Neues Deutschland vom 10./11.11.2012.

[4] J. & D. Naisbitt, Chinas Megatrends. Die 8 Säulen einer neuen Gesellschaft, München 2009, S. 17.

interessante Ansätze dafür, wie man das große Entwicklungsland China aus der Sicht eines neuen Paradigmas betrachten sollte. Die westliche Kultur, so eine ihrer Grundannahmen, habe eine universalistische Denkweise, wonach die eigenen Werte für alle Menschen gelten. Dies führe zu einem missionarischen Denkansatz mit dem Anspruch, alle Nationen dem westlichen Werteverständnis zu unterwerfen.[5] China aber sei eine gruppenorientierte Gesellschaft, in der die Loyalität der Menschen zuerst der Gruppe und dann erst dem Einzelnen gilt. China stelle keine universalistischen Ansprüche, sondern neige zum Partikularismus, der darauf besteht, selbst den richtigen Weg für sich zu bestimmen.[6] Es sei sich dessen bewusst, dass es weiterhin Korrekturen und Neuerungen vornehmen müsse. „Und dieses Wissen", so schreiben sie, „hat China zu einer Lerngesellschaft gemacht – offen für jede Theorie und Praxis, die den gesetzten Zielen förderlich ist."[7] Sie interpretieren den berühmten Ausspruch Deng Xiaopings, es mache keinen Unterschied, ob die Katze weiß oder schwarz ist, solange sie Mäuse fängt, nicht im Sinne einer politischen Richtungsentscheidung. Für Deng Xiaoping sei die Frage nicht gewesen, ob Kapitalismus oder Sozialismus das Beste sei, sondern was das Land dazu befähigen konnte, sein Potenzial für die Zukunft zu nutzen.[8]

Hierzu gehört der Umgang mit der Eigentumsfrage. Staatsbetriebe wurden in Aktiengesellschaften umgewandelt, ohne die Eigentumsverhältnisse zu ändern. In Konkurrenz und Kooperation mit Privatunternehmen und reguliert von staatlichen Entscheidungen sorgen sie für ein enormes Wirtschaftswachstum. Es scheine, so meinen John und Doris Naisbitt, als verfügten die Chinesen über ein spezielles Talent, aus scheinbar nicht kompatiblen Teilen ein in sich harmonisches Ganzes zu schaffen.[9] „China ist im Begriff", schreiben sie, „eine Gesellschaft auf einer völlig neuen sozialen und wirtschaftlichen Basis zu errichten und diese mit einer ‚Unternehmenskultur' auszustatten, die den Bedürfnissen des Unternehmens und seiner Menschen auf ihrem Weg in die Moderne und zu Wohlstand verspricht."[10]

Sie beziehen das nicht nur auf die Wirtschaft, die China zu einem gleichwertigen Mitbewerber auf den globalen Märkten macht, sondern auch auf das politische System. Ihrer Ansicht nach „ist China dabei, ein alternatives Modell zur modernen Demokratie zu erschaffen, das der chinesischen Geschichte ebenso

---

[5] Siehe ebenda, S. 14.

[6] Siehe ebenda, S. 40.

[7] Ebenda, S. 14.

[8] Siehe ebenda, S. 8.

[9] Siehe ebenda, S. 47.

[10] Ebenda, S. 8.

entspricht wie das Demokratiemodell, das Amerika vor mehr als 200 Jahren schuf und das seinerseits der amerikanischen Gesellschaft entsprach."[11]

Das ist sicher hoch gegriffen, und es ist zu bezweifeln, ob es sich dabei überhaupt um ein Demokratiemodell handelt. Richtig aber ist die aus dieser Analogie sprechende Relativierung des westlichen Demokratiemodells. Und richtig ist vor allem: Mit ihrem derzeitigen politischen System ist es den Chinesen gelungen, die große Mehrheit der Bevölkerung aus Rückständigkeit, Hunger und Armut zu befreien. Die von der politischen Führung eingeleiteten Reformen haben der Gesellschaft einen Entwicklungsfortschritt verliehen, der den meisten Menschen, wenn auch in unterschiedlichem Maße, zugute kommt und sie herausführt aus Hunger, Armut und Rückständigkeit.

In diesem politischen System aber spielt eben die Kommunistische Partei die zentrale zielsetzende und organisierende Rolle. Für sehr bedenkenswert ist die Ansicht der empathischen Autoren, dass die Parteiführung die Unterstützung des Volkes hat, nicht, weil sich die Partei kommunistisch nennt, sondern weil sie, herausgewachsen aus ihren Verirrungen, sich weit hinausgewagt hat und eine Leistung für das ganze Volk erbringt. Ihrer Ansicht nach „ist Chinas Kommunistische Partei wesentlich stärker in seinem Volk als im Kommunismus verankert, es ist viel mehr eine Volkspartei als eine kommunistische Partei".[12]

Im Unterschied zur Sowjetunion habe China Berichtigungen und Anpassungen innerhalb des Ein-Parteien-Systems vorgenommen und die Stimmen der Basis in die zentralen Entscheidungen einbezogen. So sei es gelungen, diesen gigantischen Transformationsprozess relativ friedlich ablaufen zu lassen.[13] Dem kann man kaum widersprechen, obwohl das keine Garantie für die friedliche und harmonische Entwicklung in der Zukunft ist. Die Nachteile und Fehler einer Einparteienherrschaft haben sich in dem gescheiterten politischen System des sowjetischen Sozialismus unübersehbar erwiesen. Diese wirken sich auf die Gesellschaft besonders schlimm aus, wenn es keine innerparteiliche Demokratie gibt. Insofern ist der Glaube unbegründet, dass sich die immer mehr ausdifferenzierenden Interessengruppen der chinesischen Gesellschaft auf Dauer der Führung einer Partei, wie der jetzigen, unterordnen. Aber warum sollten sie ausgerechnet ein westliches Demokratiemodell übernehmen, das gerade vor den gesellschaft-lichen Herausforderungen versagt und das von Finanzmärkten und Geldeliten entmachtet wird? Und so viel besser als ein Einparteiensystem ist ein Zweiparteiensystem wie in den Verei-

[11] Ebenda, S. 15.

[12] Ebenda, S. 52.

[13] Siehe ebenda, S. 62.

nigten Staaten wohl auch nicht, bei dem man nur die Wahl zwischen zwei wesensgleichen Parteien der Oberklasse hat.

Die tiefen Widersprüche der chinesischen Gesellschaftsentwicklung werden nach neuen Bewegungsformen verlangen, sowohl die Wirtschaft als auch das politische System betreffend. Ob sie gefunden werden, wissen wir nicht. Wohl kaum aber werden die Empfehlungen des Westens, es ihm gleich zu tun, dazu beitragen. China zu verstehen verlangt nicht, seinen jetzigen Gesellschaftszustand und sein politisches System gutzuheißen, aber es verlangt, beides analytisch zu betrachten und zu bewerten, anstatt es moralisierend abzuurteilen.

Wenn man aber nicht dahin kommt, den Charakter der chinesischen Gesellschaft zu verstehen, kann man auch nicht beurteilen, welche Rolle China in der internationalen Arena spielt und welche Wirkungen das für den Frieden haben kann. Momentan scheint der Fokus zu einseitig auf das Verhältnis der Vereinigten Staaten und China als geopolitische Rivalen fixiert zu sein. „Die Supermachtrivalität mit Amerika wird das 21. Jahrhundert prägen“[14], schrieb nassforsch Matthias Nass, stellvertretender Chefredakteur der Wochenzeitung Die Zeit. Führt hier nicht genau das alte Paradigma die Feder? Wesentlich ist doch vielmehr, dass der Aufstieg Chinas die bevölkerungsreichste Nation aus der Rückständigkeit holt und an den fortgeschrittenen Teil der Welt heranführt. Auf diese Weise wird die größte Nation Mitgestalter bei der Lösung der Menschheitsprobleme, und ohne sie wird das gar nicht gehen.

Wenigstens relativiert Matthias Nass den von ihm erwarteten neuen Systemkonflikt, wenn er meint, dieser werde nicht so ideologisch aufgeladen sein wie der Kalte Krieg, denn „Chinas Machtanspruch ist kein imperialistischer“. Und er wundert sich: „Wo hat es das gegeben? Eine Supermacht, die nicht führen will!“[15] Der Westen kann sich offenbar nicht lösen aus dem alten Paradigma hegemonialer Ansprüche. Aber mit Chinas Weltmachtstatus können Voraussetzungen für ein neues Paradigma der internationalen Beziehungen entstehen. Man sollte es so sehen wie Domenico Lesurdo. „Neben so vielen Tragödien“, schreibt er, „hat das 20. Jahrhundert einerseits den Entwicklungsprozess der Einigung Europas und andererseits das mächtige Wiedererstehen alter Kulturen erlebt, die vorher vom Westen mit Füßen getreten und gedemütigt worden sind: auf der Weltbühne erschienen China, Indien usw. wieder, während die islamische Welt noch ihren Weg sucht. Die Multipolarität ist etwas Irreversibles, und sie fordert die wechselseitige Anerkennung der verschiedenen Subjekte, aus denen sie sich zusammensetzt. In diesem Sinne be-

[14] M. Nass, Nach ihren Regeln, in: Die Zeit vom 18.02.2010, S. 5.

[15] Ebenda.

steht China auf der absoluten Notwendigkeit der ‚Demokratie in den internationalen Beziehungen'".[16]

Dem kann nur noch hinzugefügt werden: Multipolarität und Demokratie in den internationalen Beziehungen sind die notwendigen und vielleicht sogar schon die hinreichenden Bedingungen für eine globale Friedensordnung.

**Autor**: Prof. Dr. Wolfgang Scheler,

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V.

[16] D. Lesurdo, Flucht aus der Geschichte? Die russische und die chinesische Revolution heute, Essen 2009, S. 171.

**Horst-Dieter Strüning**

# Der Aufstieg Chinas zur Weltmacht unter friedenspolitischer Perspektive

## Problemformulierung

Der vorliegende Beitrag stützt sich auf die Aufsätze und Studien des kritisch-sachlichen Berliner Sinologen Helmut Peters.[1] Das internationale Kräfteverhältnis hat sich im 21. Jahrhundert grundlegend verändert. Die grundlegende Veränderung vollzieht sich – wie immer mehr Forscher einräumen – zuungunsten der USA und anderer neoimperialistischer Mächte, die bisher den Prozess der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Globalisierung wesentlich beeinflusst haben.[2] Ein Rückblick auf die zweite industrielle Revolution innerhalb der kapitalistischen Welt vom Ausgang des 19. und Beginn des 20. Jahrhunderts und die damit zusammenhängende neue Entwicklungsstufe des Kolonialismus zeigt ein Bild von Ländern am Rande der kapitalistischen Herrschaftssphäre, wie zum Beispiel China, Japan und Südostasien, die nolens volens in das Getriebe der internationalen Ökonomie und Politik hineingestoßen worden sind. Demgegenüber bilden sich heute im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution unter den Entwicklungs- bzw. Schwellenländern starke Tendenzen heraus, die im Interesse ihrer eigenen gleichberechtigten Teilhabe in der Welt die herrschende wirtschaftliche, politische und kulturelle internationale Ordnung anzweifeln. Vorgänge, wie zum Beispiel die gegenwärtigen Auseinandersetzungen lateinamerikanischer Staaten, etwa Venezuela, Brasilien, Ecuador, Nicaraguas und Kuba, mit der Politik der USA, demonstrieren, dass sich hier in vielerlei Hinsicht wahrscheinlich unaufhaltsame historische Prozesse entwickelt haben.[3] Offensichtlich wird nun diese

---

[1] Ein erster Beitrag aus dem Jahre 2005 trägt die Überschrift *Gefährdet der Aufstieg der VR China zu einer globalen Macht den Weltfrieden?* (www.ag-friedensforschung.de/rat/2005/peters.html). Der zweite Aufsatz, der von 2007 stammt, ist überschrieben: *Der friedliche Aufstieg. Die internationale Strategie der Volksrepublik China.* (http://www.neue-impulse-verlag.de/marxistischeblaetter/artikel/407/207-der-friedliche-aufstieg-die-internationale-strategie-der-volksrepublik-china.html). Der dritte aus dem Jahre 2011 ist in der Zeitschrift marxistische Erneuerung, Heft 85, erschienen zum Thema: *Die VR Chinas und die chinesisch-amerikanischen Beziehungen*. Die vierte, die Fortsetzung, ebenfalls in der Zeitschrift marxistische Erneuerung, Heft 89/1990 publizierte Studie ist überschrieben: *Chinas Weg zur eigenständigen Weltmacht.*

[2] Siehe H. Peters, Gefährdet der Aufstieg der VR China zu einer globalen Macht den Weltfrieden?, in: www.ag-friedensforschung.de/rat/2005/Peters.html.

[3] Siehe ebenda.

breite Strömung von keinem anderen Entwicklungsland stärker beeinflusst als von der Volksrepublik China.

Für H. Peters gibt es keinen Zweifel, dass die VR China dabei ist, sich zu einer „Weltmacht erster Ordnung" zu entwickeln.[4] Denn seine Einwohnerzahl beträgt ca. 20 Prozent der Weltbevölkerung, eine Tatsache, an der man schon allein ermessen kann, in welchem Maße der Aufstieg Chinas den wirtschaftlichen und ökologischen Status der Welt verändern und den Druck zu einer qualitativen Veränderung der vom gegenwärtigen Kapitalismus bestimmten Wirtschafts- und Lebensweise ansteigen lassen wird. Von hier aus erhebt sich dann die Frage: Wird diese zu erwartende Entwicklung Chinas einen negativen oder positiven Einfluss auf das internationale Geschehen im Hinblick auf die Friedensfrage haben. Mit anderen Worten, es ist zu untersuchen, ob der chinesische Aufstieg die Menschheit sicherer und gerechter macht, oder ob er den Weltfrieden – wie es Gegner der VR China behaupten – massiv gefährdet. Bei der Beantwortung dieser Frage gilt es, sich eine eigene Position zu erarbeiten, indem sich sachlich-kritisch mit den Argumenten auseinandergesetzt wird.

## Aufstieg Chinas durch wirtschaftlich-gesellschaftliche Modernisierung

In den zurückliegenden drei Dekaden hat die VR China die bislang größten Fortschritte in ihrem Prozess der „sozialistischen Modernisierung" erreicht. Die Volksrepublik China befindet sich seit über sechs Jahrzehnten unter der Führung der KP Chinas in einem historischen Prozess des – wie die KP Chinas[5] meint – „direkten Übergangs" von einer Agrargesellschaft spätmittelalterlicher Art zu einer sogenannten „modernen sozialistischen Gesellschaft", und zwar unter Umgehung des Stadiums der kapitalistischen Gesellschaft.[6] Modern soll die Gesellschaft im heutigen Verständnishorizont der KP Chinas aus dreifachem Grunde deswegen sein, weil sie einmal industrialisiert ist, zweitens die Resultate der wissenschaftlich-technischen Revolution allenthalben nutzt und sich schließlich in einer „nachholenden Entwicklung" die menschlichen Zivilisationsfortschritte seit der Französischen Revolution angeeignet hat.[7]

---

[4] Siehe ebenda.

[5] Siehe H. Peters, Die VR China und die chinesisch-amerikanischen Beziehung, in: Zeitschrift marxistische Erneuerung, Heft 85/2011. S. 58.

[6] Siehe H. Peters, Gefährdet der Aufstieg …, a. a. O.

[7] Siehe ebenda.

Nachdem die ersten beiden strategischen Konzepte für den sozialistischen Übergang unter der Herrschaft von Mao Zedong gescheitert sind, befindet sich China seit Ende der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts dabei, den Prozess des dritten strategischen Ansatzes umzusetzen, wobei dieses dritte strategische Konzept unter dem bekannten Titel *Politik der Reformen und Öffnung des Landes* läuft.[8] In dem seit mehr als 30 Jahre andauernden politischen Reformprozess wurde mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate der chinesischen Ökonomie von über neun Prozent das Bruttoinlandsprodukt (BIP) mehr als vervierfacht. Zugleich bildete sich, insbesondere in Ost-China, eine moderne Infrastruktur heraus, entstanden neue wirtschaftliche und soziale Strukturen unter sichtbarer Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards. So wurde die VR China zu einer Lokomotive der Weltwirtschaft. Gegenwärtig steht China im Hinblick auf seinen Anteil am BIP der Welt und am Welthandel hinter den USA und vor Japan und Deutschland an zweiter Stelle der Rangliste. Gegenüber ca. zehn Prozent vor zehn Jahren produziert China heute bereits über 39 Prozent des BIP der USA.[9]

In wirtschaftlicher Begrifflichkeit formuliert, war die Begegnung zwischen Obama und Hu Jintao im Januar 2011 ein Treffen zwischen dem „größten Schuldner", der am Rande des Staatsbankrotts steht, und seinem „größten Gläubiger" mit Ende 2010 vorhandenen 2.847,3 Mrd. US-Dollar Devisenreserven, dessen Land zu einem Hoffnungsträger für die Weltwirtschaft, auch für die USA, geworden ist.[10]

Diese Resultate sind durch vier Faktoren bedingt. Zum einen durch die weite Öffnung Chinas für das internationale Industrie- und Finanzkapital;[11] zum anderen durch den Übergang zur Marktwirtschaft; ferner durch die Förderung eines endogenen Kapitalismus und schließlich durch die enge Verschränkung der chinesischen Ökonomie mit der Weltwirtschaft. Wenn diese Zielorientierung in Zukunft noch weiter verstärkt werden soll, dann folgt nach Peters[12] aus der erheblichen Abhängigkeit der chinesischen Modernisierung von der Weltwirtschaft das notwendige Erfordernis der Sicherung und Stärkung eines „friedlichen Umfeldes". Dies impliziert auch die „friedliche" Aneignung der lebenswichtigen Ressourcen.

---

[8] Siehe ebenda.

[9] Siehe H. Peters, Die VR China …, a. a. O., S. 65.

[10] Siehe ebenda.

[11] In der Ära Jiang Zemins wurden USA-Investmentbanken, wie zum Beispiel Goldman Sachs und Morgan Stanley in die VR China geholt, um große staatliche Unternehmen nach US-amerikanischem Muster in konkurrenzfähige internationale Konzerne umzuwandeln, in: ebenda, S. 123.

[12] H. Peters, Gefährdet der Aufstieg …, a. a. O.

China hat die in den letzten drei Jahrzehnten erzielten Resultate äußerst teuer erkauft, insofern es an den „Rand einer gesellschaftlichen Krise“ gelangte. Da die VR China einseitig auf eine möglichst schnelle Entwicklung des Bruttoinlandproduktes orientierte, kam es zu erheblichen Ungleichgewichten und Disproportionen in der Gesellschaft. Dabei war insbesondere der rückständigste Zweig der chinesischen Volkswirtschaft, die Landwirtschaft mit der Masse der Bauernbevölkerung, betroffen. Die unterschiedliche Entwicklung von Stadt und Land nahm ein solches Ausmaß an, dass einerseits Ost-China florierte und die übrigen Regionen des Landes andererseits mehr und mehr zurückblieben. Die Konsumption als Motor für die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes nahm derart ab, dass die Abhängigkeit Chinas von der Außenwirtschaft mit über 70 Prozent bedenklich zunahm. Chinas Hoffnung, ausländisches Kapital zu nutzen und dadurch das Know-how fortschrittlicher Wissenschaft und Technik zu erhalten, erfüllte sich nicht, wie der Anteil der chinesischen Einfuhr an modernen Ausrüstungen für das Jahr 2004 demonstriert. So betrug der Import-Anteil Chinas für die Glasfaserproduktion nahezu 100 Prozent, für die Produktion integrierter Schaltkreise 85 Prozent, für die Erdölindustrie 80 Prozent, bei numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen 70 Prozent sowie bei medizinischen Apparaturen 95 Prozent. Die Stagnation und das Zurückbleiben der sozialen Einrichtungen oder ihre Integration in die Marktwirtschaft schufen ernsthafte Probleme für breite Volksschichten im Hinblick vor allem auf das Bildungs- und Gesundheitswesen. Das Hintenanstellen der sozialen Gerechtigkeit und die soziale Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich setzten der Entwicklung der notwendigen Antriebskräfte für die Reform Grenzen und heizten die sozialen Spannungen an.[13]

Das rasant geförderte extensive Wirtschaftswachstum konterkarierte die Umweltpolitik der chinesischen Zentralregierung und brachte ökologische Schäden von bisher nicht gekanntem Ausmaße hervor. Chinesischen Angaben zufolge haben die ökonomischen Verluste durch Umweltschädigung einen Umfang von 14 Prozent des Bruttosozialproduktes. Die Belastung durch Umweltverschmutzung in China wird nach einer aus dem Jahre 2005 stammenden Einschätzung von Zhang Lijun vom Staatlichen Amt für Umweltschutz allein in den kommenden 15 Jahren durch das Bevölkerungswachstum und durch die beabsichtigte Vervierfachung des Bruttoinlandproduktes nochmals um das Vier- bis Fünffache steigen. Zhang zufolge sind 30 Prozent Chinas vom sauren Regen bedroht. Darüber hinaus leiden 20 Prozent der städtischen Bevölkerung Chinas unter hoher Luftverschmutzung. In der Hälfte von 600 chinesischen Städten mangelt es Wasser, und in vielen Regionen Chinas ist das als Trinkwasser benutzte Oberflächenwasser verschmutzt. Wenn nichts

[13]Siehe ebenda.

Einschneidendes geschieht, wird China im Bereich der Umweltverschmutzung die USA, pro Kopf gerechnet, um das Jahr 2020 eingeholt und im absoluten Volumen deutlich übertroffen haben.[14]

Als 2002/2003 die beiden Politiker, Präsident Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao, ihr Amt antraten, legten sie nicht ihr historisches Bewusstsein ab und verhehlten nicht – wie ihre Vorgänger – aus der Geschichte der kolonialen Unterdrückung ihres Landes die notwendigen Konsequenzen und Lehren gezogen zu haben. Aus ihrer Sicht könne Chinas nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit nur allein durch ein sozialistisches, starkes und weltoffenes Land bewahrt werden. Aufgrund der krisenhaften Entwicklung Chinas hat die sogenannte Hu-Wen-Politik die Strategie und Politik grundlegend verändert. Anders als die vorangegangene Politik der Entwicklung des BIP um seiner selbst willen bemüht sich die KP-China gegenwärtig, den Menschen mit seinen Interessen und die Notwendigkeit seiner allseitigen Entwicklung ins Zentrum ihrer Politik zu stellen. Dabei versucht sie, sich auf eine allseitige, abgestimmte und nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft unter Einschluss des Verhältnisses von Mensch und Natur als auch der inneren und äußeren Entwicklung des Landes zu orientieren.

Inwieweit nun diese Politik der Vorschläge der KP Chinas über die gesellschaftliche Entwicklung des Landes in den Jahren 2006 bis 2010 konkretisiert und erfolgreich realisiert worden ist, kann heute noch nicht abschließend beurteilt werden, denn der schwierige Übergang zu einer intensiv erweiterten Produktion und Reproduktion unter den Schwerpunkten der Erhöhung der Qualität und Effektivität sowie der Übergang zu einer tatsächlich die Ressourcen verteilenden Marktwirtschaft braucht seine Zeit. China soll immerhin zu einer „Gesellschaft sparsamen Ressourcenverbrauchs und eines freundlichen Umgangs mit der Umwelt“ mutieren.[15] War vorgesehen, eine Wachstumsrate der chinesischen Volkswirtschaft (BIP) von 8,5 Prozent im Zeitraum von 2005 bis 2010 auf der Grundlage von eigenen wissenschaftlichen Leistungen zu erzielen, so betrug das durchschnittliche Wirtschaftswachstum (BIP) in China tatsächlich 11,2 Prozent, rund 2,7 Prozent mehr als geplant im zeitlichen Intervall.[16]

Was aber nach wie vor auf der Tagesordnung der chinesischen Politik steht, ist die konsequente Fortsetzung des von Hu Jintao und Wen Jiabao erstellten

---

[14]Siehe ebenda.

[15]Siehe ebenda.

[16]Siehe ebenda; China, Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2003 bi 2013 (gegenüber dem Vorjahr), in: de.statista.vom/statistik/daten/studie/14560/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-in-china/.

neuen Entwicklungsmodells. Dies erfordert letztendlich eine fundamentale Veränderung des mehr quantitativ orientierten Konzeptes der ökonomischen Wachstumsweise, eine deutliche Erhöhung des Umweltbewusstseins und verstärkte Hinwendung zu regenerativen Energien.[17] Erforderlich ist auch eine Konzentration auf die Entwicklung rückständiger landwirtschaftlicher Regionen und Dörfer, die Schaffung neuer Arbeitsplätze, eine merkliche Steigerung der niederen und mittleren Einkommen, ein breiter Ausbau von öffentlichen sozialen Institutionen, insbesondere von Bildungsstätten, des Gesundheitswesens, der Kultur, und ihre Nutzung durch breite Volksschichten. Darüber hinaus ist aber eine deutliche Erhöhung des Konsumptionsanteils am Bruttoinlandsprodukt erforderlich.[18] Es ist aber auch eine Minimierung der gesellschaftlichen Konflikte in China vonnöten, und zwar durch einen Interessenausgleich gegenläufiger Klassen, sozialer Schichten und Gruppen, was mit dem neuen Entwicklungsmodell der Hu-Wen-Politik, der Idee einer „harmonischen sozialistischen Gesellschaft", kompatibel ist.[19] Vonnöten ist schließlich die Entwicklung einer sich an Gesetzen orientierenden „demokratischen Politik" für die Interessen des Volkes.

Die politische Führung hat auch darauf zu achten, dass bei der Nutzung des ausländischen Kapitals Zustände eines Manchester-Kapitalismus einzudämmen sind. Auch muss sie dafür sorgen, dass die öffentliche Daseinsfürsorge nicht im Wesentlichen freien Marktkräften überantwortet wird. Man braucht kein Prophet zu sein, um annehmen zu können, dass die gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Konflikte in der chinesischen Gesellschaft noch jahrelang weiter bestehen und sich gegebenenfalls weiter verschärfen könnten. Noch ist es fraglich, ob es möglich ist, die engen lokalen und privaten Eigeninteressen der kommunistischen Führungskader auf der Provinzebene durch die angestrebte überregionale Integration der Ökonomie einzudämmen. Die neue Wirtschaftspolitik und gesellschaftliche Strategie der Führung Chinas unter Hu Jintao und Wen Jiabao konzentriert sich weiterhin auf die ökonomische, wissenschaftlich-technische und kulturelle Modernisierung des Landes als den entscheidenden Parametern für den friedlichen Aufstieg Chinas in die Reihe der ersten Weltmächte. Mit dem Sinologen Peters kann man in der „sozialistischen Modernisierung" Chinas nichts anderes erkennen als eine Politik und Strategie des Friedens.[20]

## Aufstieg Chinas durch militärische Modernisierung

---

[17]Siehe ebenda.

[18]Siehe H. Peters, Gefährdet der Aufstieg …, a. a. O.

[19]Siehe ebenda.

[20]Siehe ebenda.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass die Modernisierung der chinesischen Streitkräfte unter der Führung von Hu Jintao und Wen Jiabao höchste Priorität gehabt hat. Damit ist aber noch nicht ausgemacht, welches Ziel und welchen Zweck diese militärische Modernisierung hat. Möglich ist einerseits, dass sie der Vorbereitung von Kriegen um die Neuaufteilung der globalen Ressourcen und von Aggressionen gegen andere Länder oder andererseits zur Verteidigung der VR China, seiner Souveränität und territorialen Integrität, dient. Gefährdet der militärische Aufstieg Chinas qua Modernisierung seiner Streitkräfte die Sicherheit anderer Staaten, insbesondere der USA? Um diese Frage zu klären, reicht zunächst ein Blick auf das Umfeld der VR China. Dabei ist offensichtlich, dass sich die USA und ihre NATO-Verbündeten auf lange Sicht im Westen Chinas, in Zentralasien, militärisch festgesetzt haben. Im Osten Chinas, wo anscheinend der Schwerpunkt der US-amerikanischen Militärstrategie liegt, haben die USA und Japan bereits Mitte des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts begonnen, ihre militärischen Kräfte zu verstärken und zu modernisieren. Sie haben dabei auch ihre militärisch-politischen Bündnisse neu geordnet. Im Dezember 2004 hatte Japan bereits die „Neuen Richtlinien zur Nationalen Verteidigung" damit begründet, dass es nicht nur indirekt durch den „Terrorismus" und Nordkorea bedroht werde, sondern unmittelbar durch die Modernisierung der chinesischen Streitkräfte und die Ausweitung der maritimen Aktivitäten Pekings. Infolgedessen hat es angefangen, auf Okinawa vorgeblich zum Schutze der dort stationierten US-amerikanischen Truppen vor Terroranschlägen eine schnelle Eingreiftruppe aufzubauen, wobei die Hauptstoßrichtung gegen China geht.

Dazu kommt noch, dass die USA und Japan die Taiwanstraße zu einem Gebiet ihres geo-strategischen Interesses erklärt haben und vorgeben, Taiwan, das völkerrechtlich ein Landesteil Chinas ist, vor einem möglichen Angriff schützen zu wollen. Taiwan soll auch in das Raketenabwehrsystem einbezogen werden, das die USA im Fernen Osten vor allem gegen den sogenannten Paria-Staat, die Volksrepublik Korea, in Wirklichkeit aber gegen China, zu errichten beabsichtigen. Auf dem internationalen Welt-Taiwan-Kongress am 25.09.2005 in Taibei berieten taiwanesische Kräfte, die die Unabhängigkeit der Insel von der VR China betreiben, über eine engere militärische Kooperation mit den USA und Japan. Dabei wollten sie ihr Ziel gegen den erklärten Willen der Mehrheit der Taiwanesen durchsetzen.[21]

Die Haltung der VR China hat sich auch nicht geändert nach der Annahme des Anti-Sezessionsgesetzes im Nationalen Volkkongresses. So wurde der Kurs der friedlichen Wiedervereinigung unter Anerkennung Taiwans und des

[21]Siehe ebenda.

chinesischen Festlands als zwei untrennbare Teile Chinas beibehalten. Allerdings dürfte militärisches Eingreifen auch für den Fall geplant sein, wenn separatistische Kräfte Taiwan von China abtrennen oder ausländische Mächte in derselben Absicht wirken. Pekings Politik zielt darauf hin, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zusammen mit der oppositionellen Guomindang auszubauen und dadurch längerfristige Bedingungen für die Lösung dieses nationalen Problems zu schaffen. Auf diesem Hintergrund ist der Vorwurf westlicher Kräfte grundlos, die VR China bedrohe Taiwan und wolle es sich gewaltsam aneignen. Die VR China ist vielmehr – darin muss man Peters zustimmen – darauf aus, dieses nationale Problem in Übereinstimmung mit dem geltenden Völkerrecht zu lösen.[22]

Oft wird behauptet, dass die VR China aufgrund ihres angeblich extremen Militärbudgets den Weltfrieden gefährdet. Betrachten wir nunmehr aus diesem Blickwinkel das reale militärische Kräfteverhältnis. Es ist nicht überraschend alljährlich wahrzunehmen, dass die westlichen Medienkonzerne die sicherlich nicht geringen amtlichen Wachstumsraten des chinesischen Militärhaushalts hochspielen und dazu bemerken, dass die Steigerung in Wirklichkeit noch viel höher liege. In der Tat forciert China die Modernisierung seiner militärischen Mittel, indem es nicht selten, insbesondere aus Russland, aber auch aus Israel, militärische Kapazitäten dazu kauft. Nun will aber das Mantra der westlichen Bewusstseinsindustrie suggerieren, China sei zu einer wirklichen Gefahr für die USA und Japan geworden. Dem widerspricht eine von der US-amerikanischen Regierung unabhängige Kommission, die in ihrem Bericht aus dem Jahre 2004 das militärische Potenzial von China und den USA miteinander vergleicht. Ihr Resultat war nun aber enttäuschend für Falken im Pentagon, insofern sie zur Kenntnis nehmen mussten, dass China weit hinter den USA zurückliege. Für die nächsten 20 Jahre prognostiziert die Kommission im Hinblick auf die Balance zwischen beiden Weltmächten, sie dürfte global und in Asien wahrscheinlich zugunsten der USA ausfallen.[23]

In diesem Zusammenhang ist es nicht uninteressant, die Militärausgaben Chinas mit denen anderer Ländern zu vergleichen. Das Stockholmer Institut für Friedensforschung veröffentlich für das Jahr 2003 das folgende Ranking internationaler Militärausgaben in US-Dollar: Die erste Stelle nehmen die USA mit 417,4 Mrd. ein. Auf dem zweiten, dritten, vierten, fünften und schließlich sechsten Platz folgen Japan (46,9 Mrd.), Großbritannien (37,1 Mrd.), Frankreich (35,0 Mrd.), China (32,8 Mrd.) und Deutschland (27,2 Mrd.). Aufgrund dieser Angaben hätte der Verteidigungshaushalt der VR China im Jahre 2003

---

[22]Siehe ebenda.

[23]Siehe ebenda.

7,9 Prozent des US-amerikanischen und 69,9 Prozent des japanischen Militärbudgets ausgemacht. Das Bild wird noch anschaulicher und straft die Rhetorik Lügen, wenn man die Militärbudgets der hier angeführten fünf westlichen Staaten summiert (563,6 Mrd. US-Dollar) und in Relation zum Verteidigungshaushalt der VR China (32,8 Mrd.) setzt. Der erhaltene Quotient 17,2 dokumentiert so in vorzüglicher Weise die rund 17-fache militärische Überlegenheit der westlichen Länder gegenüber dem scheinbar aggressiven Land des Drachens.

## Aufstieg durch das neue außenpolitische Konzept *Gemeinsame Entwicklung* und *Wirtschaftsdiplomatie*

Der Aufstieg Chinas zu einer erstrangigen Weltmacht wurde eingeleitet durch eine neue Außenpolitik unter der Führung von KP-Chef und zugleich Staatspräsidenten Hu Jingtao und von Ministerpräsident Wen Jiabao. Erstmals verkündet wurde diese neue Außenpolitik mit dem Leitsatz des friedlichen Aufstiegs während eines Besuchs des Ministerpräsidenten Wen Jiabao in den USA am 10.12.2004.[24] Bis dahin konnte man die Prinzipien der chinesischen Außenpolitik sozusagen durch eine pragmatische Handhabung der Grundsätze der friedlichen Koexistenz umschreiben. Dieser Pragmatismus betraf das Interesse nach einer möglichst umfassenden Nutzung des internationalen Großkapitals für die Modernisierung der VR China und führte dazu, dass die prinzipiell klassenlogische Interpretation der chinesischen Beziehungen mit der Welt des Kapitalismus objektiv mehr oder minder durch die besonderen Interessen einer zukünftigen Weltmacht beiseite geschoben wurden.

Als ein bedeutendes Moment der neuen Außenpolitik hält der Sinologe Peters, dass mit dem Leitgedanken des friedlichen Aufstiegs zugleich der übergreifende Grundsatz der gemeinsamen Entwicklung des sozialistischen China mit den kapitalistischen Ländern hervorgehoben wird.[25] Diese Betonung bringt eine gewisse neue Note in die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, zum Beispiel die Achtung der nationalen Souveränität und territorialen Integrität, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, die gleichberechtigte Zusammenarbeit zum wechselseitigen Vorteil sowie die friedliche Konfliktlösung. China verkennt nicht, dass sein friedlicher Aufstieg gewisse Spannungen mit einigen Kräftezentren entstehen lassen wird. Zur Prophylaxe dieser Eskalation fördert es auch die Bildung einer stabilen multipolaren Weltlage als Bedingung für ein internationales Kräftegleichgewicht, eine weltweit politische Balance, die ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen, Sicher-

[24]Siehe ebenda.

[25]Siehe ebenda.

heits- und politischen Interessen, sowie zwischen Reform und Schutz der Weltordnung beinhaltet.[26]

Das Credo der chinesischen Politik ist die Schaffung einer langfristig anvisierten harmonischen Welt. Die Hervorhebung der gemeinsamen Entwicklung dürfte in zweifacher Weise erklärungsbedürftig sein. Zum einen könnte dieses umfassende Prinzip auf Ansichten über die mögliche kapitalistische Entwicklung basieren, die gegenwärtig in zahlreichen Forschungsarbeiten über internationale Probleme thematisiert werden. Hier finden sich Meinungen über die Kumulation sozialistischer Elemente in der Ökonomie des Kapitalismus, über die Distribution, Kooperation und Amalgamierung als Hauptprozesse in den Beziehungen beider Gesellschaftssysteme, unter den Bedingungen der ökonomischen Globalisierung gesehen. In den betreffenden, an konvergenztheoretischen Thesen orientierten, Forschungsarbeiten wird ein Modell des gutartigen Umgangs mit den westlichen Ländern postuliert, das ein gemeinsames Prosperieren beinhaltet, und die Konfrontation ausschließt. Hier finden sich analoge Ansichten, die den modernen Sozialismus als Kombination von Sozialismus und Kapitalismus bestimmen.[27]

Die Herausstellung der gemeinsamen Entwicklung mit den führenden Ländern des Kapitalismus kann nach Peters zum andern zugleich logisch aus dem Problem der nationalen Sicherheit unter den Voraussetzungen der engen Verflechtung und wechselseitigen Abhängigkeit der Länder im gegenwärtigen Zeitalter der wirtschaftlichen Globalisierung abgeleitet werden. So bewertet China die Sicherheitsfrage nach der Zeit des Kalten Krieges in ganz neuer Manier, insofern die leitenden normativen Setzungen bei der Lösung der die Sicherheit tangierenden Fragen internationaler Art nunmehr das gegenseitige Vertrauen, der gegenseitige Nutzen, die Gleichberechtigung und die Kooperation seien. Dieses neue Sicherheitsdenken im Hinblick auf die chinesische Außenpolitik soll eine komplexere Dimension haben und sich nicht allein auf den militärischen oder ökonomischen Bereich erstrecken, sondern immer mehr alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassen. Das mache zum Beispiel in Asien nötig, die strategische Existenz sowie die strategischen Interessen anderer Weltmächte auf diesem Kontinent zu respektieren. Konfrontation müsse deswegen vermieden werden, Abstimmung und Kooperation dagegen seien zu suchen. Die neue chinesische Diplomatie über das Erfordernis komplexer Sicherheit wurde auf der dritten Konferenz über Sicherheit in Asien am 04.06.2005 vorgetragen.[28] Wenn heute an die Ende 2004 verkünde-

---

[26]In: http://www.neue-impulse-verlag.de/marxistischeblaetter/artikel/407/207-der-friedliche-aufstieg-die-internationale-strategie-der-volksrepublik-china.html.

[27]Siehe ebenda.

[28]Siehe ebenda.

te, mit Bedacht in Washington platzierte Erklärung über den friedlichen Aufstieg Chinas zur Weltmacht erinnert wird, so war sie ebenfalls wie das übergreifende Konzept der gemeinsamen Entwicklung, aber nicht wie dieses aus dem Grunde der nationalen Sicherheit, ein Signal für den Anfang einer neuen Ära der chinesischen Außenpolitik.[29]

Politik und Wirtschaft werden in Chinas neuer Außenpolitik aufgrund seiner gewachsenen ökonomischen Kraft wesentlich enger verknüpft, so dass wir es mit einer gewissen Wirtschaftsdiplomatie zu tun haben. Der Wirtschaftsfaktor soll ständig gebraucht werden zur Entwicklung und Ausgestaltung der diplomatischen Beziehungen zu einzelnen Ländern und Regionen, wobei Wirtschaft und Politik sich gegenseitig fördern sollen. Das neue Moment der Wirtschaftsdiplomatie wird sichtbar seit Ende 2004, insbesondere bei den Staatsbesuchen von Hu Jintao in Lateinamerika und Europa, von Wen Jiabao in Südostasien und auf Staatsvisiten von anderen chinesischen Führungskräften, die ebenfalls auch einen Schwarm von Ökonomen um sich hatten. Hu Jintao zufolge ist diese Wirtschaftsdiplomatie ein integraler Bestandteil der strategischen Öffnung Chinas, die die Einfuhr von Rohstoffen, Technik und Kapital etc. mit der Ausfuhr verbindet. Exportieren heißt gegenwärtig, mit eigenen innovativen Waren Positionen auf dem Weltmarkt zu erobern, die strategische wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Kooperation mit wirtschaftlich starken Ländern aufzubauen, Anteil zu haben an der Erschließung und Nutzung der Weltressourcen zur Sicherung der eigenen wirtschaftlichen Bedürfnisse und geeignete ausländische Firmen oder Markenprodukte aufzukaufen, um den Abstand zu den wirtschaftlich führenden kapitalistischen Ländern rascher zu verkleinern.[30]

Im Ergebnis der Wirtschaftsdiplomatie ist der Anteil Chinas am Welthandel von 3,5 Prozent (500 Mrd. US-Dollar) im Jahre 2000 auf 7,5 Prozent (1.400 Mrd. US-Dollar) im Jahre 2005 angewachsen. Der weitere Ausbau der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Beziehungen mit den führenden kapitalistischen Staaten ist ein Schwerpunkt der neuen chinesischen Außenpolitik. Darüber hinaus bildet der Ausbau der Beziehungen zu den Entwicklungsländern einen weiteren Schwerpunkt seiner gegenwärtigen Außenpolitik. Die dafür formulierte Politik mit gegenseitigem Respekt, gleicher Behandlung, Wirtschaftsförderung durch die Politik, Verknüpfung von Wirtschaft und Politik, mit wechselseitigem Nutzen und Vorteil, gemeinsamer Entwicklung, einer Mannigfaltigkeit von Formen sowie mit der

---

[29]Siehe H. Peters, Gefährdet der Aufstieg …, a. a. O.

[30]Siehe ebenda.

Betonung der Effektivität ist mittlerweile zur allseits angewandten Methode zur Gestaltung seiner auswärtigen Beziehungen geworden.[31]

Sicherlich lässt sich nicht leugnen, dass die notwendige Sicherung der benötigten Rohstoffressourcen ein konstitutives Moment der Beziehungen Chinas zu den Entwicklungsländern geworden ist und dass die VR China sich zugleich als ein verlässlicher Sachwalter ihrer Interessen ausgibt. Der Führung der VR China dürfte es sehr daran liegen, ihre neue Außenpolitik zu demonstrieren sowie zu realisieren, und zwar im Gegensatz zur Politik der Repression und der Ausbeutung seitens der neoimperialistischen Länder. An der neuen Außenpolitik gegenüber den führenden kapitalistischen Staaten und den Entwicklungsländern lassen sich die Umrisse einer neuen ökonomischen, politischen und auch kulturellen Weltordnung erkennen, die das Land als harmonische Welt anzustreben sucht.[32] Für die VR China sind Russland, die Europäische Union, die USA, Japan sowie Indien und Brasilien die Kräftepole in der Welt, die es für die Entwicklung einer für Chinas Aufstieg günstigen internationalen politischen Balance insbesondere zu berücksichtigen hat.

Anscheinend würden Russland, Brasilien und die EU Chinas globales Modell einer multipolaren Weltordnung begrüßen und wahrscheinlich eine zustimmende, zumindest keine negative Position gegenüber einem erstarkenden China einnehmen, während die USA und Japan Vertreter einer monopolaren Welt sein dürften. Die USA und Japan als Anhänger einer hegemonistischen Weltordnung sind ökonomisch für die VR China von erheblicher Relevanz, für seine Sicherheit jedoch wohl die größte Herausforderung, insofern die USA entsprechend ihrer National Security Strategy darauf hin arbeiten, ein „nicht von Kommunisten regiertes China“ zu schaffen, welches „sich den gleichen Werten wie denen der USA verpflichtet fühlt“ und sich in die „westliche Weltordnung“ integrieren lässt.[33]

Die China-Politik der USA ist nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ihrem Wesen nach immer eine globale Hegemonialpolitik gewesen. Dabei ging es hauptsächlich um zwei Varianten dieser Chinapolitik.[34] Zum einen um die Engagement-Politik, um Peking vor allem über die Entwicklung kooperativer Beziehungen in das von den USA dominierte regionale bzw. globale System wirksam einzubinden. Die andere Variante der amerikanischen China-Politik betraf die Politik des Containment, der Eindämmung, wodurch China offen zum Feind erklärt worden ist, der insbesondere mit militärischen und

---

[31]Siehe www.neue-impulse-verlag.

[32]Siehe ebenda.

[33]Siehe ebenda.

[34]Siehe H. Peters, Die VR China …, a. a. O., S. 62-64.

wirtschaftlichen Mitteln, durch ein von Washington geführtes Machtsystem, unmittelbar eingedämmt werden soll.

Diese Art der China-Politik als Containment und Engagement oder Congagement, genannt auch Politik der zwei Hände, stellt offensichtlich die Fortsetzung des Denkens und des Handelns in den Kategorien des Kalten Krieges dar. China andererseits suchte nun die von den USA ausgehenden Gefahren, die seine Sicherheit und Interessen tangieren, zu minimieren und zu kontrollieren. Aus diesen Erwägungen heraus ist wohl China – spiegelbildlich zur Zielsetzung der ersten Variante der Chinapolitik der USA – eine gegenseitige Abhängigkeit von strukturellem Charakter eingegangen. Dadurch werde die Interessenstruktur der beiden Kontrahenten aneinander festgebunden, die Stabilität der chinesisch-amerikanischen Beziehungen erhöht und das Ausspielen der Taiwan- oder Tibet-Karte durch die USA erschwert.[35]

Wenn als Kern der neuen politischen globalen Ordnung die Koexistenz verschiedener Gesellschaftsordnungen, die gegenseitige Nichteinmischung in die innere Angelegenheiten und der gleichberechtigte Dialog aller Staaten gelten und als Kern der neuen Wirtschaftsordnung die Gleichberechtigung und der beiderseitige Nutzen fungieren, steht im Zentrum des kulturellen Bereiches der Grundsatz der „Gleichberechtigung der verschiedenen Weltkulturen", ihr freundschaftliches Miteinander und ihre wechselseitige Bereicherung. Insbesondere Wen Jiabao schreibt dem Umgang mit den verschiedenen Weltkulturen eine besondere Bedeutung für eine friedliche und harmonische Weltordnung zu. So förderten die gemeinsame Existenz der vielfältigen Kulturen, ihr Austausch, ihr Zusammenfließen und ihr Verschmelzen, den Menschheitsfortschritt. Die Völker müssten die Vielfalt der Kulturen anerkennen. Interkulturell dürfte es keine Diskriminierung, Feindseligkeiten und Verdrängung geben. Gegenseitige Achtung, voneinander lernen, Ausgleich der eigenen Mängel durch die Vorzüge der anderen Kulturen, und schließlich die Bildung einer vielfarbigen menschlichen Kultur, sind die außenpolitischen kulturellen Imperative.[36] Die Prinzipien der neuen chinesischen Außenpolitik sind grundsätzlich auf die Sicherung des Friedens in Asien und in der Welt gerichtet. Bis auf die akute Bedrohung seiner eigenen Sicherheit und Souveränität, und zwar für den Fall einer äußeren Intervention in Taiwan oder Tibet, dürfte die VR China bei der Wahrnehmung ihrer außenpolitischen Prinzipien – wie Peters realistisch einschätzt – „jede zugespitzte und unkontrollierbare Konfrontation mit den USA und anderen neoimperialistischen Zentren und Ländern unbedingt vermeiden". Auf absehbare Zeit dürfte China ebenfalls seine Ansichten

[35]Siehe www. neue-impulse-verlag.

[36]Siehe ebenda.

über eine neue politische und ökonomische Weltordnung nur unter dieser Einschränkung anstreben.[37]

## Zusammenfassung

Der Aufstieg Chinas zu einer erstrangigen Weltmacht dürfte weder seiner wirtschaftlich-gesellschaftlichen Modernisierung wegen noch aus militärischen Gründen, aber auch nicht aufgrund seines neuen außenpolitischen Konzeptes und seiner Wirtschaftsdiplomatie zu einem den Weltfrieden gefährdenden Faktor werden. Mit seiner Reform- und Öffnungspolitik und seiner Kursrichtung eines friedlichen Aufstiegs unter schwierigen Voraussetzungen hat die VR China einen Weg betreten, um einen modernen Sozialismus chinesischer Prägung aufzubauen.[38] Das Resultat dieser besonderen Form des gesellschaftlich-politischen Kampfes ist offen. Der Ausgang dieses neuartigen gesellschaftlichen Experiments hängt, wie Peters kritisch einschätzt, vor allem von der chinesischen Entwicklung bis 2020 ab.[39] Wenn es der KP Chinas gelingen sollte, die von ihr bis dahin gestellten Herkulesaufgaben, unter anderem „die seit einigen Jahren verstärkten Maßnahmen der Parteiführung gegen die Korruption und für eine saubere Regierung“,[40] zu lösen, dann könnte der

[37] Siehe H. Peters, Gefährdet der Aufstieg …, a. a. O.

[38] Siehe H. Peters, Die VR China …, a. a. O., S. 59.

[39] Siehe www.neue-impulse-verlag.

[40] H. Peters, Die VR China …, a. a. O., S. 59.

Sozialismus a la China nach langfristiger Umgestaltung[41] eine reale Chance haben und die Aussicht für eine friedliche, zivilisierte und harmonische multipolare Weltordnung nichthegemonistischer Mächte bestehen.

**Autor**: Horst-Dieter Strüning,

Philosophielehrer und Friedensforscher.

[41]Siehe DIE LINKE, Sozialismus im 21 Jahrhundert und reale gesellschaftliche Prozesse zu linken Alternativen in der Gegenwart. In: http://www.die-linke.de/index.php?id=5660.

**Ernst Woit**

# Chinas Globalstrategie der friedlichen Koexistenz und die Krise der imperialistischen Globalstrategie des Westens

In den Medien des Westens wird immer wieder versucht, die Volksrepublik China als eine militärische Bedrohung darzustellen. So verkündete Der Spiegel jüngst in einem Artikel unter der Überschrift Die Weisen und der Welteroberer: „Kaum irgendwo wachsen die Militärausgeben so dramatisch wie in China – und mit Konfuzius und Sun Tzu startet Peking auch einen ideologischen Feldzug.“[1] Tatsächlich konnten die Autoren dieses Artikels darauf verweisen, dass die Militärausgaben Chinas von 48 Mrd. im Jahre 2002 auf 129 Mrd. Dollar im Jahre 2011 gestiegen sind. Zugleich mussten sie zugeben, dass die Militärausgeben der USA im Jahre 2011 mit 690 Mrd. Dollar ein Mehrfaches der von China betrugen.[2] Vor allem aber haben die chinesischen Streitkräfte nicht wie die US-Streitkräfte den Auftrag, eine Weltherrschaft zu erkämpfen, sondern dienen ausschließlich dem Schutz und der Verteidigung ihres Staates. Das ergibt sich eindeutig aus den außenpolitischen Zielen, die die VR China heute verfolgt.

## Globalstrategie der friedlichen Koexistenz

Die Außenpolitik der VR China zielt heute strategisch auf die Herausbildung einer friedlichen harmonischen Welt. Helmut Peters, auf dessen Analysen und Wertungen sich vorliegender Beitrag vor allem stützte, legt den Begriff *harmonische Welt* vor allem so aus, dass „Wert auf den Dialog der Staaten, ihre Abstimmung und Zusammenarbeit“ gelegt wird. „Es betont die Bedeutung der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Abhängigkeit und die Beachtung der internationalen Regeln. Es verkörpert die Hoffnung auf friedliche Koexistenz. Beijing beantwortet damit die Frage, wie unter den heutigen Bedingungen auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz eine stabile, gerechte und vernünftige neue internationale politische und ökonomische Ordnung geschaffen werden kann.“[3]

---

[1] Der Spiegel, Nr. 44/2012, S. 108.

[2] Siehe ebenda, S. 112.

[3] H. Peters, Die Volksrepublik China: Aus dem Mittelalter zum Sozialismus. Auf der Suche nach der Furt, Essen 2009, S. 537.

Dabei gilt, wie Helmut Peters einschätzt, als Kern der von der VR China angestrebten neuen politischen Ordnung die Koexistenz unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen, die gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und der gleichberechtigte Dialog aller Staaten. Als Kern der neuen ökonomischen Ordnung gelten Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen. Leitideen im kulturellen Bereich sind die Gleichberechtigung der verschiedenen Weltkulturen, ihr freundschaftlicher Umgang miteinander und ihre gegenseitige Bereicherung.[4] Wie Peters betont, ist es vor allem die enorm gewachsene ökonomische und finanzielle Stärke Chinas, die es ihm ermöglicht, „in der Gestaltung seiner internationalen Beziehungen Politik und Wirtschaft eng miteinander zu verknüpfen und eine Art Wirtschaftsdiplomatie zu betreiben".[5] Ein Resultat dieser Wirtschaftsdiplomatie sieht Peters in der Gemeinsamen Erklärung der Volksrepublik China und der Vereinigten Staaten von Amerika vom 19.01.2011. Ihr ging eine Abmachung über den Import amerikanischer Waren durch China in einem Gesamtwert von 45 Mrd. Dollar voraus, und 45 Punkte über Wesen und Ziele der Beziehungen zwischen beiden Mächten markieren einen außenpolitischen Kompromiss, mit dem die „Zusammenarbeit und Auseinandersetzung zwischen der VR China und den USA einen gemeinsamen konstruktiven Charakter von globaler Bedeutung erhalten" können.[6]

Besonders intensive Wirtschaftsbeziehungen unterhält China zu zahlreichen afrikanischen Staaten. Seit 2009 haben sich die chinesischen Direktinvestitionen um 60 Prozent auf 14,7 Mrd. Dollar erhöht. Mehr als 2.000 chinesische Firmen sind daran in 50 afrikanischen Ländern beteiligt. Dabei wurden bis August 2011 von chinesischen Firmen etwa 3.000 Kilometer Straßen und 2.000 Kilometer Eisenbahnlinien sowie 100 Schulzentren und 60 Krankenhäuser gebaut.[7] Im Grundsatzpapier des 3. Gipfeltreffens des China-Afrika-Kooperationsforums 2006 in Peking wurden als Prinzipien der Kontinuität in der chinesisch-afrikanischen Zusammenarbeit Aufrichtigkeit, Freundschaft und Gleichheit betont. Diese Prinzipien gelten im heutigen China „als Fortführung der ‚Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz', die seit spätestens 1954 offizielle Leitlinien der chinesischen Außenpolitik sind. Dazu gehören: (1) gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, (2) gegenseitiger Nichtangriff, (3) gegenseitige Nichteinmischung in die inneren

[4] Siehe ebenda, S. 538.

[5] Ebenda, S. 539.

[6] H. Peters, Auf dem Weg zur friedlichen Koexistenz, in: junge Welt vom 22.02.2011, S. 10.

[7] Siehe UZ vom 03.08.2012, S. 6.

Angelegenheiten, (4) Gleichberechtigung und beiderseitiger Nutzen sowie (5) friedliche Koexistenz."[8]

Wie zielstrebig die VR China ihre junge Generation auf einen globalen friedlichen Wettbewerb einzustellen und praktisch vorzubereiten bestrebt ist, wird an der Tatsache deutlich, dass sich im Jahre 2011 nicht weniger als 340.000 junge Chinesen im Ausland befanden, um dort zu lernen oder zu studierten. Schwerpunkte sind Europa, Australien und Amerika.[9]

## Chinas erfolgreiche Friedensstrategie markiert einen Epoche-Wechsel

Obwohl die Regierungen der USA und ihrer Verbündeten nach wie vor so tun, als würden sie weiter die Welt beherrschen können, haben inzwischen immer mehr Strategen des Westens unter dem Eindruck der immer erfolgreicheren, tatsächlich auf friedliche Koexistenz der unterschiedlichen Staaten ausgerichteten Politik der VR China begonnen, gründlich umzudenken.

So kam Matthias Nass zu der Einschätzung: „Chinas Wiederaufstieg war das wichtigste historische Geschehen des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts. Die Supermachtrivalität mit Amerika wird das 21. Jahrhundert prägen. Wir erleben nicht weniger als ‚das Ende von fünfhundert Jahren westlicher Vorherrschaft', wie der in Harvard lehrende Wirtschaftshistoriker Niall Ferguson schreibt." Doch noch bemerkenswerter ist für Nass in diesem Zusammenhang: „Chinas Machtanspruch ist kein imperialistischer. … Wo hat es das gegeben? Eine Supermacht, die nicht führen will. … China ist eine Status-quo-Macht. Das gigantische Land ruht, wie seit Jahrtausenden, in sich. Es hat keinen kulturellen Universalanspruch, möchte sich aber auch nicht westlichen Ordnungsmustern anpassen, wie sie etwa den Internationalen Währungsfonds oder die Weltbank bis heute prägen."[10]

Noch weiter in seinen Wertungen geht Erich Follath, außenpolitischer Experte des Spiegel, wenn er die strategische Orientierung der chinesischen Außenpolitik so einschätzt: „Sie haben im Unterschied zu vielen im Westen längst erkannt: Bomben sind allenfalls noch Drohinstrumente. Durch blutige Schlachten erfochtene Geländegewinne sind in den heutigen asymmetrischen Konflikten nicht zu halten. Krieg ist ein Instrument von gestern und Maos Wort von der politischen Macht, die ‚aus den Gewehrläufen' komme, Ge-

---

[8] Jin Ling, Gemeinsam mehr. Wege für eine chinesisch-europäische Zusammenarbeit in Afrika?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 39/2010, S. 41 f.

[9] Nach Der Spiegel, Nr. 24/2012, S. 80.

[10] M. Nass, Nach ihren Regeln, in: Die Zeit vom 18.02.2010, S. 5.

schichte.“ Es sind die unübersehbaren Erfolge der Außenpolitik Chinas, die Follath zu der Schlussfolgerung veranlassen, „von Pekings Diplomatie lernen, heißt siegen lernen“. Nach Follath gilt das „für die WTO, für die Uno, für andere internationale Organisationen: Überall ist sie dabei, den Westen auszumanövrieren. … Vor allem aber haben sie die afrikanischen, lateinamerikanischen und zentralasiatischen Staaten mit Großprojekten, Geschenken und Goodwill gepflegt. Die diplomatische Waffe zeigt Wirkungen. In der WTO geht schon jetzt nichts mehr gegen den von Afrikanern angeführten prochinesischen Abstimmungsblock. Und in der Uno hat die Unterstützung der Volksrepublik oft für klare Verhältnisse gesorgt. Im vergangenen Jahrzehnt stieg die Unterstützung chinesischer Positionen in Menschenrechtsfragen von 50 auf weit über 70 Prozent. In manchen wichtigen Gremien ist Washington gar nicht mehr dabei. Zum Ostasien-Gipfel blieben die USA uneingeladen; bei der ‚Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit‘, einer Art Anti-Nato mit Russland und den meisten zentralasiatischen Staaten unter Chinas De-facto-Führung, bemühten sich die Amerikaner um den Beobachterstatus. Der wurde ihnen verweigert – und Iran zugestanden.“[11]

1997 hatte Zbigniew Brzezinski in seinem  Buch Die einzige Weltmacht die Weltherrschaft der USA propagiert. Im gleichen Jahr publizierte der ägyptische Sozialtheoretiker Samir Amin sein Buch Die Zukunft des Weltsystems, in dem er einschätzte: „Die Hegemonie der USA, die sich zur Zeit durchzusetzen scheint, vielleicht nur mangels einer Alternative in diesem Chaos, bleibt … ebenso brüchig und hinfällig wie die Globalisierung in ihren jetzigen Formen.“[12] Als letztlich entscheidend, welche politische Macht sich schließlich global durchsetzen kann und dominieren wird, nannte Samir Amin folgende fünf Monopole, die zusammen für die Effizienz ihrer Aktionen sorgen: Die Monopolstellung im Bereich der Technologie; die Monopolstellung in der Kontrolle der globalen Finanzflüsse; die Monopolstellung beim Zugang zu den Naturschätzen der Erde; die Monopolstellung im Kommunikations- und Medienbereich; die Monopolstellung im Bereich der Massenvernichtungswaffen.[13]

Inzwischen ist offenkundig, dass die USA und ihre Verbündeten, dass Der Westen, über diese Monopole nicht mehr verfügt, weil insbesondere die VR China sie hinreichend gebrochen hat. Das aber bedeutet auch, dass in der Krieg-Frieden-Frage eine neue welthistorische Epoche begonnen hat. Natür-

---

[11] E. Folath, Die Umarmung des Drachen, in: Der Spiegel, Nr. 30/2010, S. 92 f.

[12] S. Amin, Die Zukunft des Weltsystems, Hamburg 1997, S.43 f.

[13] Siehe ebenda.

lich setzt sich die Erkenntnis der Konsequenzen dieser Entwicklung nur allmählich durch. Aber sie hat begonnen.

## Strategen des Imperialismus beginnen umzudenken

Unter den imperialistisch orientierten Strategen des Westens hat angesichts des neuen globalen Kräfteverhältnisses – darunter nicht zuletzt der wachsenden Erfolge der chinesischen Globalstrategie der friedlichen Koexistenz – ein Umdenken begonnen. Die Position, die damit verlassen, aber immer noch von vielen dieser Strategen vertreten wird, hat der US-Präsident Obama nahe stehende Kolumnist David Brooks noch Ende 2011 in einem Interview mit dem Spiegel so formuliert: „Unsere Politik wird immer moralischer sein als anderswo. Es ist unser nationaler Charakter, anzunehmen, dass wir im Auftrag Gottes unterwegs sind, um die perfekte Gesellschaft zu gründen." Und: „Obama … ist absolut davon überzeugt, dass er mehr als jeder andere Mensch auf dem gesamten Planeten in der Lage ist, die richtigen Entscheidungen zu treffen."[14]

Einer der ersten Strategen des US-Imperialismus, der die Möglichkeit des Scheiterns der Weltherrschaftsstrategie in die öffentliche Diskussion brachte, war Francis Fukuyama, der in einem 2006 veröffentlichten Buch nüchtern feststellte: „Trotz der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten für ihr Militär etwa so viel ausgeben wie der Rest der Welt zusammen, hat der Irakkrieg gezeigt, dass die Effektivität des US-Militärs deutliche Grenzen hat." Denn „die Belastungen des Irakkrieges haben das Pentagon bereits gezwungen, die Fähigkeit der USA in Frage zu stellen, gleichzeitig zwei regionale Kriege zu führen".[15] Oliver Stone, Hollywoods politischster Filmemacher, brachte die Konsequenz dieser Entwicklung 2010 in einem Interview mit dem Spiegel so zum Ausdruck: „Es ist Endzeit. Amerika ist ein Imperium, das nicht mehr funktioniert. Wir haben uns total übernommen, festgefahren, nichts geht mehr."[16]

Die Grenzen des US-Imperialismus ergeben sich schon länger aus seiner wachsenden ökonomischen und finanziellen Abhängigkeit von China. Madelaine Albright, ehemalige Außenministerin und heutige außenpolitische Beraterin von Präsident Obama, erklärte dazu in einem Interview mit dem Spiegel: „Klar, wir sind aufeinander angewiesen. Die Chinesen brauchen unseren Absatzmarkt. Und wir hängen in vielfältiger Weise von Peking ab."[17] Diese

---

[14] Der Spiegel, Nr. 23/2011, S. 84, 85.

[15] F. Fukuyama, Scheitert Amerika? Supermacht am Scheideweg, Berlin 2006, S. 191.

[16] Der Spiegel, Nr. 41/2010, S. 150.

[17] Der Spiegel, Nr. 45/2012, S. 90.

ökonomische Abhängigkeit besteht durchaus auch wechselseitig. So hält China „inzwischen 1,15 Bill. Dollar an amerikanischen Staatsanleihen. Es hat mit deren Ankauf maßgeblich die amerikanischen Kriege in Afghanistan und im Irak mit finanziert, obwohl Peking beide Interventionen ablehnte."[18] Chas Freeman, ehemaliger Stellvertretender US-Verteidigungsminister und Botschafter a. D., schilderte die inzwischen so wichtig gewordenen ökonomischen Beziehungen der USA zu China aus persönlichem Erleben sehr plastisch so: „Ich war in den diplomatischen Dienst der Vereinigten Staaten eingetreten und hatte Chinesisch gelernt, weil ich meinte, eines Tages würden wir versuchen müssen, China für unsere geopolitischen Zwecke anzuwerben. Am 21. Februar 2012, pünktlich zum 40. Jahrestag meiner ersten Bekanntschaft mit Peking, war ich wieder dort – nicht um abermals die Welt neu zu sortieren, sondern um die Aufmerksamkeit chinesischer Finanziers auf gewisse Investitionsgelegenheiten in den Vereinigten Staaten zu lenken."[19]

Besonders aufschlussreich ist eine Strategie-Diskussion, die am 17.06.2011 in Toronto vor mehr als 2.700 Zuhörern zwischen Henry Kissinger, Fareed Zakaria, Niall Ferguson und David Daokui Li zum Thema *Wird China das 21. Jahrhundert beherrschen?* stattfand. Niall Ferguson betonte dabei, „wenn ich behaupte, dass China das 21. Jahrhundert beherrschen wird, dann liegt das nicht allein an China. Der Schlüssel zur chinesischen Vorherrschaft ist letztlich der Niedergang des Westens. … Das 21. Jahrhundert wird auch deshalb von China beherrscht werden, weil sich ein übergewichtiges, hochverschuldetes und hypersexuelles Amerika und ein dysfunktionales Europa im Niedergang befinden."[20]

Henry Kissinger betonte demgegenüber: „Es geht nicht darum, ob das 21. Jahrhundert von China beherrscht wird. Es geht eher darum, ob wir im Westen mit einem immer stärkeren China auskommen und zusammenarbeiten können."[21] Für noch bemerkenswerter halte ich, dass Kissinger dazu für den Westen eine qualitativ neue, faktisch auch auf friedlichen Wettbewerb zielende globalstrategische Orientierung forderte. Kissinger erklärte, „auch wenn es uns in unserer neuen Beziehung zu China darum geht, Grenzen aufzuzeigen, halte ich es für außerordentlich gefährlich, diese Beziehung als eine Frage der militärischen Eindämmung zu sehen. Es geht nicht darum, China einzudämmen, sondern darum, mit seinem unvermeidlichen Aufstieg umzu-

---

[18] A. Böhm, U. J. Heuser, Geldmacht wird Weltmacht, in: Die Zeit, Nr. 30/2011, S. 3.

[19] Ch. Freeman, Der China-Bluff, in: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 04/2012, S. 47.

[20] H. Kissinger, F. Zakaria, N. Ferguson, D. Daokui Li, Wird China das 21. Jahrhundert beherrschen?, München 2012, S. 21 f.

[21] Ebenda, S. 33.

gehen.“[22] Und Kissinger ging noch weiter, indem er die westlichen Gesellschaften aufforderte, Chinas Aufstieg als Beginn einer neuen Weltordnung zu begreifen: „Wir brauchen … ein Verständnis dafür, dass wir uns auf dem Weg in eine neue Weltordnung befinden, in der es um universelle Fragen geht, und dass sich diese Weltordnung nicht nach unserer althergebrachten Vorstellung organisieren lässt. An diesem Punkt wird unsere Beziehung zu China wichtig, denn China erlebt einen Aufstieg. Die Frage ist: Kann China lernen, sich selbst zu beschränken? Können die Vereinigten Staaten lernen, eine Beschneidung ihres Einflusses hinzunehmen? Das sind die Fragen.“[23]

Kissinger hat damit seine Position bekräftigt und weiterentwickelt, die er bereits 2009 in einem Spiegel-Interview so formuliert hatte: „Ich sehe keine Konflikte zwischen den Großmächten China, Russland, Indien und den USA, die eine kriegerische Auseinandersetzung rechtfertigen würden. Die ökonomische Krise, das kommt hinzu, erlaubt es derzeit keinem Land, einen erhöhten Anteil seiner Ressourcen dem militärischen Einsatz zu widmen. Das heißt: Ich bin heute strukturell optimistischer als noch vor einigen Jahren.“[24]

Einen mindest ebenso weit gehenden Lernprozess hat auch jener imperialistische Stratege vollzogen, der unmittelbar nach dem Untergang der Sowjetunion und des Warschauer Vertrages die USA als „einzige Weltmacht“ siegen sah, Zbigniew Brzezinski. Allerdings war er bereits damals Realist genug, in seinem Buch von 1997 zugleich die Warnung zu formulieren: „Amerika als die führende Weltmacht hat nur eine kurze historische Chance.“[25] Über das Erstarken Chinas und seine eventuelle Gewinnung als Verbündeten der USA entwickelte Brzezinski bereits 1997 höchst interessante Überlegungen: „Am wichtigsten jedoch ist: Die auf friedlichem Wege erzielte Verbesserung des chinesischen Ansehens in der Region erleichtert es Peking, sein zentrales Ziel zu verfolgen, das der alte chinesische Stratege Sun Tzu folgendermaßen formuliert haben könnte: Amerikas Macht in der Region so weit zu schwächen, dass ein geschwächtes Amerika ein regional beherrschendes China als Verbündeten und schließlich sogar eine Weltmacht China als Partner brauchen wird. Dieses Ziel sollte auf eine Weise verfolgt und erreicht werden, die weder eine Erweiterung der amerikanisch-japanischen Allianz zu Verteidigungszwecken provoziert noch dazu, dass Japans Macht die der USA in der Region ersetzt.“[26]

---

[22] Ebenda, S. 63.

[23] Ebenda, S. 65.

[24] Der Spiegel, Nr. 28/2009, S. 56.

[25] Z. Brzezinski, Die einzige Weltmacht, Weinheim, Berlin 1997, S. 303.

[26] Ebenda, S. 247.

Strategic Vision – America and the crisis of global power[27] ist der Titel des neusten Buches von Zbigniew Brzezinski, das bisher noch nicht in deutscher Sprache vorliegt. Wie Hauke Ritz analysiert hat, weist Brzezinski in verschiedenen Interviews zu diesem Buch darauf hin, dass damit eine fast 500-jährige Epoche zu Ende geht, in der stets atlantische Mächte die Welt dominiert hätten. Nach den Konsequenzen gefragt, äußerte er: „Es bedeutet vor allem, dass wir nicht länger diktieren können. Wir können nicht mehr der abschreckende und für alle internationalen Belange zuständige Akteur auf der globalen Szene sein."[28]

In einem anderen Interview formulierte er unmissverständlich: „Wir können nicht länger der globale Polizist sein, denn es wird uns in den Bankrott treiben, innenpolitisch soziale Wut entfachen und international zum Verlust unserer Legitimation führen." Gegenüber dem Center of Strategic and International Studies äußerte er seine zentrale Befürchtung: „Amerika könnte die gleiche Art von systematischer Lähmung erleben, mit der die Sowjetunion in den 80er Jahren konfrontiert war." Im Vorwort zu seinem Buch Strategic Vision … führt er folgende sechs Parallelen zwischen der UdSSR der 1980er Jahre und den heutigen USA auf: Ein festgefahrenes und reformunfähiges politisches System; Bankrott durch militärische Abenteuer und übermäßige Rüstung; sinkender Lebensstandard der Bevölkerung; eine politische Klasse, die zunehmend unsensibel für die steigende soziale Ungleichheit ist und nur darauf bedacht ist, ihre Privilegien zu verteidigen; Versuche, den innenpolitischen Legitimitätsverlust durch außenpolitische Feindseligkeiten zu kompensieren und eine Außenpolitik, die in die Selbstisolation führt.[29]

---

[27] Z. Brzezinski, Strategic Vision – America and the crisis of global power, New York 2012.

[28] Nach H. Ritz, Warum der Westen Russland braucht. Die erstaunliche Wandlung des Zbigniew Brzezinski, in: Blätter für deutsche und internationale Politik. Berlin, Heft. 07/2012, S. 94.

[29] Nach ebenda, S. 95.

Deutlicher hätte der Autor des Buches Die einzige Weltmacht das sich nunmehr abzeichnende Ende – und damit auch die Ursachen für die sich entwickelnde Krise der imperialistischen Globalstrategie des Westens – nicht definieren können.

**Autor**: Prof. Dr. Dr. Ernst Woit,

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V.

**Horst Sylla**

# Zur Sicherheits- und Militärpolitik Chinas

Mit dem Eintritt in das 21. Jahrhundert hat sich die Volksrepublik China von einem Entwicklungsland zu einer selbstbewussten Weltmacht in Asien entwickelt. Als globaler Akteur verfolgt es, besonders im asiatisch-pazifischen Raum, eigene geopolitische und strategische Ziele. Durch den relativen Machtverlust der USA ergaben sich geopolitische Verschiebungen, die zu Herausforderungen für den Westen in dieser Region führten. Es ist zu hinterfragen, inwieweit die chinesische Sicherheits- und Militärpolitik zur regionalen Stabilität und Bewahrung des Weltfriedens beträgt.

Welche **geopolitischen und geostrategischen Faktoren** begründen den Aufstieg Chinas zur Weltmacht?

- Die territoriale Größe und Bevölkerung des Landes. China ist flächenmäßig das drittgrößte und bevölkerungsmäßig das größte Land der Erde. Es besitzt eine Landfläche von 9.596.960 Quadratkilometern. Die Festlandgrenzen sind 22.000 Kilometer lang und erstrecken sich vom Amur bis zum Altai, weiter zum Nordteil Indiens und des Pamir bis zum Westufer des Pazifik. Seine Küstenlinie ist 18.000 Kilometer lang, wodurch die Hoheitsgewässer eine Größe von 3 Millionen Quadratkilometer haben. Diese Grenzen sind zu kontrollieren und zu sichern. China grenzt an 15 Staaten, wobei die USA als besonderer Nachbarstaat angesehen wird. Fünf der Nachbarstaaten besitzen Kernwaffen. Mit Indien, Pakistan und Bangladesch gibt es strittige Grenzfragen. Die Volksrepublik hat über 1,3 Milliarden Einwohner. Ihre Bevölkerungsdichte beträgt 138,6 Menschen je Quadratkilometer. Davon leben zwei Drittel in den Ebenen des Ostens und an der Pazifikküste. Elf Städte Chinas haben über sechs Millionen Einwohner. In der Volksrepublik leben 56 Nationalitäten.
- China hat sich nach dem Übergang von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft zu einer innovativen Wirtschafts- und Finanzmacht entwickelt und ist nach den USA die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt. Im Jahre 2011 machte das Wirtschaftswachstum 9,2 Prozent aus. Das Bruttoinlandsprodukt betrug 2010 nach Angaben des IWF 5.745 Milliarden Dollar. Die Handelsbeziehungen der Volksrepublik üben einen bedeutenden Einfluss auf die Weltwirtschaft aus. China hat eine ausgeglichene Handelsbilanz und kauft zur Ergänzung der eigenen Rohstoffbasis weltweit Rohstoffe für ihre Volkswirtschaft. Der Staat verfügt über 3 Billionen Dollar an internationalen Währungsreserven und über Vermögenswerte von 200 Milliarden Dollar. Der wirtschaftliche Aufschwung des Landes vollzieht sich

auf einem friedlichen Entwicklungsweg, was zur Stabilisierung der Sicherheitslage Chinas beiträgt.

- Die sozialistische Volksrepublik ist politisch stabil. China ist Mitglied der Vereinten Nationen mit Vetorecht im Sicherheitsrat. Seit der Jahrtausendwende ist ihr politischer und diplomatischer Einfluss bedeutend angewachsen. Zur Lösung vieler internationaler Probleme ist die Mitwirkung Chinas mittlerweile unerlässlich geworden. Als Führungsmacht der Entwicklungsländer hat die Volksrepublik weltpolitische Bedeutung erlangt. Das chinesische Modell von autoritärer politischer Führung und staatlich beaufsichtigtem Kapitalismus verringert den Einfluss der westlich-liberalen Ordnungsprinzipien. Mit den Reformen seiner politischen und wirtschaftlichen Strukturen hat China bedeutende Fortschritte erreicht. Die Ausgestaltung des sozialistischen demokratischen Politiksystems und der sozialistischen Marktwirtschaft verläuft jedoch nicht konfliktlos. Das Land hat noch viele historisch entstandene nationale, religiöse und territoriale Probleme. In den letzten Jahren des 20. Jahrhunderts haben separatistische Kräfte in einigen Grenzregionen ihre Aktivitäten verstärkt. In diesem Zusammenhang ist China mit ungeklärten Territorial- und Grenzproblemen, einschließlich der Territorialgewässer und besonders der Taiwan-Frage, konfrontiert. Obwohl das Taiwan-Problem eine innere Angelegenheit Chinas ist, betrachtet die Volksrepublik die Situation als wichtigste Aufgabe zur Wahrung der Souveränität und der nationalen Sicherheit. Die friedliche Wiedervereinigung bleibt für China eine wichtige Voraussetzung für die Stabilität der strategischen Gesamtlage.
- China hat eine über 5.000 Jahre alte Zivilisationsgeschichte. In dieser Zeit gab es über lange Zeiträume politisch-dynastische Stabilität und kürzere Perioden von gesellschaftlichen Umwälzungen. China hat mit bedeutenden geistig-kulturellen Leistungen zur Entwicklung der Menschheit beigetragen. In der Kulturtradition Chinas gibt es keine Gewalt. Die Chinesen weisen in ihrer Zivilisationsgeschichte darauf hin, dass sie zwar unzählige Widerstandskriege, aber nie einen Expansionskrieg geführt haben. „Die heißen Kriege, die China in der Zeit des Kalten Krieges geführt hat – in Korea 1950 bis 1953, mit Indien 1962, mit der Sowjetunion am Ussuri 1969 und mit Vietnam 1979 – sind keine Expansionskriege gewesen, sondern Kriege an den eigenen Grenzen zur Sicherung des eigenen Territoriums.“[1] Gemäß der konfuzianischen Tradition verbreitet China seine kulturellen Werte durch friedliche Zusammenarbeit (weiche Macht) und nicht durch militärische Einsätze. Der Krieg ist nach chinesischer Denkart kein anzu-

[1] L. Schröter (Hrsg.), Künftige Supermacht in Asien?, Schkeuditz 2011, S. 31.

erkennendes Machtmittel. In den letzten 100 Jahren vollzogen sich sprunghafte politische, soziale und ökonomische Veränderungen. Chinas Politik zur Bewahrung der staatlichen Souveränität und nationalen Eintracht ist die Voraussetzung für die friedliche kulturelle Entwicklung des Landes. Darum widersetzt sich China jedweder Einmischung in die inneren Angelegenheiten. Die Volksrepublik besitzt eine außerordentlich hohe kulturelle Anziehungskraft. Ein Beweis der Öffnung des Landes ist der jährliche Besuch von Chinas Kulturstätten durch weit über 30 Millionen ausländischer Touristen.

- China hat besonders im letzten Jahrzehnt ein hohes Bildungsniveau erreicht. Fast 90 Prozent der Bevölkerung haben einen regulären Schulabschluss. Die Zulassung zu einer höheren Bildung erfolgt nach akademischen Kriterien. Jährlich verlassen über vier Millionen ausgebildete Hochschulkader die Universitäten. Unzählige staatlich geförderte Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen bringen bedeutende Innovationen und zunehmend Patente für die Wirtschaft hervor. Schließlich hat China auch in der zivilen Raumfahrt und in der Rüstungsindustrie den Anschluss an das internationale Niveau erreicht. Unter der hohen Anzahl von Studenten. die an ausländischen Universitäten und Hochschulen studieren, befinden sich auch Militärkader.
- Die eigene Energie- und Rohstoffbasis gewährleistet die Entwicklung des Landes nur zum Teil. Es mangelt zwar nicht an strategischen Vorräten, jedoch an deren Erschließung und der optimalen Verwendung. Enorme Lagerstätten im Westen des Landes sind kaum erschlossen. Bei Titan, Wolfram und seltenen Erden beherrscht China den Weltmarkt. Landwirtschaft und Fischfang sichern die Ernährung der Bevölkerung. Die Volksrepublik hat relativ starke wirtschaftliche Beziehungen mit fast allen Ländern der Welt und betreibt einen regen Handel zum gegenseitigen Nutzen. China besitzt das Potenzial, um seine wirtschaftliche Entwicklung im 21. Jahrhundert zu sichern.
- Um militärische Konflikte zu vermeiden, hat die Volksrepublik nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation für die zwischenstaatlichen Beziehungen ein neues Sicherheitskonzept entwickelt. Es basiert auf einer Analyse der globalen Sicherheitsinteressen und der eigenen geostrategischen Sicherheitsumgebung. Daraus abgeleitet erfolgte die neue Bestimmung der staatlichen Sicherheitspolitik und militärischen Sicherheitsstrategie. Dieses Konzept (Militärdoktrin) ist die Grundlage der chinesischen Verteidigungspolitik von Souveränität, Selbstverteidigung und Abwehr und stellt keine Bedrohung anderer Staaten dar. Zur Überwindung der Denkweise des Kalten Krieges ist China bestrebt, seine Sicherheit auf der Basis des gegenseitigen Vertrauens, des gegenseitigen Nutzens, der Gleichberechti-

gung und Kooperation sowie friedlicher Nachbarschaft zu bewahren. Auf diesen Grundlagen hat sich „die strategische Zusammenarbeit zwischen China und Russland … auch auf dem Militärsektor weiterhin verstärkt und damit erheblich zu einem globalen strategischen Gleichgewicht beigetragen."[2] Es muss bemerkt werden, dass China mit 20.000 Soldaten das größte Truppenkontingent bei den friedenserhaltenden Missionen der UNO stellt.

- Die militärische Macht dient ausschließlich der Landesverteidigung. China hat einen friedlichen Entwicklungsweg gewählt und bedroht keinen anderen Staat. „Die grundlegenden Aufgaben der Landesverteidigung Chinas für dieses Jahrhundert bestehen darin, Sicherheitsgarantien für den umfassenden Aufbau einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand und die Verwirklichung dieser Modernisierung und Renaissance anzubieten, die langfristige strategische Stabilität des Staates zu wahren und eine strategische Lage zugunsten der kontinuierlichen Entwicklung des Staates zu schaffen."[3] Gemäß dem Verteidigungsweißbuch der Volksrepublik China von 2008 hat die Volksbefreiungsarmee die Aufgabe zur Selbstverteidigung, zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit, zum Katastrophenschutz und zur Teilnahme an UN-Missionen. Die Volksrepublik China gehört keinem militärischen Bündnis an.

Die Volksrepublik sieht sich vielschichtigen Gefahren von außen ausgesetzt. Alte Feindschaften werden wieder belebt. Allein die geostrategische Machtverschiebung der USA nach Asien provozierte einen Prozess der Machtkonkurrenz, der die aktuelle Sicherheitspolitik Chinas bestimmt. Die militärische Strategie Chinas basiert auf dem Prinzip der strikten defensiven Verteidigung, solange die Volksrepublik nicht militärischen Provokationen ausgesetzt ist und die Interessen des Staates nicht schwer verletzt werden. „Um der tiefgreifenden Umwandlung im internationalen militärischen Bereich und den Erfordernissen der Entwicklungsstrategie des Staates gerecht zu werden, hat China eine strategische Richtlinie der aktiven Defensive für die neue Periode entworfen. Sie orientiert sich darauf, lokale Kriege mit moderner Technik, insbesondere der Hochtechnologie, zu gewinnen."[4]

Das **militärstrategische Konzept** beinhaltet folgende Grundsätze:

---

[2] Peng Guangqian, Chinas Landesverteidigung, CHINA INTERKONTINENTAL PRESS, S. 138 .

[3] Ebenda, S. 35.

[4] Ebenda, S. 49.

- Die umfassende Vorbereitung auf einen Krieg mit der Garantie, ihn zu verhindern oder andernfalls zu gewinnen.
- Das Festhalten am Volkskrieg in organischer Verbindung mit dem Einsatz modernster Kampftechnik (Kernwaffen, Weltraumwaffen).
- Das Prinzip zur aktiven strategischen Verteidigung der Landesgrenzen und des nachfolgenden Überganges zum strategischen Gegenangriff.
- Die Führung von massiven Schlägen unter Hightech-Bedingungen zur Vernichtung der feindlichen Effektivstärke (Kriegspotential) und des Kriegskommandosystems (Enthauptungsschlag).

Die Streitkräfte der Volksrepublik sind ein klassisches Machtinstrument in Übereinstimmung mit dem Primat der Politik. Ihre Führung erfolgt seit 2008 wieder durch das Zentralkomitee der Kommunistischen Chinas. **Sie bestehen aus:**

- Der Chinesischen Volksbefreiungsarmee;
- der Chinesischen Bewaffneten Volkspolizei und
- der Volksmiliz.

Ihre unmittelbare Führung (Befehlsgewalt) erfolgt durch die **Zentrale Militärkommission** der Volksrepublik China mit ihren 11 Mitgliedern. Sie führt die gesamte Armee im Frieden und Krieg durch

- den Generalstab mit den Abteilungen Operativ, Nachrichten, Ausbildung, Mobilmachung und Allgemein;
- die Hauptabteilung für Politik mit den Abteilungen Organisation, Kaderangelegenheiten, Propaganda und Sicherheit;
- die Hauptabteilung für Logistik mit den Bereichen Finanzen, Militärbedarf, Gesundheit und Hygiene, Militärtransportwesen, Treib- und Schmierstoffe, Infrastruktur und Rechnungsprüfung;
- die Hauptabteilung für Ausrüstung mit den Abteilungen Planung, Ausrüstung der Teilstreitkräfte, Forschung, Beschaffung, Versorgung mit Waffen und Munition, elektronische Informationstechnik und Koordinierung der Ausrüstung.

Erstens: Die **Chinesische Volksbefreiungsarmee** ist der Kern der Streitkräfte. Sie besteht aus aktiven und Reserveverbänden und hat 2,3 Millionen Armeeangehörige. Die Volksbefreiungsarmee hat „vor allem die Pflicht, im Kriegsfall ihren Verteidigungsauftrag zu erfüllen und gegebenenfalls gemäß den gesetzlichen Bestimmungen Hilfe zur Wahrung der gesellschaftlichen

Ordnung zu leisten."[5] Chinas Streitkräfte befinden sich in einer Übergangsphase, deren Schwerpunkte sind:

- Neuausrichtung der Verteidigungsstrategie (aktive Verteidigung);
- Aufgabe des Massenheeres und Schaffung einer Berufsarmee;
- Veränderung der Strukturen und Reduzierung der Stäbe;
- Modernisierung der Bewaffnung und Ausrüstung, insbesondere bei den strategischen Kräften sowie beim Aufbau moderner Seestreitkräfte;
- Aufbau eines modernen Logistiksystems;
- Verbesserung der operativen und Gefechtsausbildung sowie der gefechtsnahen Übungs- und Manövertätigkeit;
- Verbesserung der Versorgung der Armeeangehörigen und
- Verstärkung der multilateralen Zusammenarbeit mit ausländischen Streitkräften zur Vertrauensbildung und Wahrung des Weltfriedens.

Dieses Modernisierungsprogramm (Reform) ist ein anhaltender Prozess.

Die Volksbefreiungsarmee besteht aus den Landstreitkräften (Heer), der Marine, der Luftwaffe, der zweiten Artillerie (Kernwaffentruppen) und den Weltraumkräften.

Die **Landstreitkräfte** (Heer) bestehen aus 7 Militärbezirken und werden direkt von den vier Hauptabteilungen geführt. Zum Heer gehören mobile Feldtruppen, Küstenschutz-, Grenzschutz-, Begleit- und Wachtruppen. Im Bestand sind die Waffengattungen und Spezialtruppen Infanterie, Panzer, Artillerie, Luftabwehr, Heeresflieger, Pioniere, Chemische Abwehr, Nachrichten, Funkelektronischer Kampf, Aufklärung und militärtopografischer Dienst. Die 18 Armeekorps sind entsprechend den Nachbarstaaten, den geographischen Besonderheiten und der operativ-strategischen Planung dislozíert. Sie sind nach ihren spezifischen Aufgaben gegliedert und verfügen in unterschiedlicher Zusammensetzung über Divisionen, Brigaden, Regimenter, Bataillone, Kompanien, Züge und Gruppen. Zur Heranbildung und zur wissenschaftlichen Qualifizierung haben die Landstreitkräfte für alle Waffengattungen und Spezialtruppen Militärhochschulen. Mit der Modernisierung der Landstreitkräfte wird die strategische Mobilität für operative Einsätze angestrebt. An Stelle von mechanisierten und Panzerverbänden werden mobile Infanterie- und Luftlandeverbände formiert, die in der Lage sind, schnelle Manöver mit großer Reichweite durchzuführen. Die Landstreitkräfte haben 1,25 Mio. Armeeangehörige, mehr als 2.000 ballistische Raketen und 7.000 Kampfpanzer.

---

[5] Ebenda, S. 35.

Die **Marine** gliedert sich in die Nord-, Ost- und Südmeer-Flotte und hat einen Bestand von 250.000 Marinesoldaten. Sie hat die Aufgabe, die Küstengewässer zu schützen und außerhalb der Hoheitsgewässer im Interesse der Seeverbindungen zu operieren. In ihrem Bestand sind U-Boot-, Schiffs-, Flieger-, und Küstenschutz-, Marineinfanterie- sowie Spezialverbände und Truppen. Sie verfügt über einen Flugzeugträger, 69 U-Boote, 29 Zerstörer, 42 Fregatten und 368 Patrouillenboote. Die Marine hat eine Marinehochschule und spezielle Hochschulen für ihre Waffengattungen und technischen Dienste. Im Zuge der Modernisierung erhält die Marine die größte Aufmerksamkeit. Besonders aufgewertet wird die U-Boot-Flotte sowie die Ausrüstung der Flotten mit neuen Typen von Zerstörern, Fregatten und Tankschiffen.

Die **Luftwaffe** ist der offensivste Teil der Volksbefreiungsarmee und setzt sich aus Flieger-, Boden-Luft-Raketen-, Flak-, Luftlandetruppen, Nachrichten-, Radar-, funkelektronischer und chemischer Abwehr sowie technischen Luftaufklärungseinheiten zusammen. In ihrem Bestand sind 420.000 Soldaten, 1.630 Jagdflugzeuge und 620 Jagdbomber/Bomber. Im Rahmen ihrer Modernisierung liegt der Schwerpunkt auf der technischen Erneuerung. Die Luftwaffe ist vorwiegend in den 5 Militärbezirken an der Küste zu Taiwan dislozíert. Um die Hauptstadt sowie wichtige Industriegebiete gibt es eine stärkere Konzentration der Luftabwehr. Zur Ausbildung der operativen und technischen Kader hat die Luftwaffe eine Befehlshochschule und Hochschulen für ihre Gattungen und Spezialeinheiten.

Die **zweite Artillerie** besteht aus den strategischen Boden-Boden-Atomraketentruppen, den konventionellen operativ-taktischen Raketentruppen und den entsprechenden logistischen Truppen. Strukturiert ist sie in Raketenbasen, Brigaden und Bataillone. Sie verfügt über ca. 50 mobile interkontinentale Systeme und ca. 350 Mittelstreckenraketen Zu ihr gehören eine Kommando-Hochschule, eine technische Universität und Militärhochschulen. Im Verbund mit der U-Boot-Flotte von 12 Einheiten und der Luftwaffe baut China die Triade an Land-, Luft- und Unterwassermitteln weiter aus. Es sind die Kräfte und Mittel zur strategischen Abschreckung. Schwerpunkte der Modernisierung sind die Sicherung der Überlebensfähigkeit der Kernwaffeneinsatzmittel und die Schaffung der Zweit-Schlag-Kapazitäten. Gegenmaßnahmen zur US-Raketenabwehr werden entwickelt.

Die **Weltraum-Kräfte** sind Bestandteil der Landesverteidigung Chinas. Ihnen sind Aufklärungs- und Nachrichten-Satelliten sowie Weltraumwaffensysteme zugeordnet. Erstere werden für die Überwachung strategisch wichtiger Gebiete sowie für das operative Führungssystem genutzt.

Die Reservetruppen unterstehen direkt den Militärbezirken, sind in Divisionen, Brigaden und Regimenter gegliedert und werden bei der Mobilmachung formiert.

Zweitens: **Die Chinesische Bewaffnete Volkspolizei** besteht aus Truppen zur inneren Verteidigung, zur Goldgewinnung und Sicherung, zum Waldschutz, zur Sicherung der Wasser- und Stromprojekte, zur Sicherung des Verkehrs, zur öffentlichen Sicherheit, zur Grenzverteidigung sowie zur Bewachung und zum Katastrophenschutz. Außerdem gehört die Feuerwehr dazu. Die Führung der Divisionen und Regimenter erfolgt durch das Hauptquartier. „Ihre Hauptaufgaben sind die Aufrechterhaltung der staatlichen Sicherheit und der sozialen Stabilität, der Schutz der wichtigsten staatlichen Objekte und die Sicherung des Lebens und des Vermögens der Bevölkerung sowie das Mitwirken bei der Verteidigung der Volksbefreiungsarmee im Kriegsfall.“[6]

Drittens: Die **Volksmiliz** ist eine bewaffnete Organisation der arbeiteten Bevölkerung, die auf regionaler Basis (Gemeinden, Dörfer, Straßen) Bataillone und Kompanien bildet. Es gibt eine Haupt-Volksmiliz und eine allgemeine Volksmiliz. Laut Gesetz werden Reservisten und Bürger, die nicht militärisch ausgebildet sind, jährlich 15 Tage (Führungskräfte 30 Tage) zur Ausbildung einberufen. Ihre Ausbildung erfolgt auf Kreis- und Bezirksebene. Sie ist „im Kriegsfall verantwortlich für die Unterstützung des stehenden Heeres, eine selbständige Kriegsführung, die Kriegs- und Dienstsicherung für das stehende Heer sowie seine Auffrischung der Truppen.“[7] Im Frieden wird sie für Katastropheneinsätze und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung eingesetzt.

Zur **materiellen Sicherstellung der Landesverteidigung** hat China ein eigenes System der militärwissenschaftlichen Forschung und technischen Rüstung aufgebaut. Besondere Anstrengungen werden zur Qualifizierung der Wissenschaftler sowie zur Schaffung von Waffensystemen und Ausrüstungen auf höchstem wissenschaftlich-technischen Niveau unternommen. Die Rüstungsindustrie gewährleistet die selbständige Entwicklung und Herstellung von Waffensystemen und Kriegsausrüstung. Auf der Basis der sozialistischen Marktwirtschaft erfolgt die Beschaffung der Militärgüter durch Investitionen der Regierung. Dazu existieren 11 Unternehmensgruppen, die durch die Hauptabteilung Ausrüstung geleitet werden. Darunter sind Gruppen für Nuklearindustrie, Raumfahrt, Luftfahrt, Schiffsbau, Elektrotechnik, Waffen und Ausrüstung. Es gibt eine Kooperation von Militär- und Zivilunternehmen. Eine größere Anzahl dieser Betrieben, etwa 39, hat sich an der Börse notieren

---

[6] Ebenda, S. 90.

[7] Ebenda, S. 92.

lassen. Der Waffenexport steht unter staatlicher Kontrolle. Die Rüstungsindustrie kooperiert eng mit Russland und hat das Waffenembargo des Westens weitgehend kompensiert.

Die **Verteidigungsausgaben** der Volksrepublik China sind vergleichsweise gering. Die Regierung ist bestrebt, keine unnötigen Mittel in ein Wettrüsten zu investieren. Eine Gegenüberstellung von Bevölkerungs- und Armeeanteil pro Kopf aus dem Jahre 2004 zeigt folgendes: China – 19,5 US-Dollar, USA – 1.807 US-Dollar, Russland – 94 US-Dollar, Japan – 352 US-Dollar und Taiwan – 348 US-Dollar. Die Bundesrepublik hat im gleichen Jahr das Doppelte pro Armeeangehörigen ausgegeben. Im Jahre 2010 betrug der Anteil an den Weltrüstungsausgaben bei den USA 41,5 Prozent und bei China 5,8 Prozent. Auf Grund der Wirtschaftsentwicklung und der Zunahme der staatlichen Finanzkraft wurden die Verteidigungsausgaben Chinas angemessen erhöht. Vergleichsweise betrug im Jahre 2010/2011 der Etat Chinas 120/143 Milliarden Dollar und der USA 700/711 Milliarden Dollar. Andere Staaten, etwa Japan, Großbritannien, Frankreich oder selbst Taiwan geben wesentlich mehr als die Volksrepublik aus. In der BRD sind es zum Vergleich 33 Milliarden Dollar. Offensichtlich muss man die Ursachen der Finanzkrise des Westens auch in den enormen Rüstungs- und Kriegsausgaben sehen.

China verwendet die bereitgestellten Mittel ausschließlich für die Modernisierung seines Militärwesens und nicht für die Kriegeführung. Im Mittelpunkt stehen Innovationen auf den Gebieten Militärtechnik (Hightech-Waffen), Verbesserung der Organisationsstruktur (Verhältnisse zwischen Stab und Truppen sowie Waffengattungen) und Ausbildung der Streitkräfte. Zwei Schwerpunkte sind erkennbar. Erstens versucht China allgemein den Widerspruch zwischen dem Niveau seiner technischen Ausrüstung (Rückstand in der Militärtechnologie) und den Erfordernissen des Hightech-Krieges (Informations- und Intelligenzrevolution) zu lösen. Zweitens will es sich zu einer modernen Seemacht entwickeln. Wie bekannt wurde, verfügt China nun auch über einsatzfähige Tarnkappenflugzeuge (Typ J-20), besitzt eine satellitengesteuerte Antischiffsrakete (Carrier Killer) und hat den ersten Flugzeugträger (Liaoning) in Dienst gestellt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, dass China noch in diesem Jahrzehnt ein annäherndes militärstrategisches Gleichgewicht zu anderen Großmächten herstellen kann. Deshalb befürchten die USA, dass ihre Überlegenheit im pazifischen Raum zurückgedrängt werden könnte.

Das moderne Militärwesen beeinflusst die militärische Denkweise und **strategischen Ansichten Chinas** (Militärtheorie) zur Führung von Kriegen im 21. Jahrhundert. „Kontaktfrei, nichtlinear und asymmetrisch lautet der neue Leitgedanke eines modernen Krieges, Konfrontation der Systeme ist zu sei-

nem Grundkennzeichen geworden und das All zur beherrschenden neuen Höhe für den internationalen Wettbewerb."[8] Diese Fähigkeiten zur Führung moderner Kriege will China bis zum Jahre 2050 erreichen. In diesem Zusammenhang wird jedoch betont, dass die Streitkräfte bereits jetzt ständig auf der Höhe der Gefahren stehen, um jederzeit rechtzeitig und angemessen reagieren zu können.

Die strategische Ausrichtung der USA auf den pazifischen-asiatischen Raum und die Osterweiterung der NATO betrachtet China als **geopolitische und geostrategische Herausforderung**. Auf einer Veranstaltung des *Internationalen Instituts für strategische Studien (IISS)*, „betonte der damalige US-Verteidigungsminister Robert M. Gates, dass die die USA eine asiatisch-pazifische Macht bleiben und dies durch eine ‚robuste militärische Präsenz' unterstreichen werden."[9] Eine angestrebte Kräfteverschiebung der USA, sie wollen dort 60 Prozent ihres militärischen Potenzials auf Kosten Europas konzentrieren, verändert das strategische Kräfteverhältnis. So werden die US-Stützpunkte in Australien und auf der Insel Guam verstärkt. Neben der Stationierung in Japan von 50.000 und in Südkorea von 30.000 US-Soldaten werden Militärbasen für die Luftwaffe, das Marine Corps und die Spezial Forces in Malaysia, Singapur, auf den Philippinen und in Vietnam eingerichtet und ausgebaut. Im Pazifik hat die 7. Flotte der US-Navy mit ihren Flugzeugträgern und der U-Boot-Flotte eine brisante Übermacht. Im Gelben Meer kreuzt der Flugzeugträger George Washington, der ständig außerhalb der USA in Yokosuka auf Japan basiert ist. Dem Pazifik-Kommando in Hawaii sind bereits jetzt 300.000 US-Soldaten aller Teilstreitkräfte unterstellt. Das Zuständigkeitsgebiet wurde auf den Raum China, Indien, Neuseeland und Alaska erweitert. Darin liegen die Konfliktgebiete Korea und Taiwan. Für den Einsatz dieser Kräfte wurde das *Air Sea Battle Office Konzept* entwickelt und bei Manövern erprobt. Mit dem Einsatz von Drohnen werden militärisch wichtige Gebiete kontrolliert. Das verstärkte militärische Engagement der USA verändert zweifellos die geostrategische Lage im pazifisch-asiatischen Raum und ist nicht nur eine Herausforderung für China, sondern bedroht den Weltfrieden.

Alle weiteren Truppenverlegungen in den asiatisch-pazifischen Raum werden von China als Bedrohung ihrer Sicherheit empfunden. Damit diese geopolitische Machtverschiebung keine Krise auslöst, reagiert die Volksrepublik besonnen und angemessen. Die Regierung Chinas erklärt, wenn seine Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität unangetastet bleibt, gibt es kei-

---

[8] Ebenda, S. 115.

[9] D. Farwick, Wege ins Abseits. Wie Deutschland seine Zukunft verspielt, Bielefeld, Garmisch-Partenkirchen 2012, S. 179.

nen Konflikt. China entsagt einer Machtkonkurrenz zu den USA und betreibt weiter eine blockfreie Sicherheitspolitik. Es hat nicht die Absicht, den Amerikanern die Führungsrolle streitig machen. Dennoch behauptet die Volksrepublik außenpolitisch seine Positionen und lässt sich militärisch nicht bedrängen. Für den Westen „besteht kein Anlass, sich vorbeugend schon hemmungsloser Feindbildpflege hinzugeben", denn die Kriegsschiffe Chinas kreuzen nicht vor der Westküste der USA.[10]

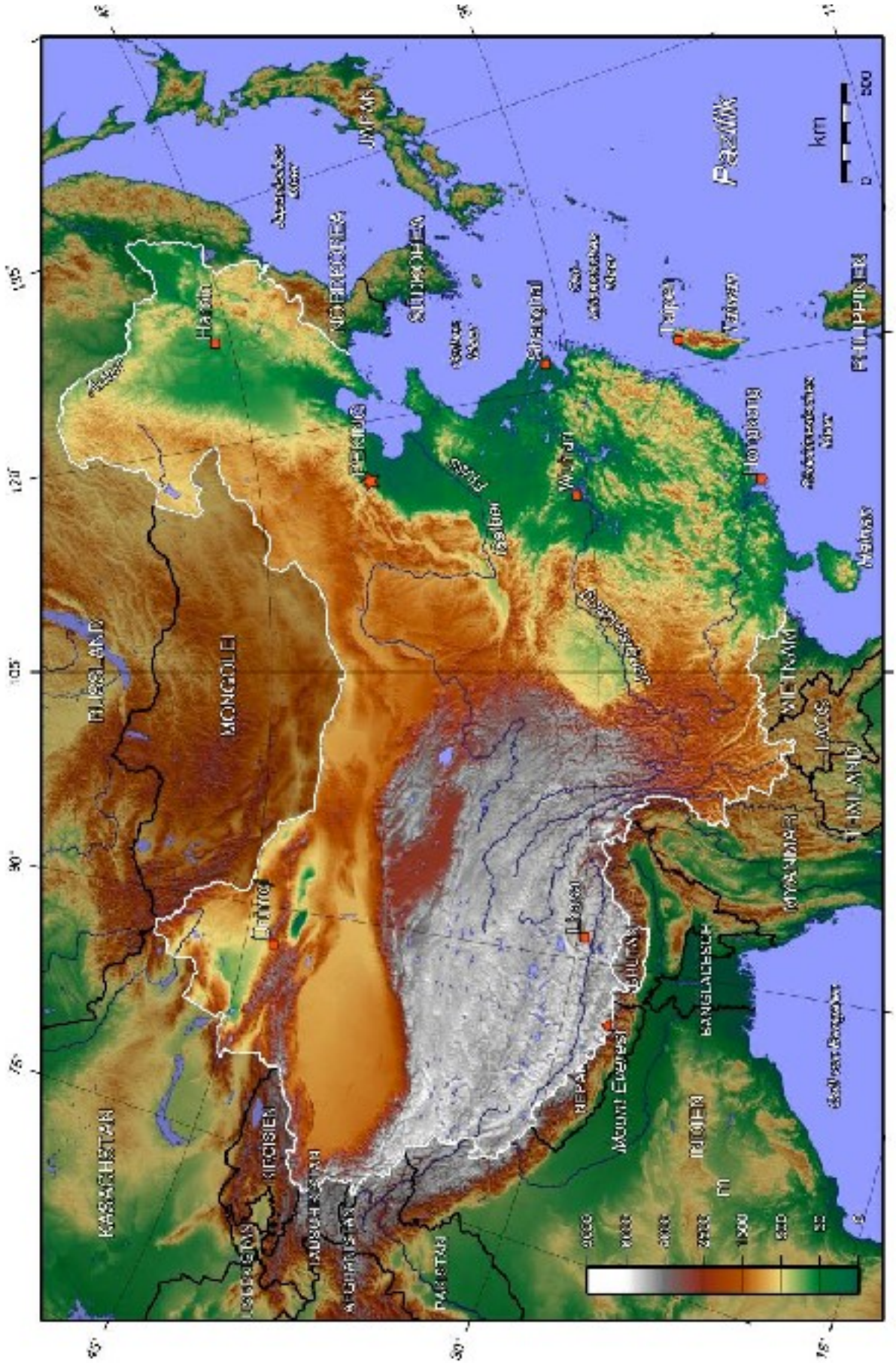
Der wirtschaftliche Aufstieg Chinas, besonders in den letzten 30 Jahren, hat das politische Gewicht der Volksrepublik in den internationalen Beziehungen bedeutend erhöht. Das in der Entwicklung befindliche Gesellschaftsmodell braucht innere Stabilität und Harmonie sowie eine zuverlässige Sicherheit gegen äußere Bedrohungen. Die Sicherheits- und Militärpolitik Chinas ist darauf gerichtet, durch internationale Zusammenarbeit Konfrontationen auszuschließen und Konflikte gemeinsam beizulegen. Zur Stärkung des Vertrauens, besonders in militärischen Angelegenheiten in den Grenzregionen, hat sich China mit Russland, Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisien zur größten Regionalorganisation Shanghai Cooperation Organization (SCO) zusammengeschlossen. Ziele der der Organisation sind in erster Linie die Gewährleistung innerstaatlicher und transnationaler Sicherheit und Stabilität. Mit Beobachterstatus hat die SCO Indien, Pakistan, den Iran, die Mongolei und Afghanistan zugelassen. Als Dialogpartner wirken Weißrussland, Sri Lanka und das NATO-Mitglied Türkei mit. Zur Vermeidung von Konflikten ist es sinnvoll, dass sich Staaten, die nicht zum US-Imperium gehören, der chinesischen Friedenspolitik anpassen.

Es besteht die wohlbegründete Vermutung: Wenn China durch den Westen nicht zu Gegenmaßnahmen provoziert wird, ist im asiatisch-pazifischen Raum ein militärischer Konflikt auszuschließen.

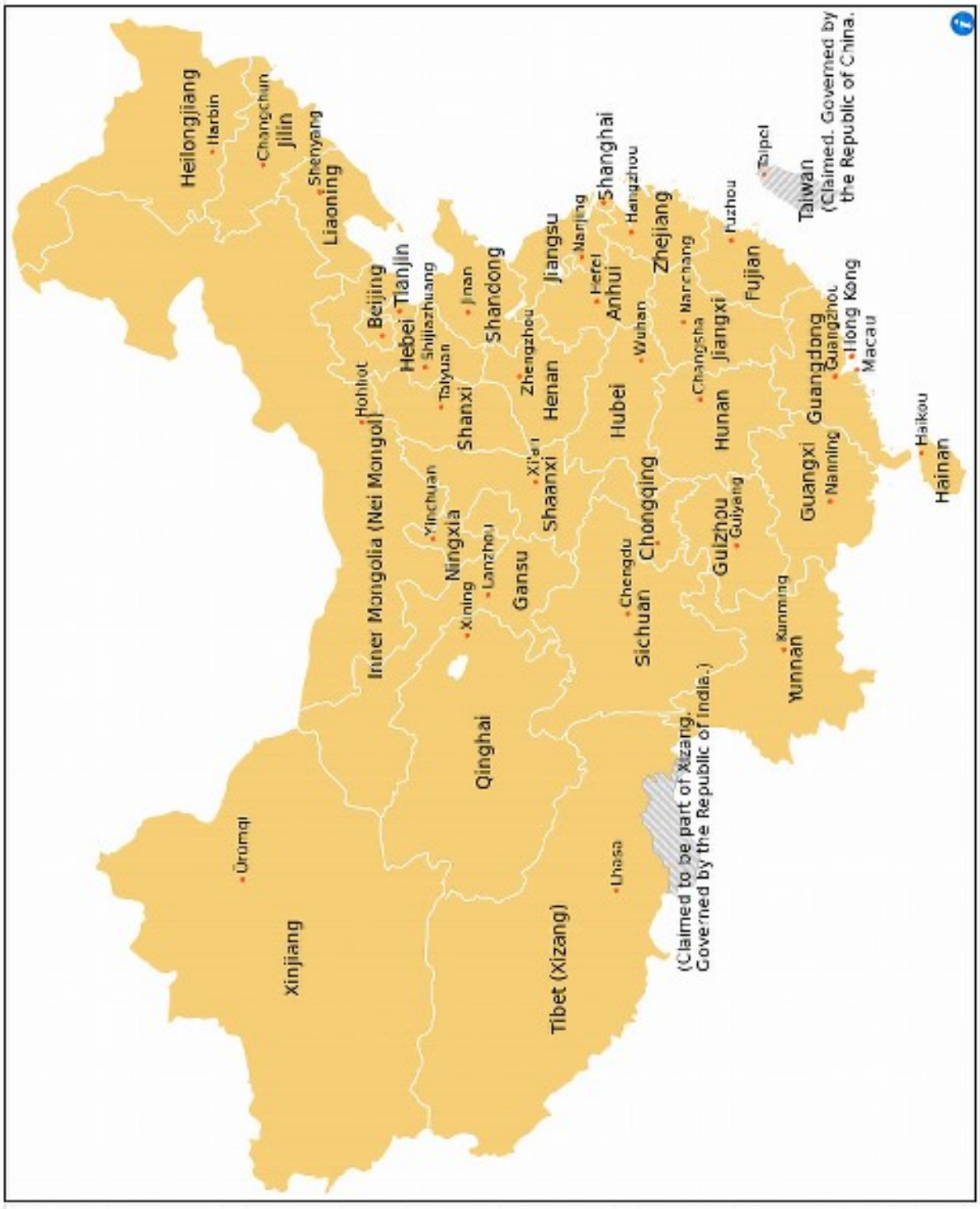
**Autor**: Horst Sylla,

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V.

[10] Th. Sommer, Diese Nato hat ausgedient; Das Bündnis muss europäischer werden, Hamburg 2012, S. 123.




China, topographisch. Lizenz: GNU FDL, 1.2 (© Wikimedia)




China: Administrative Gliederung

[Bildquelle: Wikipedia; Lizenz PUBLIC DOMAIN, erteilt durch den Autor]

Chinas sieben Militärregionen




Bildquelle: Wikimedia
Lizent: Public Domain
durch den Autor (US DoD)

# Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK (DSS) e. V.

## Aus der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere"

Heft 95 **Militärakademie Friedrich Engels. Historisch-kritische Nachbetrachtung zum 50. Jahrestag ihrer Gründung**
Beiträge zum Kolloquium am 10. Januar 2009 im Rathaus Dresden
Dresden 2009, 310 Seiten; 10,00 Euro.

Heft 96 **Strategie der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation bis zum Jahr 2020**
Arbeitsübersetzung: Egbert Lemke, Frank Preiß; Dresden 2009, 34 Seiten; 3,00 Euro.

Heft 97 **Die Weltwirtschaftskrise und der Frieden**
14. Dresdner Symposium Für eine globale Friedensordnung am 21. November 2009
Beiträge: Dieter Klein, Horst-Dieter Struening, Siegfried Schönherr, Wolfgang Scheler, Ernst Woit, Endre Kiss; Dresden 2010, 80 Seiten; 4,00 Euro

Heft 98 **Frieden schaffen ohne Waffen!**
18. Dresdner Friedenssymposium am 20. Februar 2010
Beiträge: Gerda Krause, Inge Höger, Wolfgang Scheler, Ernst Woit, Siegfried Rumbaum
Dresden 2010, 36 Seiten; 3,00 Euro.

Heft 99 **Militärdoktrin der Russischen Föderation** (vom 5. Februar 2010)
Arbeitsübersetzung: Rainer Böhme, Egbert Lemcke, Frank Preiß
Dresden 2010, 44 Seiten; 3,00 Euro.

Heft 100 **Für Entmilitarisierung der Sicherheit**
20 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V. (DSS)
Beiträge: Rolf Lehmann, Hermann Hagena, Wolfgang Scheler, Ernst Woit, Egbert Lemcke, Siegfried Schönherr, Paul Heider, Eberhard Haueis, Joachim Klopfer; 11 Anlagen,
Dresden 2010, 338 Seiten, 42 Abb., davon 31 farbige; 15,00 Euro.

Heft 101 **Multipolare Sicherheit statt Pax amerikana**
15. Dresdner Symposium Für eine globale Friedensordnung am 20. November 2011
Beiträge: Ernst Woit, Wolfgang Effenberger, Horst-Dieter Strüning, Volker Bialas, und Wolfgang Scheler; Dresden 2011, 60 Seiten; 4,00 Euro

Heft 102 **Brennpunkt Afghanistan**
Beiträge von Hermann Hagena und Arne C. Seifert
Dresden 2011, 56 Seiten, mit 16 Farbbildern und –karten, 05,00 Euro.

Heft 103 **Grenzschutz und Grenzregime an der deutsch-deutschen Grenze**
Ansichten zu einer anhaltenden Kontroverse.
Beiträge: Wolfgang Scheler, Artur Pech, Rolf Ziegenbein, Dirk Fischer, Joachim Sladko, Horst Liebig und Günther Glaser; Dresden 2011, 108 Seiten; 5,00 Euro.

Heft 104 **Krieg und Frieden im marxistisch-philosophischen Denken der DDR**
Dresden 2011, 110 Seiten; 5,00 Euro.

Heft 105 **Globale Machtordnung oder globale Friedensordnung?**
16. Dresdner Symposium Für eine globale Friedensordnung am 19. November 2012
Beiträge: Norman Peach, Ernst Woit, Eter Hachmann, Wolfgang Effenberger, Horst-Dieter Strüning, Harry Pursche, Endre Kiss, Volker Bialas, und Wolfgang Scheler;
Dresden 2012, 82 Seiten; 4,00 Euro

Die Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (DSS) informiert über Aktivitäten und Ergebnisse ihrer Tätigkeit auch im Internet.

**http://www.sicherheitspolitik-DSS.de**